



Stetigjähriger Abonnementspr. in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnem. 60 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 7 Mark 50 Pf. — Inzeratensgebühr für den Raum einer sechsstelligen Zeitungs-20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 127. Morgen-Ausgabe.

Siebenundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Sonabend, den 20. Februar 1886.

Abonnements-Einladung.

Die unterzeichnete Expedition ladet zum Abonnement für den Monat März ergebenst ein.

Der Abonnements-Preis für diesen Zeitraum beträgt in Breslau 2 Mk., bei Zufendung ins Haus 2 Mk. 35 Pf., auswärts incl. des Portozuschlages 2 Mk. 50 Pf., und nehmen alle Post-Anstalten Bestellungen hierauf entgegen.

Wochen-Abonnement auf Morgen-, Mittag- und Abend-Ausgabe incl. Abtrag ins Haus 60 Pf., auf die Abend-Ausgabe allein 25 Pf.

Mit Rücksicht darauf, daß die beiden von der „Breslauer Zeitung“ veröffentlichten Romane **Georges Ohnet's**: „Der Hüttenbesitzer“ und „Gräfin Sarah“ bei dem Leserkreis einen so außerordentlichen Beifall gefunden, weisen wir darauf hin, daß es uns gelungen ist, den neuesten, bisher auch in französischer Sprache noch nicht in Buchform erschienenen Roman des berühmten Autors

„Die Damen von Croix-Mort“

zu erwerben. Der neue Roman zeichnet sich durch eine im höchsten Grade spannende Entwicklung der Handlung, sowie durch einen in psychologischer Beziehung hochinteressanten Conflict aus. Der Abdruck beginnt in den ersten Tagen des Monats März.

Expedition der Breslauer Zeitung.

„Rückzahlung in Gold.“

Wie die „Breslauer Zeitung“ in ihrer Mittwoch-Abendausgabe meldete, hat das Amtsgericht zu Freistadt einen Antrag auf Eintragung obiger Stipulation in das Hypothekenbuch unter Berufung auf § 28 des Gesetzes vom 5. Mai 1872 zurückgewiesen, weil danach die eventuell zurückzahlende Summe nicht genügend ihrer Quantität nach feststehe, da man im Voraus nicht wissen könne, welches Verhältniß zwischen Gold und Silber zu dem Zeitpunkt bestehen werde, wo die Rückzahlung des Darlehns stattfindet. Die erhobene Beschwerde soll von dem Landgericht zu Glogau, welches sich den Gründen des Vorderrichtes angeschlossen, verworfen worden sein.

Wir glauben anlässlich dieses Vorganges mit der Bemerkung nicht zurückhalten zu sollen, daß wir die Fassung der einzutragenden Klausel — wenn sie wie unsere Artikelüberschrift lautete — für eine unglückliche halten, und so lange diese Frage auf der Tagesordnung steht, immer gehalten haben. Diese Ansicht und einen den tatsächlichen Verhältnissen besser entsprechenden Gegenvorschlag wollen wir im Nachstehenden kurz begründen.

Es ist unzuweifelhaft, daß in Folge der dankenswerthen Maßnahmen, welche die gesetzgebenden Factoren gleich nach dem Kriege ergriffen haben (Gesetz vom 4. December 1871; Gesetz vom 9ten Juli 1873), die Goldwährung thatsächlich z. B. bei uns besteht. Zwar courirten noch für etwa 450 Millionen Mark alte Silberthalere, auch bilden dieselben ein zulässiges vollgültiges Zahlungsmittel, indessen gehen sie factisch nur als Anweisungen auf Reichsgold von Hand zu Hand und werden zu Zahlungen ins Ausland nicht benutzt. Ihre Menge ist, verglichen mit den vorhandenen Goldbeständen (ca. 1600 Millionen Mark), so klein, daß es gar nicht schwierig ist, auf Wunsch des Zahlungsempfängers selbst die größte Summe ausschließlich in Goldmünzen zu zahlen.

Als man die goldenen Zahlungsmittel in den deutschen Verkehr einführt, notirte die Unze Standard-Silber in London 60 $\frac{1}{2}$ Pence, was einer Werthrelation von zwischen Gold und Silber 15 $\frac{1}{2}$: 1 entspricht. Bei diesem Preisstande war ein preussischer Thaler (= ein Loth Feinsilber; 30 aus 1 Pfd. fein) genau gleich dem zehnten Theile eines imaginären 30 Markstückes (1,075 505 Gramm Feingold) und zwar nicht bloß in Deutschland, sondern am Weltmarkt.

Dagegen notirt heute die Unze Standard nur 46 $\frac{1}{16}$ Pence, was einer Werthrelation von ungefähr 20 : 1 entspricht (ein Thaler hat nur noch einen Silberwerth von ca. 2,30 Mk.), und es steht zu befürchten, daß der Silberpreis am Weltmarkt sich nicht bessern wird, — selbst dann nicht, wenn einige Staaten auf den von dem preussischen Finanzminister in so vernichtender Weise kritisirten Plan eingehen sollten, einen internationalen Doppelwährungsbund zu gründen und zu bestimmen, daß innerhalb ihrer resp. Landesgrenzen, dem Weltmarkt zum Trotz, Silber wieder einen höheren Preis, etwa den Preis vom Jahre 1871, haben sollen.

Die heutigen Geldverleiher wollen sich also eine Sicherung verschaffen, daß ihnen vom Geldnehmer seiner Zeit unter der Bezeichnung „Reichsmark“ das zurückgezahlt werde, was sie gegeben haben. Dieser Wunsch ist nach allgemeinen Rechtsregeln durchaus zu billigen und steht auch keineswegs in Widerspruch mit den Vorschriften unseres preussischen Gesetzes über den Eigenthumsverlust und die dingliche Belastung der Grundstücke.

Was die Rechtsfrage im Allgemeinen anbetrifft, so berufen wir uns auf den hannoverschen Juristen H. Grote, der in seiner preisgekrönten Schrift: „Der Uebergang zur Goldwährung“ (Berlin 1868) die Zulässigkeit einer s. g. Convertirung gänzlich verwirft und damals gegen die Möglichkeit sich wendend, es könne eine „gesetzliche Werthrelation“ oder eine „vorübergehende Doppelwährung“ behauptet Uebergang zur Goldwährung angeordnet werden, Folgendes ausführt:

„Freilich findet sich weder im gemeinen noch in irgend einem Particularrechte ein ausdrückliche oder auch nur analog anwendbare Bestimmung über eine Geldveränderung der fraglichen Art. Die Entscheidung kann hier nur einem allgemeinen Rechtsgrundsatz entnommen werden, und als solchen finde ich keinen, als das pr. J. quibus modis toll. obl. (II. 30): Tollitur autem omnis obligatio solutione ejus quod debetur, vel si quis, consentiente creditore, aliud pro alio solverit.“ Nun wird

*) Dasselbe sagt die L. 2, § 1 D. de reb. cred. (12, 1): „Aliud pro alio invito creditore solvi non potest.“

freilich Derjenige, welcher, wie so Mancher, entweder gar keinen Unterschied zwischen Gold- und Silberwährung kennt, oder unter der „Doppelwährung“ bloß die polizeiliche Geldtare versteht und die Parallelwährungen ganz übersieht, die Anwendbarkeit jener Stelle auf bestehende Zahlungsverbindlichkeiten in Abrede nehmen, weil er meint, daß, wer mit Gold zahlt, was er in Silber schuldet, id quod debetur zahle, und weil er nicht weiß, daß Gold statt Silber ein aliud pro alio sei, welches nur consentiente creditore gezahlt werden kann. Diese Auffassung kann aber dem Sachkundigen nur als ein aus Unkenntniß der Geldlehre hervorgehender Irrthum erscheinen.“

Wenn es einem Hypothekengläubiger nach Einführung der Doppelwährung — an welche Herr v. Kardorff und Herr Dr. Wendt noch immer zu glauben scheinen — einfallen sollte, in künftigen sogenannten „vollständigen Silbermünzen“ (vollständig freilich nur nach einer factisch am Weltmarkt nicht vorhandenen Werthrelation!) zahlen zu wollen, so würde er aliud pro alio leisten, auch wenn diese Münzen den Nennwerth von 50 und 100 Reichsmark hätten und wir finden es ganz in der Ordnung, daß der Gläubiger heute schon erklärt, er beabsichtige nicht zuzustimmen, sondern verlange Reichsgoldmünzen von demjenigen Feingehalt, welche die heutige Reichsmünzgesetzgebung vorgeschrieben hat.

Wir sehen auch nicht ein, in wie fern die Vorschrift in § 23 des Gesetzes vom 5. Mai 1872 entgegenstehen soll. Dort heißt es nämlich: „Die Eintragungsbewilligung muß auf den Namen eines bestimmten Gläubigers lauten, das verpfändete Grundstück bezeichnen, und eine bestimmte Summe in gesetzlicher Währung, den Zinssatz oder die Bemerkung der Zinslosigkeit, den Anfangstag der Verzinsung und die Bedingungen der Rückzahlung angeben.“

Nur darum kann es sich handeln, in welche Formel die Empfangsbefähigungs- resp. Rückzahlungsklausel gebracht werden soll, und in dieser Hinsicht haben wir allerdings das Bedenken, daß der Ausdruck „zahlbar in Gold“ kein hinlänglich präciser Ausdruck ist, um sich zur Eintragung zu qualificiren. Die Klausel müßte lauten:

„rückzahlbar in effectivem Reichsgold, die Doppelkrone zu 139 $\frac{1}{2}$ Stück aus 1 kg Feingold.“

In älteren Schuldurkunden sind solche ganz präcise Angaben darüber, was gegeben wurde resp. geleistet werden soll, etwas ganz Gewöhnliches.

Wenn man sieht, wie viele sonst gut unterrichtete Leute in Bezug auf die wichtige Währungsfrage heute noch vollkommen im Dunkeln tappen, so behält leider J. G. Hoffmann recht, der in seiner Lehre vom Gelde (1838) behauptet: „Schwerlich besteht eine gleich wichtige und gleich gemeinnützige Anstalt, worüber die öffentliche Meinung so wenig unterrichtet wäre, als das Münzwesen.“

Deutschland.

— Berlin, 18. Febr. [Das Viehseuchengesetz.] Einen eigenthümlichen Verlauf hat die Berathung des Gesetzesentwurfs wegen Abänderung des Gesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen von 1880 genommen. Der Entwurf beabsichtigte im Allgemeinen eine erhebliche Verschärfung dieses Gesetzes und wollte einmal die jetzt zulässigen Schutzmaßregeln um eine neue, das Kennzeichnen der seucheverdächtigen Thiere, vermehren und dann die bisher nur bei der Pockenseuche der Schafe anzuwendende Impfung auch bei der Lungenseuche der Rinder in Anwendung gebracht wissen. Schon bei der ersten Berathung im Reichstage erhoben sich gegen die Bestimmungen des Entwurfs seitens der Landwirthe manche Einwendungen, wenn auch die Tendenz des Entwurfs, ein vermehrter Schutz gegen die Viehseuche und besonders gegen die Lungenseuche der Rinder, anerkannt wurde. In der ersten Lesung der Commission wurde Artikel 1 (das Kennzeichnen verdächtiger Thiere) abgelehnt, Artikel 2 in einer von der Vorlage ganz abweichenden und von den Regierungs-Commissaren bekämpften Form angenommen, in der zweiten Lesung wurde aber auch dieser Artikel vollständig abgelehnt. Der vom Abg. Trimborn erstattete Bericht führt eine solche Menge von Anträgen auf, daß jedes Mitglied der ausschließlich aus Landwirthen (auch der Richterthaler, obwohl Rechtsanwalt, liebt es, wie er bei der Berathung der jüngsten Zolltarif-Novelle bewiesen hat, sich als praktischer Landwirth vorzustellen) bestehenden Commission mindestens einen selbstständigen Antrag gestellt haben muß. Das ganze Resultat der Berathungen besteht in der Formulirung einer Resolution, durch welche der Reichskanzler ersucht werden soll, dafür Sorge zu tragen, daß die Vorkehrungen zur Verhinderung des Schmuggels und die Vorsichtsmaßregeln bei der Vieheinfuhr vom Auslande in ein richtiges Verhältniß gebracht werden zu den auf die Verminderung von Viehseuchen gerichteten strengen gesetzlichen Bestimmungen im Inlande, und daß der periodischen Desinfection der Gashöflichkeit und der Ställe der Viehhändler seitens der Polizeibehörden dieselbe Aufmerksamkeit zugewendet werde, wie der Desinfection der Eisenbahnwagen. Ob damit der Zunahme der Lungenseuche wirksam entgegengetreten werden würde, bleibe dahingestellt. Daß übrigens eine solche Zunahme in Preußen in bedenklichem Maße stattgefunden hat, ergeben die beigegebenen, den amtlichen Berichten des landwirthschaftlichen Ministers entnommenen Tabellen; so ist in Preußen die Zahl der an der Lungenseuche getödteten Rinder von 1881/82 bis 1884/85 von 1800 auf 3084 gestiegen. Weit über die Hälfte aller verheudeten Bestände entfällt auf die Regierungsbezirke Magdeburg und Merseburg. In der Provinz Schlesien ist die Lungenseuche von Jahr zu Jahr zurückgegangen trotz ihrer langgestreckten Grenze.

[Das Branntwein-Monopol nach den Beschlüssen des Bundesraths.] Wir haben die wesentlichsten Aenderungen bereits telegraphisch mitgetheilt und lassen zur Ergänzung noch die übrigen Aenderungen an dem ursprünglichen Gesetzesentwurf folgen:

Der bisherige § 23 ist jetzt § 29 und lautet: „Gastwirthen, Restaurateure, Inhaber von Cafés und Conditoreien, Vorstände von Casinos, Ressourcen und dergleichen kann nach den von der Landesregierung im Einvernehmen mit der Monopolverwaltung zu treffenden Bestimmungen die Erlaubniß zum Ausschank von Branntwein ohne Beschränkung auf die von den Vertheilern inne zu haltenden Preise erteilt werden. Dieselben dürfen ihren Bedarf nur von den von der Monopolverwaltung bestellten Agenten und Vertheilern beziehen. Mit denselben Maßgaben kann Kaufleuten die Erlaubniß zum schließlichen Verkauf von Trinfbranntwein in unverlegter Originalverpackung der Monopolverwaltung und zum Verkaufe denaturirten Branntweins erteilt werden.“

Die bisherigen §§ 29 und 30 sind zusammengezogen als § 30, welcher nunmehr lautet: „Von Reisenden dürfen zum eigenen Verbrauch mitgebrachte Branntweine bis zu ein Kilo einschließlic des Gewichtes der unmittelbaren Umschließungen abgabenfrei, in größerer Menge bis zu 5 Kilogr. einschließlic des Gewichtes der unmittelbaren Umschließungen gegen einen Zoll von 10 Mark für 1 Kilogramm eingeführt werden. Anderen Personen, mit Ausnahme der Branntwein-Agenten, Vertheilern und der sonstigen im § 29 bezeichneten Personen kann die Monopol-Verwaltung die Einfuhr von Branntweinen für den eigenen Verbrauch bis zu einer Jahresmenge von 50 Kilogramm einschließlic des Gewichtes der unmittelbaren Umschließungen gegen einen Zoll von 15 Mk. für 1 Kilogramm gestatten.“ Die Meinung von Branntwein in Privatanstalten soll gestattet sein und wird die folgende Bestimmung neu aufgenommen: „Die Reinigung des für das Ausland bestimmten Branntweins und die Herstellung von alkoholischen Getränken aus demselben zum Absatz im Auslande kann in dazu geeigneten Privatanstalten bewerkstelligt werden.“

§ 74 hat folgenden Zusatz erhalten: „Auf die Befreiung kleiner Brennerien findet die Bestimmung des § 21 Absatz 3 mit der Maßgabe Anwendung, daß Branntweinmengen von nicht mehr als 5 Liter ohne weiteres zum eigenen Hausverbrauch zurückbehalten werden dürfen.“

In § 78 wurden unter der Ueberschrift: „Entschädigung kleiner Brennerien wegen Bornehme baulicher Einrichtungen“ folgende Bestimmung aufgenommen: „Denjenigen Brennerien, welche am 1. October 1885 vorhanden waren, und an einem Tage nicht über 10,5 Hektoliter Bottichraum bemaßigt haben, sowie den nicht unter die Bestimmungen des § 17 fallenden Brennerien nicht mehrlicher Stoffe ist, falls die demaligen Einrichtungen diesen Brennerien die Aufstellung von Sammelgefäßen oder von Messapparaten nicht gestatten, zu den beabsichtigten Aufstellungen solcher Gefäße oder Apparate erforderlichen baulichen Vorkehrungen ein Beitrag zu gewähren.“

[Die Marggraff-Gedenktafel] Ist heute Nachmittag feierlich enthüllt worden. Der eigentlichen Enthüllung ging eine Gedenkfeier voran, die im reich geschmückten Saale des Handwerkervereins stattfand. Hinter der Tribüne prangte von Fahnen umgeben das Berliner Wappen. Eine zahlreiche Festversammlung wohnte der Feier bei. Man bemerkte u. A. den Bürgermeister Geh. Rath Dunder, Stadtrath Friedel und andere Mitglieder der städtischen Behörden und Vertreter der turnerischen Vereine, unter ihnen der „alte Engelbach“, ein treuer Freund Marggraff's und zur Zeit wohl der älteste Turner Berlins. Auch viele Offiziere waren erschienen. In den ersten Sitzreihen hatten die Angehörigen der Marggraff'schen Familie Platz genommen. Das vom Sängerkor der königlichen Turnlehrer-Bildungsanstalt gesungene Lied: „O Deutschland, hoch in Ehren“ leitete die Feier ein. Professor Euler gab ein lichtvolles Lebensbild des „alten Marggraff“. Nachdem die Sänger Otto's Lied: „Ich kenn' ein'n hellen Edelstein“ vorgetragen, gab der älteste Sohn, Professor Eberh. Marggraff, dem Danke der Familie Ausdruck. Der allgemeine Gesang: „Deutschland, Deutschland über Alles“ beendete die Feier im Saale, worauf sich die Festversammlung nach dem Hause Nr. 12 begab, um dort der Enthüllung selbst beizuwohnen.

[Wegen eines brutalen Gewaltactes] faß der Gutsinspector Friedrich Wilhelm Hermann Meinke gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II. auf der Anklagebank. Das Schöffengericht in Dranienburg hatte in zweimaliger Verhandlung folgenden Thatbestand festgestellt: Meinke war auf dem Gute Friedenthal bei Dranienburg als Inspector angestellt. Am Abend des 10. November 1884 wurde dem Inspector von Seiten des Nachwächters mitgetheilt, daß ein fremder Mann auf dem Hofe gewesen sei. Vom Wächter und seinem Hunde, einem auf den Mann dressirten Leonberger begleitet, begab sich der Inspector auf die Landstraße, um den Fremden zu suchen und zu sehen, wer er sei. Der fremde Mensch war der Dienstknecht Gustav Rath gewesen, dessen Eltern auf dem Gute wohnten und der noch spät Abends einen Bekannten besuchen wollte. Da Letzterer schon schlief, ging Rath wieder seines Weges und legte sich, angeblich wegen Unwohlseins, am Rande der Straße zum Schlafen nieder. Der Angeklagte fand den Schlafenden, schlug sofort mit dem Stiele seiner Reitpeitsche auf ihn los und als der Geschlagene rief: „Lassen Sie mich doch sein, ich bin ja Gustav Rath!“, da erwiderte der Angeklagte, unaussprechlich zuschlagend: „Wenn Du auch Gustav Rath bist, ich werde Dir schon zeigen, wo der Weg über die Grenze (des Gutes) geht!“ Der Gemißhandelte suchte nun davonzulaufen, aber der Angeklagte hefte seinen Hund auf den Fliehenden, der denselben fürchterlich zerfleischte. Der Verletzte blieb schließlich liegen, wieder hieb Meinke auf denselben ein, wieder raffte sich Rath auf und kam schließlich nach dem Dorfe Sachfenhausen, wo er auf der Dorfstraße zusammenbrach, von den Dorfbewohnern aufgehoben und nach dem Krankenhause in Dranienburg gebracht wurde. Dort wurde zwar keine lebensgefährliche Verletzung an dem Verletzten constatirt, wohl aber eine so große Menge von Hieb- und Stichwunden, daß das Leben des Verletzten doch in Gefahr stand. In der ersten Verhandlung vor dem Dranienburger Schöffengericht gestaltete sich die Sache für den Angeklagten so ungünstig, daß der Amtsanwalt 4 Jahre Gefängniß in Antrag brachte. Die Sache wurde damals vertagt. In der zweiten Verhandlung beantragte der Amtsanwalt 1 $\frac{1}{2}$ Jahre Gefängniß, die Schöffen überstimmten aber den vorstehenden Richter und erkannten nur auf 200 Mark Geldstrafe. Gegen dieses Erkenntniß wurde von der Staatsanwaltschaft und vom Angeklagten Berufung eingelegt. Die Berufungsinstanz wies wegen eines Formfehlers die Sache in die erste Instanz zurück und nun lautete das Urtheil des Schöffengerichts auf 6 Monate Gefängniß. Auf die erneute Berufung des Angeklagten fand gestern eine umfangreiche Beweisaufnahme statt. Der Gerichtshof verwarf die Berufung, da die erforderliche Feststellung durch die erneute Beweisaufnahme in keiner Weise erschüttert wurde.

[Die Frankfurter Stadtverordneten-Versammlung und das Branntweinmonopol.] Die Frankfurter „N. Pr.“ schreibt:

„Die Stadtverordneten-Versammlung hat, wie wir nicht anders erwarten, in ihrer gestrigen Sitzung das Verfahren des Magistrats in der Monopol-Angelegenheit mit überaus großer Mehrheit aufs Schärfste gestadtelt. Der zum Beschluß erhobene Antrag war durchaus correct. Weiter durfte die Versammlung nicht gehen, weil sie die Regierung nicht in unsere städtischen Angelegenheiten hineinziehen will und wohl an derselben auch keinen Rückhalt finden würde. In der Debatte hat der Herr Oberbürgermeister die schon in der Rückführung des Magistrats aufgestellte Vermuthung ausgesprochen, daß, wenn der Magistrat mit den Stadtverordneten Hand in Hand ginge, bald diese, bald jene Partei“ derartige Anträge stellen würde. Die vorliegenden Thatfachen beweisen, wie durchaus unbegründet diese Befürchtung ist. Seit zehn Jahren sind im Ganzen vier auf Regierungsvorlagen bezügliche Anträge gestellt worden: Derjenige in Betreff der Lebensmittelsölle, der Surtaxe d'Entrepot, der Börsensteuer und des Branntweinmonopols. In allen vier Fällen handelte es sich hier nicht um Parteifragen, sondern um Angelegenheiten, bezüglich deren in der alten an freien Verkehr gewohnten Handelsstadt keine Meinungsverschiedenheit herrschte. In sämtlichen vier Fällen vertrat die Stadtverordneten-Versammlung die fast allen hiesigen Kreisen gemeinsamen Anschauungen. In der That wurden die erwähnten Anträge alle mit einer Einstimmigkeit grenzenloser Mehrheit angenommen. Die Behauptung, daß es sich um „Parteianträge“ gehandelt habe, ist daher eine durchaus falsche. Von Seiten des früheren Magistrats wurden die betreffenden Anträge auch stets als Angelegenheiten aufgeführt, welche die gesammte Bürgerschaft angehen. Der Magistrat war unter dem Oberbürgermeister v. Mumm nichts weniger als demokratisch oder fortschrittlich geümt; er ist oft genug der Mehrheit der Stadtverordneten scharf entgegengesetzt. Aber da, wo es sich um die Vertretung der Stadt nach außen und um die Wahrung

unserer städtischen Traditionen handelte, gingen Magistrat und Stadtverordnete stets einträchtig zusammen. Anders unter dem Regime Miquel. Von den oben erwähnten Anträgen fallen die zwei letzten in die Amtsdauer des jetzigen Herrn Oberbürgermeisters. Schon bei dem Antrage in Sachen der Wörtensteuer machte der Magistrat Anfangs Schwierigkeiten; denjenigen, betreffend das Branntweinmonopol, hat er ganz abgelehnt. Die Bürgerchaft wird nach dieser einfachen Aufzählung der Thatfachen wissen, von welcher Seite Unfrieden in unsere communalen Körperschaften getragen worden ist und von welcher Seite man die städtischen Angelegenheiten im Interesse politischer Parteien zu fructificiren versucht hat. Von Seiten der Stadtverordnetenversammlung ist dies niemals geschehen."

—e. Dortmund, 18. Febr. [Vor der hiesigen Strafkammer] sollte heute gegen den bekannten antisemitischen Agitator Dr. Bernhard Förster wegen Beleidigung des Cultusministers Dr. von Götzer verhandelt werden. Dr. Förster bereiste im Herbst vorigen Jahres Westfalen, um durch Vorträge für sein über seine neue Heimath Paraguay geschriebenes Buch Reclame zu machen, und nebenbei auch etwas Antisemitismus zu treiben. Am 16. September sprach der genannte Herr in Dortmund und zwar über die Ueberhandnahme des Judenthums. In Preußen seien drei Minister, nämlich Friedberg, Lucius und Dr. von Götzer jüdischer Abstammung. Allerdings seien dieselben getauft, ja ganz energisch getauft, ob aber damit die jüdische Charaktereigenthümlichkeit abgetauft, sei eine andere Frage. Die Ministerqualifikation der Herren sei durch die jüdische Abstammung nicht erhöht. Der Großvater des Cultusministers sei der Handelsjude Gähler in Kassel gewesen. An den preussischen Universitäten seien in den letzten Jahren viele Juden angestellt worden, was am Ende mit daran liege, daß in den Adern des Cultusministers kein deutsches, sondern jüdisches Blut rolle. Nachdem in Berlin bekannt geworden, daß er, Dr. F., der Urheber der Antisemiten-Petition sei, habe er die ganze Judenchaft gegen sich und viel zu leiden gehabt. Einem fortschrittlichen Gymnasialdirector, einem jüdischen Director der Kunstschule und einem seiner jüdischen Abkunft sich wohl bewußten Cultusminister gegenüber, sei ihm nichts übrig geblieben, als aus seinen Stellungen als Gymnasiallehrer und Dozent an der Kunstschule zu scheiden. — Durch mehrere der vorsehenden Ausführungen, die in dem Referat der „Dortm. Zeitung“ über den Vortrag enthalten waren, fühlte sich der Cultusminister beleidigt und stellte gegen Dr. Förster Strafantrag. — Der Angeklagte war jedoch nicht im Termine erschienen. Wie sein hiesiger Gesinnungsgenosse, der Redacteur der antisemitischen „Reform“, ausagte, habe Dr. Förster am 15. d. M. die Rückreise nach Paraguay angetreten. — Die Behauptung Dr. Försters, der Großvater des Cultusministers sei der Handelsjude Gähler in Kassel gewesen, ist übrigens, wie aus dem zu den Acten eingesandten Stammbaume des Ministers hervorgeht, völlig erfunden.

Österreich-Ungarn.

*. Wien, 18. Febr. [Baron Pino.] Als vor 10 Jahren der Handelsminister des Cabinets Luersberg, Banhaus, in dem Prozesse Dfenheim nicht compromittirt, sondern nur eben gestreift war, mußte er augenblicklich sein Portefeuille abgeben. An demselben Abende verließen er und Dfenheim Wien, der Eine mit der West-, der Andere mit der Südbahn. Eine gleiche Promptheit des Vorgehens gegen den Handelsminister Baron Pino nach den Enthüllungen Steinwenders ist von dem Cabinet Taaffe allerdings nicht zu erwarten. Allein darüber wird der Conferenzpräsident sich wohl selber nicht täuschen, daß es unmöglich ist, seinen Kollegen noch lange im Besitze einer so hervorragenden Stellung zu erhalten. Die Scene im Reichsrath kann unmöglich todt gemacht werden, etwa so, wie man die schmutzige Eisenbahnaffäre Kaminski hat im Sande verlaufen lassen. Desterreich verliert an Baron Pino keinen bedeutenden Handelsminister. Er gab sich wiederholt im Parlament arge Blößen, so daß er oft die Vertretung im Abgeordnetenhaus seinen Sectionschefs überlassen mußte. Aber das Ministerium Taaffe verliert an Pino seinen ungenirtesten Wahlmacher, und in dieser Eigenschaft wird ihn auch die Rechte schwer vermissen. Als Statthalter von Oberösterreich hat er jene Wahllisten zusammengestellt, die freilich das Reichsgericht für gefälscht erklärte, die aber trotzdem im Linzer Landtage den Clericalen die Majorität verschafften und denen auch das Abgeordnetenhaus jene beruhmten drei Stimmen Majorität aus dem oberösterreichischen Grundbesitze verdankte, womit allein die famose Schulnovelle votirt ward. Als Minister hat Baron Pino in ähnlicher Weise erfolgreich gearbeitet. Obwohl das Gesetz ausdrücklich sagt, die Wahlstatuten der Handelskammern dürfen nur im Einvernehmen mit diesen Körperschaften

abgeändert werden, hat Baron Pino denselben doch neue Wahl-Ordnungen octroyirt, welche einzig und allein den Zweck verfolgen, in den Kronländern mit gemischter Bevölkerung den Slaven die Majorität zu sichern. So hat er den Tschechen die Siege der Handelskammern von Prag, Pilsen und Budweis verschafft und damit in dem Prager Landtage fast die Dreiviertelmajorität gesichert, im Abgeordnetenhaus aber die Mehrheit der Slaven verstärkt. Beinahe wäre ihm dies Manöver auch in Brünn gelungen im Verein mit dem Statthalter von Mähren, Graf Schönborn. Hier aber mußte Graf Taaffe persönlich einschreiten und die gefälschten Wahlen für die Brünnener Handelskammer cassiren, weil sonst die Deutschen mit Secession und Abstinenzpolitik ganz ernstlich drohten. Endlich hat diesen kühnen Wahlmacher jetzt sein reichlich verdientes Schicksal erreicht. Denn, wie gesagt, daß Taaffe ihn auf seinem Posten noch zu erhalten gedenkt, erscheint doch absolut unglaublich, da Pino auch auf dem Gebiete, worauf der Angriff Steinwenders erfolgte, die öffentliche Meinung herausgefordert hat. Er verweigerte vor Jahr und Tag jede Auskunft darüber, was aus der Million geworden sei oder werden solle, die Fogerty für seine Concession zur Wiener Stadtbahn hatte anzahlen müssen und die längst als Reuegeld verfallen war, weil der Unternehmer die zum Bau nöthigen Capitalien nicht aufzutreiben vermochte. Als Abgeordneter Neuwirth, der Vertreter der Brünnener Handelskammer, im Ausschuss sich darüber Information erbat, entgegnete der Minister brüsk, das sei eine rein administrative Sache, über die er dem Parlamente keine Auskunft schulde, und die Herren von der Rechten stimmten ihm zu. Vergebens wies Neuwirth darauf hin, daß es doch auch den Reichsrath angehe, wo eine Million geblieben sei, die rechtmäßig Eigenthum des Staates geworden. Jedenfalls hat es sein Gutes, daß auch die „schärfere Tonart“ im Reichsrath vertreten ist.

Wien, 18. Februar. [Landsturmgesetz.] Die Regierung hat dem Abgeordnetenhaus den Entwurf für ein Landsturmgesetz vorgelegt, dessen wesentlichste Bestimmungen folgende sind:

Der Landsturm ist ein integrierender Theil der Wehrkraft und als solcher unter völkerechtlichen Schutz gestellt. Zum Landsturm sind alle wehrfähigen Staatsbürger, welche weder dem k. k. Heere, der Kriegsmarine oder Ersatzreserve, noch der k. k. Landwehr angehören, vom Beginne des Jahres, in welchem dieselben ihr 19. Lebensjahr vollenden, bis zum Ende des Jahres, in welchem sie ihr 42. Lebensjahr vollstreckt haben, verpflichtet. Der Landsturm wird keine Uniform erhalten, sondern, wie es im Paragraph 7 des Gesetzes heißt, ein gemeinsames, auf Entfernung erkennbares Abzeichen führen. Den Offizieren und Unteroffizieren des Landsturms ist außerdem noch das Tragen der militärischen Ehrenzeichen, Feldbinde, respective Porte-epée, zugestanden. Die Ausübung des Landsturms geschieht auf Befehl des Kaisers, nach Vernehmung des Ministerrathes, im Wege des Ministers für Landesvertheidigung, dann und in jenem Umfange, als es die Interessen der Landesvertheidigung erfordern. Die Verwendung des ausgebildeten Landsturms erfolgt nach Maßgabe des Befehls durch den vom Kaiser bezeichneten Militärbefehlshaber, in der vom Kaiser bestimmten Organisation. Die Auflösung des Landsturms wird vom Kaiser angeordnet. Eine durch die Verhältnisse gebotene ausnahmsweise Verwendung des Landsturms außerhalb der Grenzen des Staatsgebietes bedarf der Ermächtigung durch ein Reichsgesetz. Nur bei Gefahr im Verzuge kann eine solche Verwendung vom Kaiser, unter Verantwortung der Regierung, gegen nachträgliche Mittheilung zur genehmigenden Kenntnissnahme an den Reichsrath angeordnet werden.

Budapest, 18. Februar. [Die schwere Verwundung des Journalisten Horvath] durch den Lieutenant Cordier, bildete im heutigen Reichstage den Gegenstand einer Interpellation Mar Falk's und eines zweiten Abgeordneten. Falk fragte, ob der Minister des Innern von dem Vorfalle Kenntniss habe und ob er im Interesse des friedlichen Zusammenlebens zwischen Militär und Civil den scandalösen Vorfalle vor ein solches Forum bringen wolle, wo eine einseitige Beurtheilung desselben ausgeschlossen sei. Ministerpräsident Tisza erwiderte, er sei über den ganzen Vorfalle genau verständigt und habe dem Obergespan die Ordre ertheilt, ihm über alle Phasen der Angelegenheit Bericht zu erstatten. Die Untersuchung werde von einer gemischten Commission erfolgen, ob zwar er überzeugt ist, daß die betreffenden militärischen Kreise von der Nothwendigkeit des Friedens zwischen Civil und Militär so durchdrungen sind, daß die strengste Abmahnung der Thäter zu gewärtigen ist, um solchen weiteren scandalösen Fällen vorzubeugen. Das Haus nahm die Antwort Koloman Tisza's befriedigend zur Kenntniss.

Afrika.

[Ueber die angebliche Ermordung des Bischofs Hannington] in Afrika sind der Missions-Gesellschaft in London Briefe aus Zanzibar zugegangen, auf Grund deren der Ehrensecretär der

Gesellschaft, Mr. F. C. Wigram, die nachstehende Mittheilung veröffentlicht:

„Unsere drei Missionäre in Uganda melden unterm 27. October 1885, sie hätten die Nachricht empfangen, daß Bischof Hannington von einer Bande gefangen genommen und dem König von Uoga überliefert worden sei, der den Bischof und sein Gefolge in Fesseln legen ließ. Dies geschah etwa drei Tagemärsche von Uganda entfernt, und von dem Könige wurden Boten an König Mwanga von Uganda geschickt, um Instruktionen zu verlangen. Letzterer befohl am 25. October den Boten, zurückzukehren und den Bischof mit seinem ganzen Gefolge zur Hinrichtung zu führen, ihre sämtlichen Effecten aber nach Uganda zu bringen. Der König weigerte sich hartnäckig, unsere Missionäre zu sehen, auch die Einmischung des französischen Botschafters fruchtete nichts. Sie erfuhren, daß der Caplan des Bischofs, Rev. E. Fitz, sich bei ihm befand, und daß ihm auch drei andere Europäer folgten. Ich bin froh, sagen zu können, daß Mr. Fitz in Chagga zurückgelassen wurde, von wo wir Briefe von ihm empfangen haben. Von Europäern in der Nachbarschaft haben wir keine Kenntniss. Wir wissen, daß der deutsche Reisende, Herr Fischer, am südlichen Ende des Sees angekommen war, wo er sicher sein würde. — Einer unserer Missionäre im Süden des Sees hatte sich per Boot nach Sendege an der östlichen Küste begeben, wo der Bischof mit ihm zusammentreffen wollte. Er kam dort am 6. November an und wartete drei Tage, ohne irgend etwas vom Bischof zu hören. — Wir erfuhren von Mr. Joseph Thompson, von der Königl. Geographischen Gesellschaft, dessen Reiseroute Bischof Hannington gefolgt sein muß, daß es ihm wahrlich unmöglich gewesen ist, an diesem Punkte so weit südlich den See zu erreichen. Die Uganda-Missionäre schreiben, daß sie sich selber in der größten Gefahr befinden, und sie befürchten, daß auch die französischen Priester nur wenig besser daran sind. König Mwanga scheint dadurch höchlich beleidigt worden zu sein, daß der Bischof und seine Leute forsagen durch die Hintertür von Osten her sein Land betreten, da dies die einzige Richtung ist, von wo her er Angriffe zu befürchten hat. Er betrachtet die Missionäre als politische Agenten, und die Propheten als zur englischen Herrschaft befehrt und falsch gegen ihr eigenes Land.“

Provinzial-Beitung.

Breslau, 19. Februar.

Das Osterfest fällt in diesem Jahre auf den spätesten Termin, auf den es nach der christlichen Zeitrechnung überhaupt fallen kann. Auf dem im Jahre 325 in Nicäa abgehaltenen ersten ökumenischen Concil wurde bekanntlich beschlossen, daß das Osterfest am demjenigen Sonntag gefeiert werden solle, der auf den nächsten Vollmond nach Frühlings-Tag- und Nachtgleiche folgt, und daß, wenn dieser Vollmond selbst auf einen Sonntag fallen sollte, das Osterfest auf den darauf folgenden Sonntag verlegt werden sollte. Da nun im Jahre 325 das Frühlings-Aequinoctium auf den 21. März fiel, so wurde dieser Tag, obwohl sich die Sache astronomisch nicht rechtfertigen läßt, ein für allemal als der Termin der Frühlings-Tag- und Nachtgleiche angenommen. Hieraus folgt, daß, wenn der 21. März auf einen Sonnabend fällt und vor Mitternacht der Vollmond eintritt, das Osterfest am Sonntag, 22. März, gefeiert wird, und daß, wenn der Vollmond einen Tag früher eintritt, 29 und einen halben Tag bis zum Erscheinen des Vollmondes, also bis zum 18. April, erwartet werden muß, so daß, wenn dieser 18. April auf einen Sonntag fällt, das Osterfest erst am Sonntag, 25. April, gefeiert werden kann. Eben dieser Fall tritt in diesem Jahre ein. Das letzte Mal trat dieser Fall am 25. April 1734 ein. Mit Rücksicht auf den diesjährigen späten Termin des Osterfestes und den späten Beginn der Osterferien hat der Unterrichtsminister, nachdem die Schulaufsichtsbehörden sich gutachtlich geäußert haben, in dankenswerther Weise verfügt, daß diejenigen Schüler, welche zu Anfang April in eine bestimmte Laufbahn eintreten, zu dieser Zeit auch mit den erforderlichen Zeugnissen aus der Schule entlassen werden.

Wie das „Schlesische Pastoralblatt“ mittheilt, wird seitens der fürbischöflichen Centralbehörde der Diocese Breslau der Plan der Gründung eines Diöcesan-Museums eifrig erwogen, welches den Zweck haben soll, der sichtlich Verminderung der ohnedies nicht mehr zahlreichen Ueberreste älteren Kunstschaffens wirksam zu begegnen und die Ursachen dieser Verminderung, wie Mangel an Verständnis, an Erfahrung und Orientirung, fälschliche Modernisirung oder ungeschickte Restaurirung nach Möglichkeit zu beseitigen. Vor einiger Zeit hat bereits, wie von uns gemeldet wurde, der Fürbischöf von Breslau eine Verfügung erlassen, in welcher der pietätvollen Erhaltung alter kirchlicher Denkmäler das Wort geredet wird. So sympathisch ein derartiger Erlaß von jedem Kunstfreunde begrüßt werden mußte, so sehr ist auch zu wünschen, daß die Idee eines Diöcesan-Museums sich verwirkliche. Es würden in demselben Aufnahme finden Bilder jeder Art, die sich durch Alter, Technik oder sonstige auszeichnen, Miniaturen,

Eine Winterreise

auf den bulgarisch-serbischen Kriegsschauplatz 1885/86 im Dienste des Nothen Kreuzes. *)

Von
O. von Hoenika.

Im ersten serbischen Dorfe, dicht am Wege in einem größeren Gebäude, lag eine Abtheilung serbischer Infanterie. Hier glaubten wir vielen Unbequemlichkeiten ausgesetzt zu werden; ja, wir fürchteten fast, nicht durchgelassen und zur Rückkehr gezwungen zu werden. Unser Freund, der Commandant von Dziribrod, würde uns aber sicherlich nicht wieder auf bulgarisches Gebiet zurückgelassen haben, ohne auch nur dazu die kriegsministerielle Erlaubnis zu haben! Frei waren wir allerdings auf dieser Demarcationslinie, aber keiner von den beiden feindlichen Brüdern brauchte uns wieder aufzunehmen! Mit Zagen hielten wir daher an der Offizierswache. Da trat ein feiner gekleideter Offizier mit schnellem Schritt auf uns zu, salutirte freundlich und bat uns, weiter zu fahren. Die Soldaten grüßten in starrer Haltung das Zeichen des Nothen Kreuzes.

Nun waren wir in Serbien! Jeder Fuß breit Landes in dieser von hohen Bergen umrahmten Ebene war von den Bulgaren im Kampfe genommen worden. Ueberall drängten sich uns die Spuren heftiger Gefechte auf. Zwei Stunden nach Ueberschreitung der Grenze waren wir in Piro angelangt.

Das obere Nisawa- und bulgarische Morawa-Thal mit den Städten Nisch und Piro, dessen Bewohner lebiglich Bulgaren sind, war im Berliner Vertrage 1879 zu Serbien geschlagen worden. Die Bevölkerung von Piro hatte deshalb den Bulgarenfürsten mit Begeisterung empfangen. Nach schweren Straßenkämpfen mußten sich die Serben am 26. November aus der Stadt zurückziehen. Dieselben besetzten alsdann die hohen Berge auf dem Wege nach Nisch. Unter persönlicher Führung des Fürsten Alexander wurden auch diese Höhen genommen, nachdem er seine Armee durch Verstärkungen auf 50 000 Mann gebracht hatte. Am 28. November wollte der Fürst den Hauptschlag gegen die Serben ausführen; die Stellung der Serben war schwach, die der Bulgaren vortheilhaft, daß die zu schlagende Schlacht zu Gunsten der letzteren ausfallen mußte. Möglicherweise in Piro der österreichische Gesandte Graf Khevenhüller, von Belgrad kommend, beim Fürsten und überbrachte ihm Desterreichs Ultimatum. Das hieß nichts anderes, als ihm Halt gebieten in seiner Siegeslaufbahn. Nach

nie ist einem siegreichen Helden, der im Begriff stand, seinen Feind zu vernichten, eine unwürdigere Zumuthung gestellt worden, wie sie Desterreich hier durch seinen serbischen Gesandten stellte. Sicherlich war es der bedeutendste Moment im Leben des Fürsten Alexander, als er sich dieser Forderung fügte! Aber auch in dieser mißlichen Situation hat der 28jährige Fürst, schon bewährt als Soldat und Feldherr, als weisender Staatsmann sofort das Richtige erkannt; seinem Vaterlande hat er seinen Stolz, seinen Soldatenruhm zum Opfer gebracht. Hätte er Desterreich nicht nachgegeben und wäre dasselbe Serbien zu Hilfe geeilt, so würden sicherlich Rußlands Heere nach Bulgarien gekommen sein, und hätten mit Desterreich die Streitfrage der Slaven-Hegemonie auf der Balkanhalbinsel auf bulgarischem Boden ausgefochten. Auf den Fürsten paßt daher des Dichters Ausspruch:

„Tapfer ist der Löwenjäger
„Tapfer ist der Weltbezwinger.
„Tapferer, wer sich selbst bezwang.“

Dieser Act der Selbstbeherrschung, sein klarer politischer Blick in diesem verhängnisvollen Moment haben dem Fürsten unzweifelhaft das Recht verschafft und die Pflicht auferlegt, die Führerschaft der großen bulgarischen Bewegung auf der Balkanhalbinsel zu übernehmen.

Als wir gegen Mittag in Piro ankamen und auf der Hauptstraße Halt machten, kam sofort der Polizei-Commissar Theodor Maekowits mit dem Commandanten, einem Major, auf uns zu und wies uns ein Gasthaus an, das einzige, welches seit dem Feldzuge zur Aufnahme und Verpflegung von Fremden zu empfehlen war. Wir trafen im Gastzimmer eine Menge serbischer Offiziere, welche uns alle freundlich entgegenkamen. In ihrer Gesellschaft waren zwei schweizerische Offiziere in voller Uniform: der Oberst Hungerbühler und sein Adjutant Oberstleutnant Keller. Sie waren auf die Schlachtfelder geschickt worden, um an Ort und Stelle die aus diesem Bergkriege gewonnenen militärischen Erfahrungen sich zu Nutzen zu machen. Ein serbischer Artillerie-Hauptmann war ihnen zur Begleitung beigegeben, und hatte sie bis hierher gebracht, von wo sie ihre Rückreise nach Dziribrod anzutreten beabsichtigten.

Piro ist ein kleines, reizend an der Nisawa gelegenes Städtchen, in einem weiten von hohen Bergen umgebenen Thale. Die Stadt war durch die in ihr ausgefochtenen Straßenkämpfe sehr mitgenommen, viele Häuser standen ganz leer, die Fenster waren zertrümmert, die Thüren eingeschlagen. Am westlichen Thore der Stadt stand bisher an der Nisawa auf einer Anhöhe ein türkisches Castell.

Der schloßartige Prachtbau wurde leider ohne jeden Grund beim Verlassen von Piro von den Serben in die Luft gesprengt; jetzt sahen wir davon nur eine Ruine.

In Piro werden als Hausindustrie sehr schöne Teppiche gefertigt, welche im ganzen Orient berühmt sind und sogar den türkisch-perischen Teppichen vielfach vorgezogen werden. Die Teppiche sind durchaus Handarbeit; die Schafe, die die Wolle liefern, werden von den einzelnen Hausständen großgezogen, die Wolle wird sorgfältig gewaschen, gefärbt entfettet, mit Naturfarben gefärbt, fein gesponnen und alsdann zu Teppichen verarbeitet. Dieselben sind nach bulgarischem Geschmack sehr bunt und in grellen, meist auf einen rothen Grundton gestimmten Farben gehalten; das Muster ist zweifelhafte. Es gelang mir, zwei solcher Teppiche zu kaufen; der Preis dafür war nicht hoch. Ein 2,40 Meter langer und 1,83 Meter breiter Teppich von bester Güte kostete 56 Francs. Große Vorräthe davon waren nicht vorhanden, da in diesen kriegerischen Zeiten natürlich auf Lager nicht gearbeitet wurde. Sobald ein Teppich fertig ist, wird derselbe an Fremde verkauft. Jeder fürchtet einen neuen Ausbruch des Krieges, und Alles wird zu Geld gemacht.

Bei unserer Ankunft wurden vier, wegen des Verdachts der Spionage standrechtlich zum Tode verurtheilte Bulgaren zur Execution zur Stadt hinaus geführt. Unter den Verurtheilten befand sich der ehemalige Bürgermeister von Piro, ein Bauer und zwei Kaufleute, welche der bulgarischen Armee Umgehungswege gezeigt haben sollten. Diese vier Unglücklichen wurden an vier Pfähle gebunden und von je vier serbischen Soldaten erschossen. Ich bedauerte diese Maßregel, da Serbien sich dadurch bei seiner bulgarischen Bevölkerung keine Sympathien erwecken wird.

Nachmittags gegen 2 Uhr brachen wir von Piro auf, um in Palanka übernachtet zu können. Derselbe serbische Hauptmann, der die schweizer Offiziere bis hierher begleitet hatte, führte mit uns nach seiner Garnison Nisch zurück. Graf Turek machte ihm in seinem Wagen Platz. Der Hauptmann M. war ein feingebildeter Mann, der seine militärische Erziehung in Berlin genossen hatte, er hatte Deutschland auf vielen Reisen kennen gelernt, die ihn auch nach Schlesien geführt hatten. Der Unterhaltung mit ihm während der Fahrt verdankten wir viel schätzenswerthe Mittheilungen über die Serben, ihr Land und ihre Gewohnheiten. Sowohl in Palanka als auch in Nisch sorgte er auf unser gutes Unterkommen; ihm haben wir es zu verdanken, daß der Commandant von Nisch, ein

*) Vergleiche Nr. 106 u. 118 der „Bresl. Zig.“

Manuscripte und seltene Drucke, Sculpturen, Paramente aus werthvolleren und selten gewordenen Stoffen, liturgische Gefäße und sonstige kirchliche Utensilien, die einen guten Styl oder andere Vorzüge erkennen lassen, unter Umständen auch Glocken und Grabdenkmäler, endlich getreue Abbildungen umfangreicher oder noch im Gebrauche verbleibender Gegenstände.

— In Gölitz hat sich eine Vereinigung der Ritterguts- und Gutspächter der preussischen und sächsischen Oberlausitz gebildet, welche eine Verbesserung der Lage der Pächter anstreben will. Die Landwirtschaft, so wurde geltend gemacht, liege darnieder, die Pachtsummen könnten nicht mehr erschwungen werden. Es wurde folgende Resolution gefaßt: „Eine Versammlung von 90 Pächtern der sächsischen und preussischen Oberlausitz und der angrenzenden Districte wählt, veranlaßt durch die allgemeine Nothlage der Landwirtschaft, aus ihrer Mitte eine Commission, welche beauftragt ist, auf Mittel und Wege zu denken, um die Pachtverträge, welche auf längere Dauer geschlossen und unter ganz anderen Verhältnissen, als die gegenwärtig obwaltenden, vollzogen worden sind, zu mildern.“

* **Lobe-Theater.** Frau Hedwig Niemann-Naabe hat sich bei dem anhaltenden Erfolge ihres Gastspiels in dem Blumenthal'schen Stücke „Ein Tropfen Gift“ entschlossen, noch in einigen Wiederholungen des Schauspiels aufzutreten, das am 21. d. als letzte Sonntags-Vorstellung gegeben wird. — Frä. Leopoldine Pittsch tritt am Nachmittage als Cora in „Gasparone“ auf.

* **Thalia-Theater.** Als Clairette in der beliebten Operette „Mamsell Angot“ tritt am Sonntag Frä. Leopoldine Pittsch vom Deutschen Theater in Wollfau, welche bereits im Lobe-Theater mit gutem Erfolge debutirte, auf. Am Nachmittage wird das Püttlich'sche Schauspiel: „Das Testament des großen Kurfürsten“ wiederholt.

K. V. Die Lichtenberg'sche Gemälde-Ausstellung bietet zur Zeit den Freunden der Landschaftsmalerei eine reiche Auswahl bemerkenswerther Bilder. Aus Weimar ist von Machin, aus Düsseldorf von E. Lankow und aus Hannover von A. Flockenhaus je eine Winterlandschaft hergesandt worden, für deren Betrachtung gerade in dieser Jahreszeit der Beschauer die wünschenswerthe Stimmung bereit hat. Machin's von poetischer Auffassung der winterlichen Natur zeugendes Bild, in Anordnung und technischer Durchbildung gleich erfreulich und anerkennenswerth, hält die eigenthümlichen Reize eines melancholischen Winterpönnachmittags mit feinsten Beobachtung fest; Lankow und Flockenhaus haben sich das oft gelöste Problem gestellt, den Kampf der untergehenden Sonne mit der fast undurchdringlichen, das Licht der mattglühenden Sonnenscheibe nur mit äußerstem Widerstreben durchlassenden Atmosphäre zu veranschaulichen. Weiden ist es gelungen, ihre Aufgabe in interessanter Weise durchzuführen. Besonders aber hat Flockenhaus es verstanden, den vor der Sonne ausgeprägten atmosphärischen Schleier, der seine dämmerigen Schatten über die weite Landschaft wirft, mit naturwahrer Dunst zu färbigen. Die vielen Bewunderer des großen Kalkreuth begegnen in der Ausstellung zwei Hochgebirgslandschaften dieses Meisters, welche, obwohl in kleinem Format gehalten, dennoch die Großartigkeit der Alpennatur sehr gut widerspiegeln. Die Landschaft des Düsseldorfers A. B. Lüdecke veranlaßt die Freunde intimer Naturauffassung wegen ihrer Annuth zu oft wiederholter Betrachtung. Eine prächtige, in coloristischer Hinsicht hervorragend gelungene Tafel ist E. Hallak's (Friedenau) „Fischerdorf in der Normandie“, das als Marinebild oder Genrebild, je nachdem man es rubriciren will, der Ausstellung jedenfalls zur Zierde gereicht. Das Meer in seiner elementaren Erscheinungskraft schilbert Victor Haering in Kassel in seinem „Cap Barry an Grönlands Küste“ mit besonderer Verre. Mar Fritz in Hamburg offenbart in den trefflichen beiden Gemälden „Canal bei Hamburg“ und „An der Ortenburg“ ein vortheilhaft in die Augen springendes Verhältniß für die Wirkungen der Luftperspective. Die Verehrer Douzette's sehen sich angenehm überrascht durch ein in jeder Beziehung gelungenes landschaftliches Gemälde, „Alte Eichen“ benannt, das man auf den ersten Blick für einen Ruissdal halten könnte. Unser talentvoller Mitbürger D. Linde zeigt auf dem Panorama „Aus der römischen Campagna“, mit welcher Virtuosität er besonders interessante Lichteffecte, wie sie hier in den gluthüberglühenden Berggipfeln des Hochgebirges im Hintergrunde zu Tage treten, zu behandeln versteht. Spangenberg's (Berlin) „Motiv aus Goltstein“ zeichnet sich durch frappante Charakteristik des atmosphärischen Lebens aus.

== Die Entlassung wegen Verhältnissen bei den Wahlen vor Gericht. In Schwientochowitz Oberhessen hatte der Kaufmann Schweiger seinen Haushälter entlassen, weil dieser bei der Landtagswahl für den Centrums-Candidaten gestimmt hatte. Der Haushälter wurde gegen seinen

Brothermann klagbar und dieser wurde verurtheilt, an den Haushälter als Aequivalent für 14 Tage Arbeitslosigkeit 21 M. zu zahlen und die Kosten des Verfahrens zu tragen. Der Einwand des Beklagten, er habe den Haushälter nicht wegen des Verhaltens desselben bei der Wahl, sondern deswegen, weil er die Pferde desselben habe ohne Aufsicht auf der Straße stehen lassen, aus dem Dienst gewiesen, wurde vom Richter als nicht erwiesen abgelehnt.

* **Collecte.** Dem Vorstande des Marienstifts hieselbst ist von dem Herrn Oberpräsidenten der Provinz Schlesien die Genehmigung erteilt worden, im Laufe dieses Jahres zum Besten der genannten Anstalt eine einmalige Sammlung mit der Beizuge in Form einer Hauscollecte bei den bemittelten katholischen Haushaltungen des Regierungsbezirks Breslau zu veranstalten. Die mit der Sammlung beauftragten Personen haben sich durch Vorzeigung der Ober-Präsidial-Verfügung oder einer beglaubigten Abschrift derselben zu legitimiren.

—d. Von der hiesigen Ober-Realschule. Die Abiturienten-Prüfungen an der hiesigen Ober-Realschule werden am 15., 16., 17., 18., 29. und 30. März c. stattfinden. Es haben sich zur Prüfung gemeldet: 1) 7 Oberprimaner; 2) 15 Schüler der maschinentechnischen Fachschule; 3) 7 Schüler der chemisch-technischen Fachklasse; 4) 18 Schüler der ersten Baugewerkschulklasse. Im Ganzen haben sich somit 47 Zöglinge zur Prüfung gemeldet.

* **Zum Innungsweesen.** Infolge Bekanntmachung des Königl. Regierungs-Präsidenten zu Breslau ist für den Umfang der Maurer-Innung zu Dels, welche die Stadt Dels und die Umgegend derselben umfaßt, widerurslich bestimmt worden, daß diejenigen Arbeitgeber, welche in dieser Innung vertretenes Gewerbe betreiben und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sein würden, gleichwohl aber der Innung nicht angehören, vom 1. April 1886 ab Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen.

!! **Bezirksverein für den nordwestlichen Theil der inneren Stadt.** Die am 18. d. Mts. im Saale des „Blauen Hirsches“, Obdauersstraße 7, abgehaltene Plenarversammlung wurde von dem Vorsitzenden, Herrn Geh. Kanzleirath a. D. Schürmer, mit der Mittheilung eröffnet, daß sich nunmehr die 6 Fachcommissionen constituirt hätten. Ferner würden in den nächsten Versammlungen Herr Rechtsanwalt Heilberg über das „Weesen und die Bedeutung der deutschen Chronographie“ und Herr Rechtsanwalt Ollendorff über das „Verhältniß der Herrschaft zum Gesinde in rechtlicher Beziehung“ sprechen. Alsdann hielt Medacteur Bollrath einen, die Aufmerksamkeit der Versammlung in hohem Grade fesselnden Vortrag über den „Stadthaushalt, Stat von Breslau pro 1886/87“, wofür dem Vortragenden die Versammlung durch lebhaften Beifall und durch Erheben von den Plätzen dankte. Sodann schritt man zur Erlebung des Tagesordnungs. Eine der Fragen lautete: „Kann dem Mangel eines erwärmten Wartezimmers in dem Erdgeschoß des hiesigen Amtsgerichts nicht abgeholfen werden?“ Seitens der Versammlung wurde das Vorhandensein dieses Uebelstandes allgemein anerkannt, doch könne der Verein keine Schritte zur Abhilfe desselben thun. Hieffür würde jedoch ein Wartezimmer in dem an das Amtsgerichts-Gebäude sich anschließenden Neubau eingerichtet werden.

B. **Breslauer Consum-Verein.** Mit dem Jahre 1885 hat der Verein sein 20. Geschäftsjahr zurückgelegt; es erscheint daher angeeignet, einen Blick auf dessen Thätigkeit innerhalb der zwei Decennien zu werfen. Der Verein constituirte sich am 6. November 1865 in einer zu diesem Zweck berufenen Versammlung, in welcher nach Berathung und Annahme der Statuten sich 26 Personen als Mitglieder einschrieben und die Vereinsorgane wählten, von denen zur Zeit noch Kaufmann Sachs als Directions-Mitglied und Lehrer Schneider als Mitglied des Verwaltungsraths fungiren. Nachdem sich die Mitgliederzahl auf 45 erhöht hatte, wurde am 5. Januar 1866 in einem kleinen Laden des Hauses Hummer Nr. 2 die erste Verkaufsstelle errichtet. Zum Geschäftsbetriebe war, nachdem der 93 M. die ersten Einrichtungskosten verwendet worden, ein Capital von 142 M. vorhanden. Ein kleines, hinter dem Verkaufsladen befindliches Stübchen diente als Lagerraum und als Sitzungslocal zu den Berathungen der Direction und des Verwaltungsraths. Schon während des ersten Geschäftsjahres betrug der Umsatz 36 783 M. und der Netto-Ertrag, aus welchem eine Dividende von 5 pSt. als Rückgewähr auf gemachte Einkäufe berechnet werden konnte, 1734 M. Der Verein, welcher von vornherein mehr dem Arbeiter- und Kleingewerbe dienen sollte, erwarb sich alsbald Freunde in allen Klassen der Bevölkerung ohne Unterschied des Berufs oder Ranges. Dank der gewissenhaften Geschäftsführung steigerte sich die Mitgliederzahl sowie der Umsatz von Jahr zu Jahr und die Verkaufsstellen wurden dem Bedürfnisse entsprechend, nach und nach auf 40 vermehrt. Im Jahre 1874 wurde das erste Grundstück erworben und später weiter ausgebaut. Jetzt besitzt der Verein das zusammenhängende Eckgrundstück Nr. 8, 10, 12 der Sternstraße und Nr. 24, 26, 28 der Kreuzstraße (in welchem sich die Comptoirs, Lagerräume, Weinellereien, die Stallungen für die Pferde, sowie einige Amts- und Miethswohnungen befinden) und ferner das diesem gegenüberliegende Grundstück Nr. 33 und 35 der Kreuzstraße. Auf letzterem hat der Verein seine mit Dampfbetrieb eingerichtete Bäckerei und Kaffeebrennerei etablirt. — Die Bäckerei enthält zwölf Vieghorff'sche Röhrenöfen, in denen innerhalb 24 Stunden bequem 12000 vierpfündige Brote gebacken werden können. Die Kaffeebrennerei wird mit acht zu Holzfeuerung eingerichteten Brennapparaten betrieben. Der Verein arbeitet, ohne Credit beanspruchen zu dürfen, nur mit eigenen, mehr als ausreichenden Mitteln. Auf den Immobilien- und Mobilien-Besitz wie auf die Waarenbestände sind so bedeutende Abschreibungen gemacht, daß Alles, selbst unter ungünstigen Verhältnissen mindestens zum Buchwerth veräußert werden kann. Capital,

welches im Geschäft nicht dauernde Verwendung findet, ist in Effecten und bei sicheren Banksfirmen hinterlegt, zur Deckung etwaiger unvorhergesehener Verluste eine Summe von 127 100 M. in pupillarischen Wertpapieren bei der Reichsbank als Reservefonds deponirt. Wie stetig sich der Umsatz erhöhte, folgert aus nachstehender Zusammenstellung. In den ersten fünf Vereinsjahren betrugen Umsatz und Reinertrag 930 467 Mark resp. 58 647 M., in den zweiten fünf Jahren 6 666 069 M. resp. 496 703 M., in den dritten fünf Jahren 15 295 587 M. resp. 1 459 950 M., in den letzten fünf Vereinsjahren 24 414 965 M. resp. 2 623 510 M., zusammen 47 807 088 Mark resp. 4 638 810 M. Während des letztverflossenen Jahres wurden 30 010 150 Kgr. Waaren umgesetzt, gegen das Vorjahr 2 690 700 Kgr. oder nahezu 10 pSt. mehr. — Nur mit wenigen Ausnahmen sind die Preise der hauptsächlichsten Verbrauchsartikel immer mehr heruntergegangen; darauf ist es zurückzuführen, daß der Verkaufserlös des Jahres 1884 im letzten Jahre nicht ganz erreicht wurde. Nach Ausweis des Rechenschaftsberichts betrug das Activo-Vermögen am 2. Januar d. J. 1 401 260 M., die Passiva 184 931 Mark. Nach Deduction der letzteren verblieben als Geschäfts-Antheile der Mitglieder 630 361 Mark, die pro 1885 noch zu vertheilende Dividende 449 848 Mark, der Reservefonds 127 832 Mark, der Special-Reservefonds 5905 Mark. Am Anfange des Geschäftsjahres 1885 betrug die Mitgliederzahl des Vereins 24141, freiwillig und durch den Tod scheidenden 9156 aus, ausgeschieden wurden 267, dagegen sind neu einbez. wieder zugegetreten 9176, so daß am Schluß 1885 23894 Mitglieder in den Listen geführt wurden. Die Geschäftsanteile der Mitglieder einschließlich der diesen aus 1884 zugefallenen Dividende belief sich am Beginn des Jahres 1885 auf 1039 006 M., baar abgehoben wurden 428 339 M., an Gewinn-Antheilen nicht erhoben (aus dem Jahre 1884) und auf Gewinn- und Verlustconto übertragen 7133 M., auf den Reservefonds übertragen 8756 M., für Rechnung ausgeschiedener Mitglieder reervert 806 M. Einlagen traten 5647 Mark zu, und an Zinsen 30744 M. Die den Mitgliedern aus dem letzten Geschäftsjahr zustehende Dividende (diesmal 10,2 pSt.) beträgt 521 244 M., worauf jedoch im Laufe des Jahres Gegenmarken eingelöst wurden mit 71 395 M., so daß am 2. Januar d. J. das Gesamt-Guthaben aller Mitglieder den Betrag von 1080 209 M. erreichte. Der Gesamt-Umsatz im Jahre 1885 erreichte 5 203 371 M., die gesamten Unkosten 2505 116 Mark, der Nettogewinn 571 710 M. Der durchschnittliche Procentsatz des Brutto-gewinns betrug 15,8 pSt., der Unkosten 4,82 pSt., des Nettogewinns 10,98 pSt. Pro Mitglied entfielen an Waaren-Umsatz 231 M., gegen 240 M. im Vorjahre. — Nach der Jahresrechnung entfielen auf Gehälter der Beamten, Cantinanten der Lagerhalter, Löbner c. 146 738 M., auf Miethen, für Beleuchtung, Heizung 49 535 M., an Gemeindefürsorge und Handelskammerbeitrag 6685 Mark; abgezinst wurden vom Buchwerth: der Immobilien, Mobilien und des Fuhrwerks 13658 Mark, auf diverse Unkosten, wie Reparaturen, Versicherungsprämien, für chemische Untersuchungen c., 36 162 Mark, zu Buche stehen die Immobilien mit 264 000 Mark, die Mobilien mit 45 534 M., das Fuhrwerk mit 8570 M. Jährlich angelegt sind außer den Capitalien des Reservefonds 440 000 Mark. Der Verein beschäftigt neben dem geschäftsführenden Directionsmitglied, 12 Beamte, 40 Lagerhalter, 1 Kassenbote, 2 Bäckmeister, 2 Maschinenbediener, 25 Bäckergehilfen, 27 Kutscher und Hausknechte, sowie 1 Hofwächter. Zur Leistung der erforderlichen Fuhrwerke dienen 14 Pferde. — Nach den Beschlüssen der letzten General-Versammlung fällt der bisher von den Mitgliedern bei ihrem Eintr. resp. Austritt in Höhe von 1,5 M. zu zahlende Beitrag zum Reservefonds fort, und der Eintritt in den Verein wird nur von einer zu zahlenden Aufnahmegebühr von 40 Pf. abhängig gemacht. Die Zahlung der Dividende von 10,2 pSt. für das abgelaufene Geschäftsjahr erfolgt, nachdem die General-Versammlung die Jahresrechnung begutachtet haben wird, in den Geschäftsräumen des Vereins, Kreuzstraße Nr. 28. Die Direction hat 109, der Verwaltungsrath 13 Konferenzen abgehalten. In den Lagern sind 41 ordentliche und 46 außerordentliche Inventuren der Waaren und in sämtlichen Lagern außerordentliche Gegenmarken-Inventuren aufgenommen worden. Die vom Verwaltungsrath gewählten Bücher- und Kassenrevisoren, sowie die von der General-Commission gewählte Revisions-Commission haben die Richtigkeit der Bilanz und deren Uebereinstimmung mit den geführten Büchern festgestellt.

== Die Nischenbühnen vor dem Königl. Palais. Nach der Zeichnung des Architekten Herrn C. Schmiegel, welche gegenwärtig im Schaufenster der Kunsthandlung von Karich im Stadttheatergebäude ausgestellt ist, werden die colossalen eiserne Bannerrahmen, die vor der Südfassade des königl. Schloßes in Kurzem aufgestellt werden sollen, eine hervorragende Zierde des Palaisplatzes bilden. Während die colossalen eisernen Rahmen aus den Hüttenwerken von Wigner u. Co. in Laurahütte nur einfache, prunklose Maßstäbe darstellen, werden sie in ihrer projectirten architektonisch-künstlerischen Ausstattung einen imposanten und zugleich angenehmen Eindruck hervorrufen. Die Basis der Bannerrahmen bildet ein Biebestal, auf Granitstufen ruhend, mit einer Inschrift und der Jahreszahl 1870 versehen. Darüber ruht der vierseitige Sockel, dessen Flächenfelder in Relief den deutschen Reichsadler tragen. Der Uebergang vom Sockel zum Schaft vermittelt eine plastisch-allegorische Befruchtung, in einem Knopf mit vier Medaillons auslaufend, deren Fonds die Initiale des Namens des Kaisers W zeigt. Der nun schlang aufsteigende canelirte Schaft ist in harmonischen Abständen von knäulen wirksam unterbrochen. Von besonders imposanter Wirkung ist die Befruchtung der Bannerrahmen, die aus einem mit Kreuzen in den Verticallinien verzierten Cubus aufsteigt. Schlanke, lyrisch gebogene Ornamente tragen die riesige Kaiserkrone, über der sich der Reichsapfel erhebt; ein mächtig großer preussischer Adler, in Flügelspannweite mehrere Meter messend, bildet den Abschluß. Die Höhe der Bannerrahmen über 25 Meter betragen und die Höhe der Palaisfagade um etwa ein Drittel derselben überragen. Die Stand-

ehemaliger österreichischer Offizier, unseren Kutschern und Pferden die ungehinderte Rückreise nach Bulgarien gestattet.

Gleich hinter Piroth dehnt sich ein herrliches, fruchtbares Thal aus, durch welches unser Weg nach Palanka führt. Die Ebene war durch viele Erbschancen zerwühlt, welche Serben und Bulgaren zu gegenseitigem Haß aufgeworfen hatten. In den hohen angrenzenden Bergen hatten schreckliche Kämpfe stattgefunden. Ueber diese Berge hinweg führte unser Weg nach Palanka. Röstlicher, warmer Sonnenschein begleitete uns auf unserer Reise; das ganze Hochgebirge, dicht mit Schnee bedeckt, lag in prachtvoller Färbung vor unseren Augen. Diese Bergkette heißt: „Cabina glawa“, auf Deutsch „Alte Weibertopf“, und ich muß gestehen, daß ich nie in meinem Leben einen schöneren alten Weibertopf gesehen habe! Welche Genüsse müßte hier eine Sommerreise bieten! Berg auf, Berg ab, die fließenden Serpentinen nahmen trotz Glatteis und trotz des Fehlens jeglicher Hemmvorrichtung an unseren Wagen unsere vortrefflichen kleinen bulgarischen Pferde auch an den gefährlichsten Stellen im Carriere. Mit seltener Sicherheit und Ruhe führten die Kutscher die Zügel. Oft schwandelte es mir vor den Augen, wenn der Wagen an den scharfen Biegungen ganz nahe am Abgrund in größter Schnelligkeit vorüber geschleudert wurde. Die bulgarischen Kutscher mit ihren Pferden sind unübertrefflich! Die bulgarischen Pferde sind so abgehärtet, daß sie ein vierzehnstündiges schnelles Rennen aushalten, ohne inzwischen gefüttert zu werden.

Die Fahrt nach Palanka war für mich die Krone meiner ganzen Reise. Bei hellem Sonnenuntergang und indem sich das Auge an den prachtvollen landschaftlichen Bildern erfreute, gelangten wir von hohen Bergen herab in die Tiefebene von Palanka, woselbst uns ein gutes Hotel aufnahm. Die schmachtende serbische Nationalküche mundete mir vortrefflich.

Palanka ist ein kleines bulgarisches Städtchen und liegt ebenfalls an der Nisawa. Eine schöne Straße zweigt sich hier von dem Hauptwege über den hohen Smet-Nikola-Balkan nach Widdin und Kom-Palanka ab. Die nördliche Timok-Division hatte im letzten Kriege diese Bergstraße zu passieren, um die Belagerung von Widdin ausführen zu können.

Am Morgen des nächsten Tages brachen wir gegen 8 Uhr nach Nisch auf. Da wir den letzten Eisenbahnzug von dort nach Belgrad nicht erreichen konnten, ließen wir die Pferde langsamer laufen.

Der Schnee schmolz unter den warmen Sonnenstrahlen. Auch bei dieser Fahrt mußten wir wieder ein großartiges Gebirgsland —

Gulianska-Plana — auf einer wundervoll angelegten Bergstraße passieren. Dieses Gebirge hält einen Vergleich mit den hohen Alpen aus. Prachtvolle, großartige Blicke auf gigantische, im Hintergrund liegende zum Himmel ragende Gebirgskette! Nur giebt es hier keine schönen Wälder, wie in der Schweiz. So weit das Auge reicht, sind die Berge und Felsen, ähnlich denen des Balkans, entweder ganz kahl und baumlos, oder mit nur mannshohem Eichengebüsch überwachsen. Hochwald habe ich nirgends gesehen, große Bäume waren eine Seltenheit. Waldbau ist gar nicht vorhanden; jeder junge Baumtrieb wird im Frühjahr von dem Vieh, hauptsächlich von Schafen und Ziegen, abgegrasen. Diese Heerden, welche den Winter über nie unter Dach kommen, stets im Freien sich aufhalten und ihre Nahrung nur in dem Waldgebüsch finden, nagen, wie bei uns die Hirsche und Rehe, schon im Winter den Frühjahrstrieb ab und vernichten somit das Wachstum der Bäume. Auf halbem Wege im höchsten Gebirgslande machten wir auf dem Ploška-Passe im Han von Maralis Halt. Alle hohen Berge an diesem Pässe waren mit schweren Geshäzen besetzt, welche mit großen Anstrengungen hinaufgeschafft worden waren. Die Serben wollten mit diesen Batterien ihren Rückzug decken und die Bulgaren vom weiteren Vordringen abhalten. Man könnte aus diesen militärischen Dispositionen den Schluß ziehen, wie wenig Hoffnung die Serben auf den weiteren, für sie günstigen Erfolg des Krieges setzten. Am genannten Han ließen wir unsere Pferde ungefähr eine Stunde ruhen. In demselben pflegt der König Milan, wenn er in diesen Gebirgen jagt, abzusteigen. Das Haus war klein, es bestand nur aus einem Gast- und einem Schlafzimmer, aber im Vergleich zu den bulgarischen Han's sah es ganz einladend aus. Die serbische Volksküche (papricirte Fischen) schmeckte vortrefflich, dergleichen der serbische feurige Roth- und Weißwein. Nach griechischem Kalender war heut der 2. Weihnachtstfesttag, der in ganz Serbien durch reichlichen Genuß von Spanferkel gefeiert wird. Ein solches Thier wird am Spieß gebraten, bis das Fleisch desselben in seinem eigenen Fette gar wird. Die Haut wird zart knusperig und ist das Beste vom ganzen Braten. Das ganz durchgebratene, von Fett triefende Schweinchen wird an den Hinterbeinen an einer Thürangel in der Gaststube aufgehängt. Jeder Gast, der ein Stück dieses herrlichen Fleisches essen will, geht ungehindert und uncontrolirt zu der Delicatsse, um sich ein Stück davon zu schneiden. Es war der zarteste und schmackhafteste Braten, den ich je gegessen! Am Kéle-Kaleffi (dem Schädelthurm) vorbei kamen wir Nachmittags 3 Uhr in Nisch an. Wieder hatte der serbische Hauptmann uns telegraphisch

gute Wohnung verschafft. Das große, neue Hôtel „Europa“ bot ein gutes Restaurant und einen vorzüglichen Kaffee. Zum Abendbrot fanden sich dort zahlreiche serbische Offiziere ein, auch der commandirende General, welcher die Schlacht von Piroth verloren hatte, saß mit an unserem Tische. Fast alle Offiziere verstanden und sprachen gut deutsch.

Nisch an der Nisawa gehört zu den interessantesten Städten der Balkanhalbinsel; es hat eine große Vorgeschichte. Noch zur Zeit der Türkenherrschaft (1877) bildete sie die Hauptstadt des Paschaliks; die Bevölkerung ist auch hier nur bulgarisch. Kaniz in seinem Buche: „Donau-Bulgarien“ erzählt von Nis:

„Nisch im Jahre 1860 war Nis eine alttürkische Stadt mit allen Bazarreien, welche gewöhnlich, so lange das Wetter trocken bleibt und orientalischer Sonnenschein ihr buntes Linien- und Farbenspiel mit transparenten Lichtern überzieht, den Europäer bestücken, bei Regen- und Winterwetter aber meist zur Verweisung bringen. In Nis findet man die den westeuropäischen Städten oft mangelnden Gärten, welche eine prächtige Scheidewand von Haus zu Haus bilden; ferner den großen Wassercomfort zahlreicher Brunnen und viele, auch dem Armen zugängliche Bäder.“

Auf dem rechten Ufer der Nisawa liegt die ehemals berühmte Festung; heute ist dieselbe vollständig verfallen und bietet einen trostlosen Anblick. Nur der Uthurm steht in alter Pracht mitten unter den Ruinen. — Aus dem vortrefflichen Werke von Kaniz will ich kurz einige Worte über die Geschichte von Nis anführen: „Nis, römisch Neissus, bekanntlich Geburtsort Konstantin's des Großen, wurde von ihm mit Bauten verschönert. Manuel Comnenos ließ es durch seinen Feldherrn Konstantin Philadelphus zugleich mit Belgrad und Semlin besetzen. Hier schlug Claudius II. die Gothen 268 in einem glänzenden Siege und rettete das bedrängte Rom von dem sicheren Untergange. 50000 Gothen blieben auf der Wahlstatt; auch Attila hauste hier mit seinen Horden und zerstörte Neissus. Justinian stellte es als Neissopolis wieder her. Hier empfing Julian „der Abtrünnige“ die Nachricht vom Tode seines Gegners Konstantin, und die Kreuzfahrer unter Conrad zogen durch seine Mauern. Viele andere Großthaten und Erinnerungen knüpfen sich an den in den byzantinischen Annalen Nisus genannten Namen dieser Stadt, welcher sich später in Nis oder Nisch verwandelte. Zur Zeit der ersten Ueberfluthung des Südens durch die Türken entschied die Eroberung Nis durch Sultan Amurat 1375 das Loos des bis dahin unabhängigen Serbien-Reiches. Kaiser (Kür) Kasar von Serbien erhielt von den Türken

punkte der beiden correspondirenden Banner sind bereits durch Pfähle markirt. Hiernach werden die Banner in einer Distanz von genau 50 Schritt von einander vor der Rampe des Palais derart aufgestellt, daß sie von dieser fiedwärts circa 20 Schritt absteigen und der Fahrbahn der Wallstraße zwischen Banner und äußere Rampe wand zu liegen kommt. Vergeltung und Emallierung der ornamentalen Theile der Banner wird zur Hebung des Effects derselben noch wesentlich beitragen.

—d. **Deutscher Colonialverein, Section Schlesien.** Am 18. d. Mts. hielt Herr Sellin, z. B. in Berlin, im Musiksaale der Universität einen Vortrag über „die Ziele der deutschen Auswanderung mit besonderer Rücksicht auf Brasilien“. Die Auswanderung sei, wie Nedner ausführt, eine der bedeutungsvollsten Thatigkeiten der Menschheit, gleichviel, ob man sie nach nationalem, volkswirtschaftlichen oder volkspädagogischem Gesichtspunkte betrachte. Möge man nun auch die denkbar günstigsten socialen Verhältnisse herbeiführen, mit der Auswanderung werde doch immer wie mit einer gegebenen Thatfache zu rechnen sein. 4 400 000 Deutsche seien von 1821—1884 ausgewandert. Das von ihnen mitgenommene Baarcapital bezifferte sich auf mindestens 400 Mark pro Kopf, also auf 1760 Millionen für die Gesamtheit, und das mit ihnen verloren gegangene Erziehungs- und Bildungscapital dürfte sich auf 3—4 Milliarden Mark belaufen. Diese Zahlen bedeuteten aber keinen absoluten Verlust für uns; denn die jetzige Entwicklung unserer Industrie wäre einfach unmöglich gewesen, wenn sie nicht in unseren Auswanderern die Pioniere für die Verbreitung ihrer Erzeugnisse in den fernsten Weltgegenden gefunden hätte. Von den 4 400 000 Auswanderern, welche von 1821—1884 die Heimath verlassen, seien ungefähr 70 000 nach Südbrasilien (Paraná, Santa Catharina und Rio Grande do Sul) und Mittelbrasilien gegangen, zwei in klimatischer und wirtschaftlicher Hinsicht sehr schärf zu unterscheidende Länder. Der Nedner schilderte nun eingehend die klimatischen und socialen Verhältnisse Brasiliens. Die politische Stellung der Deutschen in Brasilien habe sich seit 1882 gegen früher günstiger zu gestalten begonnen, wie Nedner des Näheren nachweist. Eine weitere Kräftigung des Deutschthums wäre mitbedingung durch eine ungehinderte Zuwanderung von Stammesgenossen. Leider habe der mächtigste Staat Deutschlands, Preußen, einer Auswanderungsbewegung nach Brasilien durch ein Ausnahmidecret entgegenzuwirken Veranlassung genommen, das insofern, als es die Bekämpfung von Dienstverhältnissen in Mittelbrasilien zum Zweck gehabt, durchaus berechtigt gewesen, in seiner allgemeinen Fassung aber, durch welche die auf einer völlig andern wirtschaftlichen Grundlage sich entwickelnden Südprowinsen in Mitleidenchaft gezogen würden, ein Hemmschuh für die Entwicklung der deutschen Interessen daselbst geworden sei. Es werde Sache der Colonialvereine sein, sich um Abhaltung dieser Bestimmungen zu bemühen, wozu umlohnere Veranlassung sei, als in Folge dieser Bestimmungen die brasilianische Regierung angegangen habe, die italienische Einwanderung zu begünstigen. Den 30 000 seit 1824 eingewanderten Deutschen ständen bereits 37 000 seit 1875 eingewanderte Italiener gegenüber. Dies sollte uns doch wenigstens zu denken geben und uns die Nothwendigkeit klar machen, daß hier etwas geschehen müsse, um eine Gölährige deutsche Culturarbeit nicht untergehen zu lassen. Auch der deutsche Handel habe hier schon eine bedeutende Entwicklung erlangt, namentlich in Rio de Janeiro. Der Frage gegenüber, was zu thun sei, um den deutschen Auswanderungsstrom von Nordamerika ab und nach Südamerika hinzu lenken, plaidirt Nedner dafür, das Auswanderungsweisen für ganz Deutschland einheitlich zu regeln, die Unwissenheit in Auswanderungsfragen zu bekämpfen, jedes leerenläuferische Treiben hart zu bestrafen, die Auswandererschiffe zu überwachen und die in Amerika angestellten Consuln wirksam zu verpflichten, den Auswanderern mit Rath und That behilflich zu sein. Es werde Sache der Colonialvereine sein, Belehrung in die Auswandererkreise zu tragen. Sollte nicht auch Geld für Colonisationszwecke flüssig gemacht werden können? Dem englischen Colonisten sei stets die englische Bank gefolgt und nur in diesem Zusammenwirken von Volkskraft und Finanzkraft liege das Geheimniß der englischen Präponderanz in allen Welttheilen. Zwischen dem deutschen Auswanderer und dem deutschen Capital bestehe eine solche Wechselwirkung nicht und daher komme die völlige Lösung des Auswanderers vom Vaterlande. Zum Schluß bricht der Nedner eine Ranze für die Actiengesellschaft „Herman“, welche in der Provinz Rio Grande do Sul mit deutschem Gelde deutsche Ansiedler ansiedeln will.

—ff— **Belohnung.** Dem Nachtwachmann Gustav Fabian ist für die Rettung eines Ertrinkenden von dem Magistrat eine Prämie von 15 M. gewährt worden. Gleichzeitig ist derselbe, da die Rettung mit eigener Lebensgefahr verbunden war, zur Auszeichnung durch die Rettungsmedaille empfohlen worden.

+ **Ein „anständiger“ Bettler.** Seit einigen Tagen werden an-gesehene Mitglieder der hiesigen Presse von einem angeblichen Redacteur, der sich Müller nennt, heimgesucht. Derselbe giebt an, wegen Preßver-gens bestraft worden zu sein und sich in momentaner Noth zu befinden. Der Genannte ist von übermittelgroßer, kräftiger, starker Statur, hat blonden Schnurrbart und trägt dunklen Ueberzieher, bunte Cravatte und Cylinderhut. Er macht bei seinem Erscheinen einen überaus günstigen Eindruck, wodurch er es ermöglichte, daß ihm reichliche Unterstüzungen zu Theil geworden sind.

—g— **Toller Hund.** In Albrechtstorf, Kreis Breslau, wurde am 6. d. M. ein toller Hund getödtet. Im Interesse der öffentlichen Sicher-heit ist deshalb die Ansetzung sämtlicher Hunde in Albrechtstorf, sowie in den im Umkreise von vier Kilometer davon belegenen Ortschaften für die Dauer der nächsten drei Monate angeordnet worden.

+ **Eine Hochkaplerin.** Wie f. Z. mitgetheilt, wurde am 27. v. M.

die Schmiedebrücke 44 wohnhaft gewesene unverehelichte Anna Müller, 46 Jahre alt und zu Ratibor geboren, wegen einer Anzahl schwerer Ver-trügerien und Unterschlagungen, sowie wegen gewerbmäßigen Wuchers in Haft genommen. Unter der Firma „Kühn'sches Waaren-Geschäft, In-haberin Anna Müller“ betrieb dieselbe angeblich ein Waarengeschäft. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß die Genannte thatsächlich auch nicht ein einziges Geschäft vermittelt hat. Die Art und Weise, wie die Betrügerin sich ihre Opfer gesucht und diese alsdann ausgebeutet hat, ist bereits in früheren bezüglichen Notizen eingehend beleuchtet worden. Politisch war dieselbe hinterbliebene 3 angemeldet, wofür sie ein möbilities Stübchen innehatte. Außerdem aber hatte sie noch heimliche Absteigequartiere auf der Paradiesstraße, der Seminargasse und der Kohlenstraße in Mische, wo sie ebenfalls Geschäfte der erwähnten Art abfolgte. Aus den bei der Müller vorgefundenen Papieren geht hervor, daß sie in Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Cottbus, Stettin und Posen, sowie an verschiedenen Orten der Provinz Schlesien gleiche Betrügerien verübt hat. Alle die-jenigen Personen, welche durch die Müller geschädigt worden sind, werden aufgefordert, ihre Anzeigen unter kurzer Angabe des Sachverhalts an das königliche Polizeipräsidium, Bureau Nr. 9, gelangen zu lassen. Dasselbst kann auch die Photographie der Müller in Augenchein genommen werden.

* **Ein interessanter Zwischenfall** spielte sich gestern während einer Verhandlung wegen Verleitung zum Meineide, welche mit Freisprechung endete, vor der I. Strafkammer des hiesigen Landgerichts ab. Als der Vertheidiger sein Plaidoyer beendet und der Gerichtshof eben im Be-griff stand, sich zur Verathung zurückzuziehen, rief, so melbet die „B. Morg.-Ztg.“, ein im Saal anwesender Zuschauer mit lauter Stimme: „Bravo“. Der Vorsitzende ließ sich sofort durch den wachhaltenden Schu-mann den Enthusiasmus vorführen und fragte ihn, wie er sich vor Gericht derartige ungebührliche Kundgebungen herausnehmen könne. Darauf ant-wortete der Bravourer: „Die Rede des Herrn Vertheidigers hatte mich so ergriffen, daß ich mit meinem Beifalle nicht zurückhalten konnte.“ Nun-mehr wandte sich der Vorsitzende an den Staatsanwalt und fragte, welche Ordnungsstrafe gegen den Ruhestörer beantragt werde. „Ein Tag Haft“, erwiderte der Staatsanwalt. Der Gerichtshof beurtheilte jedoch das „Bravo“ milder. Er belegte den begeistert gewordenen, durch den Antrag des Staatsanwalts, natürlich gewaltig ernüchterten Zuhörer mit einer Geldstrafe von 10 Mark.

—h— **Schwere Körperverletzung.** Zwischen einem unter sittenpoli-zeilicher Aufsicht stehenden Mädchen und deren Verehrer, einem Arbeiter, war es in letzter Zeit wiederholt zu Eifersuchts-scenen gekommen, die sich auch am Mittwoch wieder erneuerten und des Abends einen traurigen Abschluß fanden. Der Arbeiter war dem Mädchen nachgeschlichen und be-nützte auf der Straße einen Augenblick, in dem keine Passanten in der Nähe waren, die Wohnungstheür zu überfallen und ihr mit einem, wahr-scheinlich zu dem Zwecke mitgebrachten Beile mehrere Schläge auf den Kopf zu versetzen. Das Mädchen sank ohnmächtig zu Boden, während der Angreifer entfloß. Des Weges kommende Personen hoben das schwerver-letzte Mädchen auf und sorgten für dessen Aufnahme in die königliche chirurgische Klinik.

+ **Polizeiliche Meldungen.** Gestohlen: einem Dampf-mühlen-besitzer von der Friedrich-Wilhelmstraße in der Nacht vom 17. zum 18. d. M. 120 Pfd. Roggenmehl; einem Kaufmann von der Schmiedestraße eine Wagenbede; mehreren Schmiedegehilfen aus der Wobbenkammer, welche sie auf der Summere gemeinsam inne hatten, eine Menge wertvoller Klei-dungsstücke; einem Fleischergehilfen vor der Neuen Graupenstraße ein neuer Anzug und 2 Oberhemden; einem Fräulein an der Sandstraße ein mit Gurten überpanneter Wagentrahmen; einem Landwirth von der Stock-gasse ein dunkler Winterüberzieher. — Abhanden gekommen: einem Händler aus dem Kreise Trebnitz, während er mit seinem Wagen die Chaussee entlang fuhr, ein Korb mit 7 Schod Eier und 4 Paar geschlachtete Tauben. — Gefunden: 2 Portemonnaies mit Geldeinhalt, 4 Meter schwarzen Cachemirstoff, 3 Pakete Nippachen und Gipseladewaren, ein Paket mit chirurgischen Instrumenten, eine Brosche, ein Paar Granat-Ohrringe und ein Paar schwarze Beinkleider. Die gefundenen Gegen-stände werden im Bureau Nr. 4 des Polizeipräsidiums aufbewahrt.

o **Volkshain, 18. Febr.** [Stadtverordneten-sitzung. — Con-ferenz. — Kreislehrer-Bibliothek. — Rittergutsverkauf.] In der letztgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten wurden in den Vor-stand wiedergewählt die Herren: Kaufmann A. Kolke zum Vorsitzenden, Kreis-Schönsteinsegermeister Concha und Sattlermeister Klapper zu Schriftführern. Neugewählt wurde zum Stadtverordnetenvorsteher-Stell-vertreter Herr Uhrmacher Bormann. — Die evangelischen Lehrer hielten gestern hier eine Districts-Conferenz ab, in welcher Lehrer Schulze-Würgsdorf über die Realleibschfrage referirte. Seine Ausführungen führten zu einer Verneinung des Bedürfnisses dieses Lernmittels in der Volksschule, doch theilten die meisten Konferenzmitglieder diese Ansicht nicht. — Die künigl. Regierung hat zur Errichtung einer Kreislehrer-Bibliothek im hiesigen Schulaufsichtsbezirk auf ein dahin gehendes, an sie gericht-etes Gesuch die sehr ansehnliche Subvention von 150 M. gewährt, und wird demnach die Beschaffung der bezüglichen pädagogischen, geschichtlichen u. a. Werke erfolgen. Die Lehrer und Geistlichen selbst haben sich auch sämtlich zu einem festen Jahresbeitrage verpflichtet. — In diesen Tagen ist das im hiesigen Kreise belegene Rittergut Halbendorf für den Preis von angeblich 330 000 M. von dem gegenwärtigen Besitzer, Rittmeister Wuthe auf Klontz an den hiesigen Rechtsanwalt Richter verkauft worden.

(Gebirgsbote.) **Liebau, 17. Februar.** [Einführung des neuen Bürgermeisters.] Nachdem am 10. d. M. unser neugewählte Bürger-

meister Springer aus Raubitz hier eingetroffen und im festlichen Auf-zuge seitens der städtischen Behörden und der Schützengilde empfangen worden war, fand am 15. die feierliche Installation desselben statt. Zu diesem Zwecke versammelten sich gegen 10 Uhr die Collegen des Magistrats und der Stadtverordneten nebst dem Landrath des Kreises, Herrn Leitz, in dem festlich geschmückten Rathhause; nachdem der Herr Bürgermeister mittelst Equipage aus seiner ziemlich fern gelegenen Wohnung abgeholt worden war, bewegte sich der stattliche Zug nach der katholischen Pfarr-kirche. Hier celebrirte Pfarrer Vetter die heilige Messe. Nach dem Rathhause zurückgekehrt, vollzog der Herr Landrath die Installation, worauf die Beamten und die erschienenen Lehrer vorgestellt wurden. Am dem im „Schwarzen Adler“ um 1½ Uhr angelegten Diner theilnahmen sich 87 Ver-tonen. Zahlreiche Toaste wurden ausgebracht, der erste auf Se. Majestät den Kaiser.

△ **Schweidnitz, 19. Febr.** [Aus den Verhandlungen der Stadt-verordneten. — Neuer Friedhof.] In der gestern abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten wurde nach Erlebigung der Tagesordnung eine Interpellation an den Magistrat gerichtet bezüglich des be-dauerlichen Unglücksfalles, der sich am 5. d. M. in dem hiesigen Polizei-gefängnis ereignet und bei welchem in Folge des ausgebrochenen Feuers ein kurz vorher eingebrachter Arrestant, der Bremereipächter Risch aus Guttmanndorf, den Tod gefunden. Bezüglich des ersten Theiles der Inter-pellation wies der anwesende Polizeichef auf die bereits eingeleitete gericht-liche Untersuchung hin, bezüglich des zweiten Theiles wurde dargelegt, welche Vorkehrungen getroffen worden, um ähnliche Vorkommnisse zu ver-hüten. Die sich anschließende Debatte war sehr lebhaft. Eine andere Interpellation betraf die bezüglich der vor kurzem neu aufgestellten Wähler-liste vorzunehmende Remedur. — Was die Anlage eines neuen Fried-hofs für die hiesige evangelische Gemeinde anlangt, so ist seitens des Con-sistoriums in Breslau zur Vervollständigung der bereits eingereichten Actenstücke noch der Nachweis erforderlich worden, auf welche Weise das zum Ankauf des Grundstücks und zur Herstellung der nöthigen Baulichkeiten erforderliche Capital beschafft und später amortisirt werden würde.

—r. **Brieg, 19. Febr.** [Petition.] In Sachen des Zustandekom-mens eines Schulbotationsgesetzes hat der hiesige Lehrerverein eine Petition an das Abgeordnetenhaus gerichtet. In der Begründung derselben ist angeführt, daß bereits vor drei Jahren die Thronrede das Botationsgesetz in Aussicht stellt, ferner, daß am Schluß der letzten Session des Herrenhauses der „Antrag v. Mantuffel“ einstimmig angenommen worden ist, welcher dahin lautet, den Herrn Minister der geistlichen u. An-gelegenheiten zu eruchen, das Schulbotationsgesetz einbringen zu wollen und zwar unabhängig von dem Ausfall der neuen Rölle. Auf Grund dessen und da die gesamte Lehrerschaft von dem besten Wohlwollen Seiner Excellenz des Herrn Ministers v. Gölzer fest überzeugt ist, bitten die Petenten das Haus der Abgeordneten, nimmehr für das Zustandekommen des Schulbotationsgesetzes wirken zu wollen.

△ **Gleiwitz, 19. Febr.** [Communales.] Die gestrige Stadtver-ordneten-Sitzung, die nur schwach besucht war, wies ausnahmsweise ein-mal Zuhörer aus dem Publikum auf. In der Sitzung erstattete Ober-bürgermeister Kreidel den Jahresbericht über die Verwaltung der Stadt Gleiwitz. Aus dem Bericht ist hervorzuheben, daß die Stadt Gleiwitz am 1. December 1885 nach Abzug der vorübergehend anwesenden Personen 17 517 Seelen — 215 mehr als im Jahre 1880 — aufwies, die in 11 018 Wohnungen mit 3301 Haushaltungen wohnten. Anstalten für gemeinsamen Aufenthalt wurden 51 gezählt. Nach den Confessionen vertheilt sich die Bürger-schaft auf 12 528 Katholiken, 3102 Evangelische, 1872 Juden und 236 Mikatatholiken. Stimmfähige Bürger sind 1236 gezählt worden. Die Vertheilung auf communales Leben könnte noch stärker sein. Der in der Bürger-schaft herrschende Geist zeugt von Patriotismus, Wohlthätigkeit, Opfertreue und sonstigen Bürgertugenden. Handel und Gewerbe fränken in Folge der momentan im oberflächlichen Industriebeizt fühl-baren Calamität. Das Kassenwesen der Stadt ist durchaus geordnet, nur reichen die vorhandenen Kräfte zur Bewältigung der kolossalen Arbeitslast kaum noch hin. Der Kriegsschuldensfonds von 1866 ist mit Ablauf dieses Jahres endgiltig getilgt. Bei den städtischen Behörden ist insofern eine Aenderung eingetreten, als in den Magistrat die Stadträthe Dr. Hoppe und Rechtsanwalt Pohl neu eintraten, Bergath Jüngst dagegen aus-schied. Das Ginnernehmen zwischen den 3 Confessionen war ein gutes. Das Schulwesen steht in Blüthe, das Gymnasium ist von 293, die Ober-Real-schule von 268, die Simultanschulen von 16 300 Schülern besucht. Die Stelle des Kreis-schulinspektors ist seit 1. October 1885 unbesezt und wird interimistisch vom Landrath verwaltet. Das Krankenhaus wird mehr benutzt seit Errichtung der Ortskrankenkassen, so daß der städtische Zuschuß nur noch 7500 Mark betragen wird. Das Mhl für Obdachlose wird sehr stark frequentirt. Die Feuerwehr brauchte nur bei kleineren Bränden in Action zu treten. Der elektrische Feuermeldelegraph hat sich bewährt. Der gesundheitliche Zustand ist kein unbefriedigender, die Sterblichkeits-ziffer beträgt 23 ‰. Die Stadt deht sich mehr und mehr aus, so daß zur Zeit mehr als 19 Kilometer Straßenlänge mit Gasleitung von der Stadt versehen sind. Der Vermögensbestand der Stadt ist ein sehr gün-stiger, auch die Erträge des städtischen Schlachthaus sind erfreulich. An städtischen Communalkneuren braucht die Stadt im nächsten Jahre 15 700 Mark weniger aufzubringen als im Vorjahre. Der Bericht, für dessen Erstattung die Versammlung dankte, wurde mit Beifall aufgenommen. Der öffentlichen Sitzung folgte eine geheime.

den Frieden gegen die Tributpflicht jährlicher 1000 Pfd. Silber und 1000 Hilsfreisiger. Am 3. November 1443 besetzte Hangard nach glänzend gewonnener Schlacht vorübergehend Nis, als er aber bei Bama im nächstfolgenden Jahre durch die Türken geschlagen wurde, sah die Beste bis zum Jahre 1689 keinen christlichen Feind mehr vor ihren Wällen. In demselben Jahre rückte der Markgraf von Baden mit einem kaiserlichen Heere von 17 000 Mann vor Nis, schlug die Türken und die Stadt wurde der Preis des großen Sieges. Das ganze Donaugebiet bis Nikopolis fiel in die Hände Kaiser Karls VI. Die Türken aber sammelten im Jahre 1690 ein Heer von 60 000 Mann um Nis, welches vom tapferen österreichischen General Starhemberg mit 3000 kaiserlichen Soldaten vertheidigt wurde; am 23. Sep-tember desselben Jahres mußte er capituliren. Im Jahre 1737 wüthete der Krieg wieder zwischen Türke und Christ und ergab sich die Festung den österreichischen Fahnen unter Führung des Grafen Philipp. Nun wurde Nis für längere Zeit der Mittelpunkt öster-reichischer Operationen gegen Tracien und Macedonien. Den Ober-befehl über die ganze Besatzungs-Armee hatte der General Secken-dorf, welcher in absoluter Unthätigkeit und Gleichgiltigkeit die großen Rüstungen der Türken betrachtete, welche, von Bulgarien aus, über Pirov vorrückten. General Dohat war damals Commandant von Nis. Am 11. October rückte Ali Pascha mit 20 000 Mann vor die Stadt und forderte die Uebergabe; Dohat versammelte einen Kriegsrath und erklärte, daß Provisionen nur auf 6 Wochen vorhanden wären, und daß auf einen Entsaß von Seiten des Generals Rhevenhüller (ein ominöser Name für Bulgariens Geschichte) oder des noch entfernteren Generals Secken-dorf, nicht zu rechnen sei. Er befürchte, daß die Festung kaum einen ersten Sturm aushalten dürfte. Darauf beschloß der Kriegs-rath die Capitulation. Am 18. October fiel Nis ohne Kanonenschuß wieder in türkische Hände. Dohat's That wurde furchtbar gerichtet, das kriegsgerichtliche Urtheil lautete für ihn: „auf Verlust seines Ver-mögens und Enthauptung durch den Schafrichter“. Nis blieb nun dauernd in den Händen der Rajah's — bis zum Berliner Vertrage 1879 —. Im Unabhängigkeits-Kriege Serbiens, zu Anfang dieses Jahrhunderts, erschien der Bessaar Knis Stefan Singelic mit seinem Heere zur Eroberung vor Nis. Von seinem eiferfüchtigen Waffengeführten Milaja wurde er jedoch ohne die erbetene Unter-stüzung gelassen, allein vermochte er nicht den mit überlegener Macht ihn angreifenden Türken zu widerstehen. Die Gräben des Bollwerks füllten sich bald mit den Leichen seiner Tapferen, über die-selben fort drangen die Feinde in die Schanzen. Singelic sah deutlich, daß er dieselben nicht länger zu halten vermochte, doch wollte

er weder lebend noch todt in die Hände der Feinde fallen — er wollte eines serbischen Helden würdig enden, und sprengte sich, Freund und Feind, in die Luft. (Ranke, die serbische Revolution 1844.) Aus den Schädeln dieser in so bewundernswürdiger Weise den Tod der Knechtschaft vorziehenden Serben errichteten die Türken den Kéle-Kalesi (d. h. Schädelthurm), jene, so schauerlich an der Straße sich erhebende Siegestrophäe. Kaniz berichtet darüber:

„Als ich sie beim Lichte einer stillen Mondnacht im Jahre 1860 besichtigte, zeigten des Thurmes Mauern, obgleich im Laufe von 50 Jahren durch Verfall bedeutend erniedrigt, noch immer 16 Reihen zu 16 Kopsstufen, also die Plätze zu 1024 Köpsen. Diese selbst sind beinahe alle verschwunden. Die bulgarische Landbevölkerung hat sie aus dem Mauerwerke ausgebrochen, um sie in geweihter Erde zu begraben.“

Zur Vergrößerung von Serbien wurde im Berliner Vertrage 1879 ein Theil Bulgariens, Nis bis hinter Pirov, zugeschlagen.

Gegenüber der Festung Nis, auf dem linken Ufer der Nisawa, steht das einflöckige, langgestreckte Palais des Königs Milan, welcher während des letzten Feldzuges in diesem Winter sein Hauptquartier hierher verlegt hatte.

In unserem „Hotel Europa“ befand sich im Hinterhause ein Depot des serbischen Rothen Kreuzes. Unter den vielen Kisten sah ich zu meiner großen Freude eine versehen mit der bekannten Auf-schrift: „Sächsischer Hilfsverein“.

Am 7. früh verließen wir per Eisenbahn Nis und kamen um 2 Uhr in Belgrad an. Die Eisenbahn durchzieht an der Morawa entlang ein schönes, prächtiges, sehr bevölkertes Thal, überall alt geschöne Eichen, mit deren aus den Kronen herabgefallenen Eichen alle ganze Schweineherden nähren. Ueberall sieht man Ackerbau und Cultur, insbesondere Pflaumenanpflanzungen, aus deren Früchten der weltberühmte serbische Silbowitz bereitet wird. An den Sonnenlehnen der das Morawathal begrenzenden Bergen wird Wein angebaut, der sich schon eines bedeutenden Rufes erfreut. Die fünfzig Jahre, während welcher das Morawathal von dem türkischen Joche befreit war, haben das Land in eines der schönsten und reichsten der Erde verwandelt.

Belgrad kannte ich schon aus den Kriegen 1877—78. Es ist eine schöne, auf einer Erhöhung am Einfluß der Save in die Donau gelegene Stadt. Dieselbe ist jetzt mit Semlin, der am linken Ufer der Save liegenden ungarischen Stadt, durch eine Eisenbahnbrücke verbunden. Seit 1878 hat sich Belgrad wesentlich verschönert. Neue breite Straßen sind entstanden mit schönen großen Häusern. Im

„Grand Hotel“ fand ich eine gute und nicht theure Aufnahme. Die österreichische, besonders ungarisch-serbische Küche war ausgezeichnet. Der berühmte, fast schwarze Nikotiner Wein, der an der serbischen Donauseite nach Drfowa zu wächst, war feurig und mundete außer-ordentlich.

Das deutsche Rothe Kreuz hatte auch nach Serbien zwei ärztliche Missionen gesandt, welche unter den Chefärzten Dr. Schmidt vom Augusta-Hospital in Berlin und des Dr. Schütz aus Berlin standen. Auch hier hatten sich unsere deutschen Aerzte durch bedeutende, glück-liche Operationen hervorgethan. Ich besuchte hier Baron Mundy aus Wien, welcher als Maltheser die österreichische Krankenpflege ver-trat. Er war bereits Chefarzt mit dem Range eines Obersten im Kriege 1876 in Serbien. Den damals erworbenen Lorbeeren hatte er es zu danken, daß ihm der König in seinem Palais eine Wohnung einräumen ließ, und er königlicher Gast wurde. Baron Mundy war so freundlich, mich zu einer Besichtigung seiner Lazarethe einzuladen und seinen improvisirten Lazarethzug zu besichtigen. Ueberall konnte ich die Sachkenntniß und das ingeniose Organisations-talent des be-rühmten Mannes bewundern. Der Lazarethzug war aus Eisenbahn-Padwagen zusammengestellt; die Tragen hingen einfach in Striden mit Doppellagerung im Wagen. Die Küche war ebenfalls außer-ordentlich praktisch eingerichtet. So wie in Bulgarien ruhte auch in Serbien der Schwerpunkt der tüchtigen, umsichtigen Wundbehand-lung und Krankenpflege in den Händen des internationalen Rothen Kreuzes!

Zum Schluß noch ein paar Worte über die Bevölkerung Serbiens. Die Serben sollen aus den Nordabhängen der Karpathen im sechsten Jahrhundert in das jetzige Serbien eingewandert sein, sie sind also rein slavischer Abstammung. In Folge des vielhundertjährigen Aufenthaltes der asiatischen Bulgaren im südlichen Rußland, ferner in Folge der Einfälle des Gzar Sojatoslav von Kiew in die Balkan-halbinsel mögen die Bulgaren wohl russische Sprache, Sitte und Religion angenommen haben, immerhin ist ein großer Unterschied ge-blieben zwischen ihnen und den aus den Karpathen eingewanderten serbischen Slaven. Es wäre daher gewagt, hier von zwei Bruders-tämmen zu sprechen.

Die Rückreise von Belgrad nach Berlin habe ich über Pest und Oberberg gewählt. Am 12. Januar 1886, also nach einer Abwesen-heit von genau 31 Tagen, kam ich in der Heimath wieder an.

*** Umschau in der Provinz. Glas.** Wie der „Gebirgsbote“ meldet, erfolgte am 17. d. M. Nachmittags die Uebergabe des Commandos des ersten Bataillons an den Major von Frankenberg. Der bisherige Commandeur, Oberstleutnant v. Swolinsky, ist zum Oberst und Regimentscommandeur ernannt und von hier verabschiedet worden. — *** Roms-lau.** Erzprieester Nerlich, Pfarrer von Kaulwitz, Reichen und Giesdorf und fürstbischöflicher Commissarius des Communisariats Trachenberg, hat am 10. d. M. vom Ober-Präsidenten die Präsente auf die erledigte, unter königl. Patronat stehende Pfarrei Deutsch-Pieskar (Kr. Neutheben O.S.) erhalten und wird in nächster Zeit dorthin überbeziehen. Die Gemeinde Kaulwitz und ebenso die Stadt Giesdorf, in welcher er früher amtierte, verabschiedeten ihm die Erbauung ihrer neuen gotischen Gotteshäuser. — *** Neumarkt.** Der Magistrat beabsichtigt, den südlichen Theil der Stadtmauer auf der Südseite der Stadt abbrechen zu lassen. — Der königliche Landrath macht bekannt, daß der unentgeltliche Ausschank von Branntwein seitens der Gewerbetreibenden, insbesondere der Colonialwaarenhändler an Kunden, um dieselben anzulocken, als ein gewerbsmäßiger Ausschank zu betrachten und deshalb strafbar sei. — Der hiesige Kreis ist in zwölf Kreisbezirke eingetheilt worden. — *** Ratibor.** Landgerichtsrath Waritz ist in gleicher Eigenschaft vom 1. April c. ab an das Landgericht zu Breslau versetzt worden. — Dem Vernehmen des „Ob. Anz.“ nach ist seitens verschiedener Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung am 16. d. beschloffen worden, am 4. März im Saale des „Prinz von Preußen“ einen Ball abzuhalten, der die Familien der Mitglieder des Magistrats, der Stadtverordneten-Versammlung, der städtischen Deputationen etc. und eines Theiles der städtischen Beamten vereinigen soll. — *** S. Striegau.** Am 17. d. M., als am ersten Todestage des Superintendenten Past. prim. Vach, veranstalteten die Mitglieder des Gemeindefürsorgevereins und der kirchlichen Gemeindevertretung in Gemeinschaft mit mehreren Gemeindegliedern am Grabe des Dahingegangenen eine Gedächtnisfeier, Pastor prim. Günzel hielt hierbei eine besitzliche Ansprache. — *** Warmbrunn.** In nächster Zeit werden wir nun auch in unserem Baderort allgemein die Annehmlichkeit der Gasbeleuchtung haben. Nachdem bereits ein Vertrag der gräflichen Verwaltung mit der Gasanstalt in Hirschberg zum Abschluß gekommen ist, wonach die letztere die Einrichtung der Gasbeleuchtung in den gräflichen Gebäuden (Kurpark, Gallerie, Theater etc.) und auf den betr. Plätzen vom 1. Juni c. ab übernimmt, hat auch die hiesige Gemeinde-Vertretung in ihrer Sitzung am Sonnabend den 13. d. M. den Beschluß gefaßt, unsere Straßenbeleuchtung mit Steinkohlengas bewirken zu lassen. — *** Zoben.** In Wenig-Mohnau starb dieser Tage Frau Johanna Köberle in dem hohen Alter von fast 90 Jahren. — Vom nächsten Sommer ab sollen die Poststationen zu Mogau und Ströbel mit der hiesigen Grundbesitzervereins-Telephonleitungen verbunden werden. — Der hiesige Grundbesitzerverein der 36 Mitglieder zählt, hat den Antrag gestellt, die Dividende pro 1885 auf 8 pSt. festzusetzen. Nach dem Geschäftsbericht balanciren Activa und Passiva mit 225587 Mark.

Nachrichten aus der Provinz Posen.

gr. Pilschne, 18. Februar. [Pädagogium Dittau.] An dem benachbarten Pädagogium Dittau fand am 15., 16. und 17. Februar unter Vorsitz des Provinzial-Schulrath Polke aus Posen die Entlassungsprüfung statt. Von 27 zur Prüfung zugelassenen Zöglingen bestanden 26 dieselbe und erwarben sich damit zugleich das Berechtigungszeugniß zum einjährigen Freiwilligendienst.

Q. Koschmin, 18. Febr. [Eine Schreckensscene im Gefängniß.] Gestern Vormittag 11 Uhr war das hiesige Justizgefängniß der Schauplatz einer aufregenden Scene. Ein Sträfling, seines Zeichens Schuhmacher, hatte offenbar in einem Anfall von Wahnsinn ein Messer, welches er bei sich führte, auf seinen Mitgefangenen gerichtet und drohte, diesen damit zu erdrosseln. Auf das Geschrei des Angegriffenen eilte der Gefangenenaufsichter Gräner herbei, um Ersteren, der eine Schnittwunde bei dieser Affaire erhalten, aus seiner gefährlichen Lage zu befreien. In diesem Momente stürzte der Wahnsinnige mit gezücktem Messer auf den Gefangenen-Aufsichter, so daß dieser zusammenbrach und in weniger als einer Minute in einer Blutlache schwamm. Hierauf suchte der Wahnsinnige auf den Bodenraum zu flüchten, seine Verfolger aber dadurch von sich abzuhalten, daß er einen großen und schweren Felsstein, den er in der Hand hielt, auf diejenigen zu werfen drohte, die sich ihm nähern würden. Als nun eine Anzahl Soldaten von dem hiesigen Wachcommando mit aufgepflanztem Seitengewehr auf den Wahnsinnigen einbrang, flüchte dieser in seine Zelle zurück und versperrte die Thür derselben hinter sich. In der Zelle suchte er dann durch Aufschlagen der Pulsadern seinem Leben ein Ende zu bereiten.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Breslau, 19. Februar. [Landgericht. Strafkammer I. —] Wesentlich falsche Anschuldigung. Der Kaufmann und Liqueur-Fabrikant Benno Seligson aus Breslau besuchte seit Jahren seine in der Provinz wohnenden Abnehmer persönlich. So oft er die Bahn bis Mettau benutzte, nahm er stets bei dem Gastwirth Langer im bezeichneten Orte Logis. Von hier aus begab er sich dann entweder zu Fuß oder zu Wagen in die umliegenden Dörfer, und suchte bei den Krämerinnen, in den Wirthshäusern etc. seine Waaren anzubieten. Als Herr S. am 5. Januar 1885 wieder eine Reise nach Mettau unternahm, ließ er in seiner hiesigen Wohnung seine Briefstafel mit Briefen, über 600 Mark lautend, liegen. Da er die Reise fast ausschließlich zu dem Zweck unternommen hatte, die erwähnten fälligen Kundenpapiere zur Präsentation auf Mettau zur Ausgabe gelangt. Ob der Briefträger den Brief an diesem Tage noch im Langer'schen Gasthof abgeliefert hat, konnte später nicht mehr genau festgestellt werden. S. erhielt denselben erst am 6. Januar Abends von Frau L. ausgehändig, nachdem er angeblich mehrere Male in bringender Weise über den Verbleib des Briefes Nachfrage gehalten hatte. Zu derselben Zeit trug S. dem L. den Ankauf von 2 Eimern Kornbranntwein und diversen Liqueuren an, und überhandte gleich nach seiner Ankunft in Breslau die angeblich bestellten Waaren. L., welcher behauptete, überhaupt keine Bestellung gemacht zu haben, lehnte die Annahme der Sendung ab. Bei einer zweiten, am 18. Januar unternommenen Reise suchte S. den L. in Güte zur Abnahme des Brantweins zu bewegen. Da L., welcher zu dieser Zeit schwerkrank darniederlag, wiederholte ablehnte, wandte sich S. an Frau L. mit demselben Antrage. Hierbei wies er besonders darauf hin, daß er im Falle gütlicher Einigung die „Briefunterschlagung“ nicht zur Anzeige bringen werde. Frau L. zeigte sich gegenüber der Anschuldigung sehr entrüstet und forderte nunmehr den S. zum sofortigen Verlassen des Gasthauses auf. Am 23. Januar cr. starb ihr Ehemann. Wenige Tage später erhielt sie bereits eine Vorladung zum Amtsdorfesher. S. hatte in der That die verspätete Briefablieferung als beabsichtigte Unterschlagung denunziert. Die Untersuchung ergab keinerlei belastende Momente gegen Frau L.; dagegen wurde S. in Folge eines später von ihr selbst gestellten Antrages aus § 164 des Strafgesetzes wegen vorsätzlich falscher Anschuldigung unter Anklage gestellt. Im bereits im November v. J. vor der I. Strafkammer angehängten Termin wurde behufs Erhebung des vom Angeklagten vorgelegten Entlastungsbeweißes verhandelt. In letzter Sitzung derselben Strafkammer stand die Sache aufs Neue an. S. der zuerst versichert hatte, über die Anklage sehr überrascht gewesen zu sein, da er seiner Meinung nach in bestem Wissen gehandelt habe, wurde durch die Beweisaufnahme für überführt erachtet, daß er lediglich aus Nachsicht die Frau L. der thatächlich nicht vorhandenen versuchten Unterschlagung des Briefes beschuldigt habe. Die gegen ihn erkannte Strafe lautete auf sechs Wochen Gefängniß, auch wurde der Frau L. die Publikationsbefugniß des Urtheilsentors im „Neumarkter Kreisblatt“ auf Kosten des Angeklagten zugelassen.

Breslau, 19. Februar. [Landgericht. Strafkammer II. —] Ein Fabrikant für Kundenwechsel. Der frühere Drechslergeselle Paul Agrowsky errichtete vor mehreren Jahren in der Obovorstadt eine Stadtfabrik. Obgleich in seinem Geschäft fast ununterbrochen 20 bis 25 Leute thätig waren, Agrowsky auch zumeist nur auf Bestellung arbeitete, so war doch seine Vermögenslage häufig eine sehr gedrückte, derart, daß er mitunter nicht wußte, woher er Sonnabends die Löhne für seine Arbeiter hernehmen sollte. Anfang des Jahres 1885 bezog Agrowsky von

dem Holzhändler Ludwig Glücksmann zwei Waggon Rukholz. Er leistete auf diesen Posten im Betrage von beinahe 1000 M. nur eine kleine Anzahlung; für den fehlenden Betrag gab er eigene Accepte. Kurz vor Fälligkeit derselben tauchte er sie gegen sogenannte Kundenwechsel um. Die nacheinander gegebenen Kundenwechsel lauteten über 150, 213 und 215 M.; sie trugen sämtlich das Accept des Fabrikanten Reichelt in Berlin, als Aussteller und Girant hatte sich Agrowsky eingezeichnet. Der erste Wechsel wurde durch Reichelt eingelöst, die beiden andern kamen unter Protest mit dem Vermerk zurück, das Accept sei gefälscht. Agrowsky gestand auf Befragen ohne Weiteres die Fälschung zu, mit der Motivierung, Geldnoth habe ihn dazu getrieben. Es sei seine Absicht gewesen, die Wechsel selbst einzulösen, auch war dies mit dem ersten über 150 M. lautenden bereits geschehen. Diesen hatte er durch seine Frau in Berlin bei Reichelt gelegentlich der Präsentation bezahlen lassen. Zu den späteren Einlösungen fehlte es ihm an Geld. Sein Bruder, ein Restaurateur, hat bald darauf die Wechsel mit Zinsen und Kosten eingelöst, den Glücksmann also gänzlich schadlos gehalten. — Heut stand Agrowsky wegen dieser dreifachen Urkundenfälschung vor dem Forum der II. Strafkammer. Der Staats-Anwalt brachte für den völlig geständigen, nur beim Militär wegen einer Unterschlagung vorbeurtheilten Angeklagten selbst mildere Umstände in Antrag, das Strafmaß erachte er in Höhe von 1 Jahr Gefängniß und 2 Jahren Ehrverlust angemessen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Sternberg, empfahl seinen Klienten der Milde des Gerichtshofes, insbesondere trat er der Bitte des Angeklagten bei, demselben die Ehrenrechte zu belassen. — Das Strafkammer-Collegium entschied sich für eine Gesamtsstrafe von 1 Jahr Gefängniß und 1 Jahr Ehrverlust.

Telegraphischer Specialdienst

der Breslauer Zeitung.

Nei ch s t a g.

Berlin, 19. Febr. Die Berathung des Gesetzentwurfs über die Verlängerung des Socialistengesetzes hat einen vorläufigen Abschluß gefunden, denn durch den eiligen Schluß der Discussion wurden die Herren Hänel und Bebel verhindert, eine ganze Reihe von Ausführungen des Ministers von Puttkamer, der sehr oft das Wort erhielt, richtig zu stellen. Herr v. Puttkamer führte zur Rechtfertigung des Gesetzes ausschließlich die von früher bekannten Argumente an, wie sie auch in der Begründung des Entwurfs enthalten sind, und nahm sich, wie immer, der hartbedrängten Geheimpolizei an. In Bezug auf den von Herrn Singer gestern angeführten Fall Mahlo mußte der Minister zugeben, daß dieser ehrenwerthe Herr sich in der That zu Polizeizwecken in einen Arbeiterverein eingeschlichen, er bestritt aber, daß dieser die ihm zugeschriebenen Handlungen verübt habe. Bei der Verteidigung der Ehre dieses Beamten ließ sich der Herr Minister in einem unbewachten Augenblick derart gehen, daß Herr Barth den Zorn, „der reine Comödiant!“ nicht unterdrücken konnte, dafür vom Präsidenten Herrn v. Bebel natürlich zur Ordnung gerufen wurde. Dr. Alexander Meyer erklärte namens der Freisinnigen, daß das Socialistengesetz aufzuheben sei, weil es wirkungslos und weil der Socialdemokratie Gelegenheit zur freien Discussion über die schweren socialpolitischen Probleme gegeben werden müsse. Herr Windthorst erklärte sich in einer sehr verlaululirten Rede, der deutlich zu entnehmen war, daß das Centrum nicht einzig in dieser Frage ist, zwar gegen jedes Ausnahmegegesetz, so auch gegen dieses, will aber nur allmählich zum gemeinen Recht zurückkehren und hat Zwecks dessen eine Reihe mildernde Anträge eingebracht, von deren Annahme er seine Entscheidung abhängig macht. Herr Marquardsen bot wieder das Prototyp eines schwankenden Nationalliberalen, er ist für Verlängerung, aber auf weniger als 5 Jahre. Schließlich wurde der Gesetzentwurf mit den Anträgen Windthorst an eine besondere Commission verwiesen. Morgen beginnt die zweite Berathung des Nordostsee-Canals.

50. Sitzung vom 19. Februar.

1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Vötticher, von Puttkamer und Commisariats.

Die Tribünen sind überfüllt. Vor der Tagesordnung erhält der Abg. Dirichlet das Wort, welcher einen Brief des Professors Eulenburg, ehemals in Greifswald, jetzt in Berlin, zur Verlesung brachte, in welchem die Behauptung des Grafen Behr vom 13. Februar, daß Professor Hüter überall auf seinen Wahlkreisen den Wirth 100-Markcheine für Freibier gegeben haben soll, als unbegründet bezeichnet wird. Er — Professor Eulenburg — habe den verstorbenen Professor Hüter auf allen seinen Wahlkreisen begleitet und niemals etwas davon bemerkt.

Abg. Graf Behr erwiderte, daß er den verstorbenen Professor Hüter nur auf Provocation genannt, daß er ihn nicht habe beleidigt, ihm nichts Unerlaubtes vorwerfen wollen. Die Aussage des Prof. Eulenburg sei für ihn nicht maßgebend, er habe keine Veranlassung, die Glaubwürdigkeit seiner Gewährsmänner zu bezweifeln, bis ihm der Gegenbeweis erbracht sei. (Hört! links.) In der Erregung des Augenblicks sei er vielleicht insofern zu weit gegangen, als er von überall gesprochen, während es nur in einzelnen Fällen geschehen.

Darauf legte das Haus die erste Berathung der Vorlage wegen Verlängerung des Socialistengesetzes fort.

Bundesbevollmächtigter, Staatsminister von Puttkamer: Meine Herren, der Herr Bebel — ich weiß nicht, ob er sich schon im Hause befindet — (Zuruf: Ja!) hat im letzten Theile seiner gestrigen Rede eine überaus charakteristische Aeußerung gethan, derart charakteristisch für seine ganze Anschauungsweise, daß sie mir ein unwillkürliches Hört! entlockte. Ich möchte mir gestatten, auf diese seine Aeußerung zum Eingang meiner Ausführungen doch mit einigen kurzen Worten zurückzukommen. Der Herr Abg. Bebel hat in dieser Aeußerung in einer etwas weniger gewaltsamen Form, wie früher, seines Herzens innerste Meinung ausgesprochen, nämlich den unersöhnlichen und unaussprechlichen Haß gegen die Monarchie und deren Träger. Diesmal — beiläufig unter der Herrschaft des Socialistengesetzes — hat er sich damit begnügt, von zerstörten Jusionen zu sprechen und davon, daß es gut sei, wenn diese Jusionen des monarchischen Princips so rasch als möglich zerstört würden. Das ist derselbe Gedanke, den er im Jahre 1871 in der Sitzung vom 8. Nov. vor der Herrschaft des Socialistengesetzes in einer etwas offeneren Weise formulirt hat. Es war davon die Rede, es könne möglicher Weise die Entwicklung des Reichs dahin führen, daß die übrigen deutschen Regierungen verschwinden oder aufgelöst würden, da sagte er: Ich bin weder dagegen noch dafür, aber nicht, weil wir glaubten, daß wir unter den preussischen Zuständen uns besser befänden, sondern aus dem einfachen Grunde, weil die Widerstandskraft, welche sich jetzt bei der größeren Zahl der einzelnen Regierungen zerplittert, sich auf den einen Hauptgegner concentrirt, weil aller Haß und Zorn, der bei unseren faulen Zuständen von Tag zu Tag im Volke mehr anwächst, gegen einen sich richten und damit die Möglichkeit geschaffen werden wird, eines Tages mit diesem einen ebenfalls tabula rasa zu machen. (Hört! hört! rechts.) Von seinem Standpunkte aus ist der Herr Abg. Bebel vollkommen im Rechte, es ist richtig, das deutsche Fürstenthum und insbesondere an der Spitze desselben die als Vormacht stehende preussische Monarchie ist das westlichste — in der Zukunft vielleicht das einzige — Bollwerk gegen diejenigen Umsturzbestrebungen, als deren Hauptrepräsentanten ich den Abg. Bebel erkenne. (Sehr richtig! rechts.) Ich glaube, es ist nöthig, gerade hierauf aufmerksam zu machen in einem Augenblicke, wo die Berathung, in der wir uns befinden, doch eine ganz eigenenthümliche Illustration erhält durch die mit sehr dringender Deutlichkeit sprechenden Thatfachen in anderen Ländern. (Bravo rechts. Al! Al! links und Heiterkeit.) Zuerst die Republik. Das ist das erste, was geschaffen werden muß, dann der Umsturz unseres ganzen wirtschaftlichen und socialen Systems, dann der Aufbau der neuen Staatsordnung auf Grund der tieffinnigen Utopien, die uns einer der verehrten Herren, die wir unter uns haben, so herrlich und verlockend geschildert hat. (Heiterkeit rechts.) Wie der Herr Abgeordnete das auf dem vor ihm und seinen Genossen so sehr betonten friedlichen Wege erreichen will, das ist mir rein unerfindlich. Ich glaube, bei diesem

Umwandlungsproceß unserer ganzen Zustände wird es sehr lebhaft zugehe (sehr richtig! rechts) und es wird sehr wenige Annesirte dabei geben, ausgenommen vielleicht die Herren vom Freisinn, die jetzt so beflissen sind, (auf! links und große Unruhe), den Herren Socialdemokraten Vorparan- (danke) zu leisten und sich einer der wenigen wirksamen Abwehrmaßregeln entgegenzustellen. Der Herr Abg. Bebel hat mit einer Zuversicht, die mich einigermaßen in Erstaunen gesetzt hat, von dem nahen Zustandekommen dieser Vorlage gesprochen. Ich weiß nicht, welches seine Quellen sind, sie sind jedenfalls nicht die Meinigen, denn ich muß Ihnen sagen, ich bin äußerst besorgt, daß die Vorlage nicht zu Stande kommt, daß sie hier ihre Annahme nicht findet. Die Regierungen haben die Pflicht, diese Vorlage zu machen, sie haben sie erfüllt, und damit haben sie ihrer Verantwortung auf diesem Gebiete genüge gethan. Wird die Vorlage abgelehnt, so werden aufs Tiefste geschädigt die Interessen der deutschen Nation, deren Mehrheit — wie ich glaube und behaupte — entschieden für die Verlängerung dieses Gesetzes ist. (Oh! links; sehr richtig! rechts.) Der beständige Kern der deutschen Nation — ich sage das im weitesten Sinne — hat in der Wirkung dieses Gesetzes diese acht Jahre hindurch eine wirksame Maßregel zur Wiederherstellung und Bewahrung des socialen Friedens erkannt, das ist mir ganz unzweifelhaft, und derselbe würde es mit tiefem Schmerze, ja mit Unwillen empfinden, wenn diese Sicherheit, unter deren Schutz er nun Jahre lang wenigstens im verhältnismäßigen Frieden gelebt hat, ihm genommen würde. (Sehr richtig! rechts.) Nun hat der Herr Abgeordnete Bebel sich gestern noch einer sehr starken Uebertreibung schuldig gemacht. Ich muß es deshalb hervorheben, weil dieser Gedankengang, den er da entwickelt, eigentlich der Schlüssel ist für die ganze Opposition gegen die Vorlage, wie ich wenigstens glaube. Er sagt: die Regierungen haben das bisher bestehende Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom October 1878 benutzt, wenn auch ohne Erfolg zur Vernichtung der Socialdemokratie und zur Mund-Lobtmachung des gesammten Arbeiterhandes. Meine Herren, ich sehe dem entgegen, daß die Thatfachen absolut anders reden. Ich will hier nur das Eine anführen: Die Haupt-äusserungen jener politischen Partei bewegen sich ja nur auf dem Gebiete des Vereinswesens, der Versammlungen und der Presse. Nun, meine Herren, soviel von mißbräuchlicher Anwendung des Gesetzes gestern die Rede gewesen ist, das hat Niemand behauptet, daß das Versammlungsrecht der Socialdemokratie durch dieses Gesetz aufgehoben sei, und daß auch in der Anwendung es für aufgehoben zu erachten sei. Ich habe hier zufällig eine Tabelle über einen Zeitabschnitt der Verfassungsgeschichte dieser Dinge in Berlin. Darin tritt die Erscheinung zu Tage, daß von hundert socialdemokratischen Versammlungen etwa ein Drittel durch Verbote oder Auflösungen in ihrer thatächlichen Entwicklung gestört worden ist, zwei Drittel sind ganz ruhig verlaufen, und so wird es in anderen Gegenden Deutschlands auch sein. Und nur die Presse! Das ist ja richtig, wir haben die Pflicht gehabt, Gistplanen, die vor Erlaß dieses Gesetzes in großer Zahl auf socialdemokratischem Boden gewachsen sind, auszurotten und zu zerstören; aber an die Stelle dieser in ungebührlicher und maßloser Weise die öffentliche Ruhe und den Frieden gefährdenden Blätter ist eben eine andere, bessere Kategorie getreten. Hier in Berlin erscheinen drei socialdemokratische Blätter; die Herren scheinen das gar nicht zu wissen. Ich erinnere an das „Berliner Volksblatt“ und zwei Wochenblätter, die seit 1. Januar erschienen. Sie haben offenkundig socialdemokratischen Tendenzen, allerdings unter der Herrschaft des Socialistengesetzes, welches sie zur Mäßigung zwingt, in einer Form, an der sich manche andere Blätter — ich will nicht wieder auf die Freisinnigen exemplificiren — ein Beispiel nehmen können. Freilich, daß wir Blättern, wie dem „Züricher Socialdemokrat“, so weit wir können, dauernd den Zutritt in Deutschland, die Möglichkeit der Veröffentlichung und die Circulation verweigern, das wird selbst der Herr Abg. Bebel, der übrigens, wie ich ausdrücklich bemerke, gestern wieder dieses Blatt als sein officiell-Organ anerkannt hat, doch auch begreiflich finden. Dieses Blatt bestreift sich in einer Donart, die ihm gestattet ist, die der Herr Abg. Bebel hier nicht einschlägt, alle die eblen Gefühle, die doch, Gott sei Dank, in der deutschen Nation noch überwiegend sind, in einer Weise zu verböhnen, die geradezu unbeschreiblich ist. Meine Herren, ich kann den Artikel und die Aeußerung, die ich hier im Auge habe, nicht vorlesen, aber ich will eine Skizze davon geben oder nur daran erinnern, daß dieses Parteiblatt des Herrn Abgeordneten Bebel sich nicht entblödet hat, noch in den letzten Monaten die Königin Luise von Preußen, meine Herren, den guten Genius der preussischen Nation, in einer Weise mit Köth zu bemerken. (Hört! hört! Pst rechts), die jeder Beschreibung spottet und auch jede Andeutung des Inhalts für jeden gestitteten Menschen unmöglich macht. (Rufe rechts: Phui!) Ich weise zunächst vollkommen den Standpunkt zurück, als wenn das Gesetz vom Jahre 1878 und die sämtlichen Gesetze, welche seine Verlängerung ausgesprochen haben, irgendwie die Tendenz der Vernichtung socialdemokratischer Bestrebungen überhaupt in sich trüge. Nein, das ist nicht der Fall, sondern das Gesetz ist vorgelegt und mit Zustimmung der Vertretung der Nation erlassen zur Unterdrückung der revolutionären Form der Socialdemokratie. Ich denke, der Unterschied ist doch wohl einleuchtend. Um Ihnen das noch etwas näher zu führen, muß ich mir erlauben, auf die Entstehungsgeschichte und den ganzen Entwicklungsgang dieser Ausnahmebestimmungen noch kurz zurückzukommen. Ich bitte Sie, sich zurückzuversetzen in die Zeit des Jahres 1877, wo der ganze Boden der deutschen Nation aufgewühlt war und erzitterte unter den revolutionären Bewegungen einer Partei, welche wir hier in diesen 24 socialdemokratischen Mitgliedern jetzt noch vor uns sehen, eine Partei, welche in Versammlungen, in der Presse, in Vereinen ganz offen den Umsturz nach allen Richtungen hin predigte. Die Sache wurde am ernstesten genommen gerade von denjenigen Kreisen, welche, ohne daß man ihnen irgend wie den Vorwurf übertriebener Gouvenementalität machen kann, auch von ihrem liberalen Standpunkte aus das ungeheure dieser Gefahr erkannten, und, wie ich zu meiner Freude sage, auch öffentlich anerkannten. Ich muß mich da wenden zu den damaligen Aeußerungen des Herrn Abg. Bamberger. (Oh!) Ich will ihn sofort beruhigen, ich thne das in keiner Weise, um ihm persönlich zu nahe zu treten, sondern seine Aeußerungen sind für mich ein unentbehrliches historisches Belegstück für die Richtigkeit dessen, was ich Ihnen vorzuführen habe. Der Abg. Bamberger war damals so erfüllt, ich will nicht sagen, von Angst und Schrecken, das sind Gefühle, die ihm hoffentlich fern liegen — aber er war so erfüllt von dem Bewußtsein der uns umgebenden Gefahren und von der Pflicht, ihnen entgegenzutreten, daß er Aeußerungen in seiner Rede vom 16. September 1878 gethan hat, viel ernster und, ich möchte sagen, viel tragischer wie sie den verbündeten Regierungen jemals in den Sinn und in den Mund gekommen sind. An einer anderen Stelle begründet Herr Bamberger sein Votum für das Gesetz und seine Ueberzeugung von der Nothwendigkeit des Gesetzes damit, daß er sagt: Wir haben die Pflicht, es besser zu machen und klüger zu sein, als andere Nationen, die eine ähnliche Gesetzgebung machen mußten, nachdem die Katastrophe eingetreten ist. Wir wollen sie machen, bevor die Katastrophe eingetreten ist. (Hört! hört! rechts.) Alles vollkommen correcte Gedanken, nur wünsche ich, daß sie nicht nur bei dem Herrn Abg. Bamberger, sondern auch bei allen denjenigen seiner Freunde, die früher einmal für die Regierungsvorlage aufgetreten sind, etwas dauernder haften geblieben wären. Aber wir haben uns auch mit dem Herrn Abg. Bamberger in der Beziehung in vollständiger Uebereinstimmung befunden, daß wir das Gesamtergebnis und den Gesamterfolg, den eine solche Ausnahmebestimmung zum Schutz der bedrohten gesellschaftlichen Ordnung haben könnte, nicht so hoch veranschlagt haben, wie das jetzt aber immer vorausgesetzt wird. In Uebereinstimmung mit dem Herrn Abg. Bamberger haben die verbündeten Regierungen damals den Standpunkt eingenommen, daß von einer Vernichtung der Socialdemokraten als Partei, davon, sie überhaupt aus der Reihe der Erscheinungen zu streichen, keine Rede sein könne. Wir müssen uns darauf beschränken, die revolutionären Auswüchse, welche in ihren Aeußerungen den öffentlichen Frieden bedrohen, abzuschneiden. Vor dem Socialistengesetz haben wir unsere Nation in fieberhafter Aufregung hin und her getrieben von stürmischen Agitationen und Leidenschaft in Presse, in Vereinen, in Versammlungen; nach dem Socialistengesetz haben wir Ruhe und Frieden im Lande gehabt, freilich immer in dem beschränkten Sinn, den ich mir auszuführen erlaubt habe. (Zwischenruf links.) Ja, das wird natürlich von dem Herrn Abg. Hänel bestritten, aber es ist nichts bestoweniger vollkommen wahr. Meine Herren, das ist wichtig für die Socialdemokratie außerhalb des Parlaments und innerhalb des Parlaments. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben gestern, ich weiß nicht, ob von dem Herrn Bebel auch, aber jedenfalls von seinen Parteigenossen wiederholt betont gehört, daß sie gar nicht an gewaltigen Umstürz dächten und daß sie gar nicht eine revolutionäre, nein, eine Reformpartei, wenn auch im radicalsten Sinne seien. Das klingt denn doch sehr anders als Proclamation derjenigen Grundzüge, welche wir in früheren

Zeit von den Herren hören mußten. Ich erinnere mich einer Zeit, wo kein sozialdemokratischer Abgeordneter die Tribüne verließ, ohne zu versichern, daß ihm der ganze Reichstag höchst gleichgültig sei, daß die ganze Gesetzgebung, mit der wir uns befassen, total überflüssig sei, eine Verbesserung unserer faulen Zustände könne nur im Wege der gewalttätigen Zerstörung erreicht werden u. s. w. Man hat die „Tribüne“ hier damals ausdrücklich bezeichnet als ein bloßes Agitationsmittel, nicht als Kampfplatz für praktische politische Bestrebungen und darauf beruhenden Meinungsaustausch. Ja, damals wollte Herr Hasselmann jedesmal, wenn er sprach, am Schlusse seiner Rede „auf der Barrikade sterben.“ (Heiterkeit.) Der Herr Abg. Bebel hat, wie ich anerkenne, die Sache immer viel tiefer aufgeföhrt, er ist immer auf den Grund der Sache gegangen und hat, wie auch gestern wieder, wenn in milderer Form, alle seine Angriffe auf die Monarchie und die monarchische Staatsordnung gerichtet. Ich erinnere ihn daran — er wird das jetzt nicht mehr unternehmen, aber damals glaubte er es, weil er sich eben frei in der Stellung fühlte, thun zu dürfen, daß wir aus seinem Munde und von der Tribüne, die Verteidigung des Fürstenthums, wenn auch nur verhüllt, aber doch ganz deutlich, gehört haben, so deutlich, daß Jeder, der es hören wollte, es verstehen konnte, also wenn die Haltung der Herren Abgeordneten — ihre vermehrte Zahl, muß ich gestehen, imponirt mir gar nicht, denn die Gründe davon sind bekannt, sie liegen auf einem andern Gebiet —, wenn ich die Haltung mir vergegenwärtige, die die Herren jetzt hier einnehmen, und wenn ich dieselbe mit jenen vergleiche, welche sie früher einnahmen, dann muß ich sagen: ich gratulire den Herren zu der inneren Umwandlung, die in ihnen vorgegangen ist. Ich glaube, das ganze Problem der nächsten Zukunft auf diesem Gebiete liegt darin, ob es im Laufe der Ereignisse durch die Schulung, in welche die parlamentarischen Vertreter für die Gesetzgebung kommen, ob es durch die allmähliche Umwandlung der Gesinnung der Massen möglich sein wird, die gewaltthätige revolutionäre Gesinnung und in ihrer Wirksamkeit aufregenden Elemente der Partei allmählich zu eliminiren und diese Partei zu einer solchen zu machen, welche man allenfalls eine radikale Reformpartei, sagen wir, als den äußersten linken Flügel der deutschen Volkspartei bezeichnen könnte. (Heiterkeit rechts.) Das heißt, also unter Verzichtleistung auf jede gewaltsame Lösung der schwebenden Fragen ein Einreihen in den geordneten parlamentarischen Kampf über Meinungen und Interessen, in welchem Rahmen ja natürlich auf dem Boden des allgemeinen Wahlrechts jeder Partei ihre freie Entwicklung gelassen werden muß und auch gelassen werden wird. Ich bin der Meinung, daß wir mindestens noch eine Reihe von Jahren abwarten müssen, wie diese ganze Bewegung und Gegenbewegung innerhalb der sozialdemokratischen Massen sich entwickeln wird. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß auch diejenige Richtung — ich halte sie sogar für die Zahl nach in diesem Augenblick noch größer —, welche an der Möglichkeit der parlamentarischen Mitarbeit verzweifelt, liegen wird, und daß wir dann schließlich wieder in die Verhältnisse zurückfallen, welche vor Erlaß des Sozialistengesetzes bestanden. Jedenfalls wird die Verlängerung dieses Gesetzes ein Hilfsmittel dafür sein, die Richtung in der friedlichen Bewegung zu stärken. (Sehr richtig! rechts.) Wenn dagegen diese verdröben, von mir vorhin geschilderten, die Leidenschaftslos bis auf die tiefste aufregenden Preßzeugnisse, wenn diese anfrüherischen Reden wieder ohne Scheu und ohne Hinderniß vor das Gemüth und vor das Verständnis der großen Volksmassen würden geführt werden, dann würde jede Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung innerhalb der Partei selbst abgeschnitten sein. Das ist die Ueberzeugung, von der wir bei der Bitte, das Sozialistengesetz noch einmal zu verlängern, wesentlich geleitet werden. Deshalb kann ich nur bitten, diese Verlängerungsvorlage, die also unverändert das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie noch auf 5 Jahre verlängern möchte, wohlwollend zu prüfen und wenn Sie können, anzunehmen. Ich bin der Meinung, daß Sie sich damit ein Verdienst nicht um die verbundenen Regierungen, nein um die Interessen der Nation erwerben werden! (Lebhaftes Bravo rechts.) Zum Schluß muß ich noch auf einen Gegenstand zurückkommen, den der Abg. Singer mir gegenüber zur Sprache gebracht hat. Ich würde ja an sich nicht die Verpflichtung anerkennen, auf die Interpellation eines einzelnen Abgeordneten auf einen Gegenstand, auf den ich nicht vorbereitet war, auch nicht vorbereitet sein konnte, hier gleich zu heute auf morgen zu antworten. Denn ich muß für mich natürlich die selbstständige Prüfung jedes Falles, namentlich da, wo es sich um einen Königl. Beamten handelt, in Anspruch nehmen und würde an sich nicht in der Lage gewesen sein, bis heute gleich Ihnen dasjenige vorzulegen, was mir über den vom Herrn Abgeordneten Singer vorgebrachten Fall zur amtlichen Kenntniß gekommen ist, aber ich thue es dennoch, und zwar deshalb, um nicht irgendwie die Meinung auskommen zu lassen, als ob ich, sei es auch nur kurze Zeit, mit meiner Wissenschaft über die Sache hinter dem Berge zu halten geneigt wäre, und weil ich anerkennen muß, daß dieser Fall, wenn er wahr wäre, allerdings geeignet wäre, einen sensationellen und peinlichen Eindruck zu machen. Ich habe also sofort nach der gestrigen Sitzung den betreffenden Beamten auf sein Gewissen und seine Amtsehre zu Protocoll vernehmen lassen über die Vorgänge, welche der Abgeordnete Singer gestern von Ihnen entwidelt hat. Es ergibt sich in dieser Beziehung Folgendes: Es ist vollkommen richtig, daß ein Beamter der politischen Polizei, um gewisse Vorgänge zu überwachen und staatsgefährlichen Untrieben wirksam entgegenzutreten zu können, sich in einen Bezirksverein hat aufnehmen lassen. (Hört! hört! links.) Das war aber, wenn ich den Herrn Abg. Singer irgendwie richtig verstanden habe, keineswegs der Kernpunkt seiner Anklagen, sondern er war beflissen, diesen Beamten als einen solchen hinzustellen, der innerhalb dieses Vereins die Mitglieder desselben zu Verbrechern zu verleiten versucht hatte, um (Sehr wahr!) in einer nicht sehr schönen Weise das Material für die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu vervollständigen. Nun, was diesen Punkt anbetrifft, auf den es für mich ganz allein ankommt, so habe ich mir hierüber einen Auszug gemacht aus dem Protocoll über die Vernehmung des Beamten, und ich trage kein Bedenken, obgleich es augenscheinlich ist, und ich nicht die Verpflichtung übernehme, in anderen Fällen ebenso zu verfahren, in diesem außergewöhnlichen Falle Ihnen aus diesem amtlichen Schriftstück auszugsweise einige Mittheilungen zu machen. Der Beamte hat zu den springenden Thatsachen, die der Abg. Singer behauptet hat, Folgendes ausgesagt: „Der Grund, welcher mich zu dem Eintritt in den Bezirksverein veranlaßte, war, mir die Ueberwachung desselben zu erleichtern und die verschiedenen Persönlichkeiten unauffällig kennen zu lernen. Ich habe mich aber stets völlig passiv verhalten und außerhalb der Versammlungen nie mit Mitgliedern verkehrt. Nie bin ich mit einem Mitglied des Vereins am Palais vorbeigegangen und die Ausrufung, welche ich angeblich bei dieser Gelegenheit bezüglich des in die Luftspringens gethan haben soll, ist eine Erfindung und Unwahrheit.“ (Hört! hört! rechts, Lachen links.) Ja, dieses Lachen ist mir doch außerordentlich charakteristisch. Ich weiß nicht, von welcher Partei es ausgegangen ist. Sind es lediglich die Herren Sozialdemokraten gewesen, dann bin ich vollkommen beruhigt, aber mir schien, daß auch in den Reihen der freisinnigen Partei sich einige Gesichter zum Lachen verzogen, und wenn das richtig sein sollte, dann möchte ich Ihnen nur sagen, daß ich Sie in keiner Weise beglückwünschte und nur wünsche, daß dieses Lachen auch außerhalb dieses Hauses recht weit und deutlich gehört werden möge. (Bravo! rechts. Auf links: Der reine Komödiant! Der Präsident ruft deshalb den Abg. Barth zur Ordnung. Von rechts wird gerufen: Es war ja der Abg. Richter.) Meine Herren, ferner sagte der Beamte: „Rein aus der Luft gegriffen ist die Behauptung, daß ich Mitglieder um mich verammelt hätte, um dieselben unter Hinweis auf das Gebahren der Nihilisten zu Gewaltthaten aufzureizen. Die sämtlichen bezüglichen Auslassungen des v. Singer sind erfunden.“ Natürlich nicht vom Abg. Singer, das anzunehmen fällt mir nicht ein — objectiv erfunden —, ebenso unwahr ist ferner die Behauptung, daß ich Vorträge über die Herstellung von Dynamit gehalten haben soll, daß ich Mitglieder veranlaßt haben sollte, fünf Dynamitbomben an sich zu nehmen. Die Behauptung, daß ich den Verordn. aufgefordert habe, Clubs zu organisiren, um dieselben dann, um Material für eine Verlängerung des Sozialistengesetzes zu gewinnen — aufzuheben, ist einfach Lüge.“ Nun, dieser Beamte ist ein in seiner bisherigen Dienstführung vollkommen unbefehlter Beamter (Auf: natürlich!), also ein für mich glaubwürdiger Mann. Ich werde selbstverständlich nunmehr diese Sache nicht ruhen lassen, sondern ich werde den Abg. Singer bitten, mir diejenigen Leute zu nennen, auf die er sich beruft, um die Schuldigen vor Gericht zu ziehen. Das ist selbstverständlich. Aber eins möchte ich doch zum Schluß zu bemerken nicht unterlassen. Dieser ganze Vorfall ist wieder ein charakteristisches Zeichen für die Kampfweise der Herren von der Sozialdemokratie (Sehr richtig! Rechts: oh! bei den Sozialdemokraten). Meine Herren, die Verantwortung, die wir bei dem Gesetz und seiner Umföhrung zu tragen haben, ist wahrlich schon schwer genug. Sie wollen sie uns unmöglich machen durch das Heranziehen von unbegreiflichen Thatsachen, die nachher in der allergrößten Mehrzahl der Fälle sich als vollständige Unrichtigkeit ergeben haben. Ich bin der festen Meinung, daß das auch für diesen Fall sich ergeben wird, einstweilen steht, wie ich anerkenne, Behauptung wider Behauptung. Der Beamte, um den es sich handelt, ist, wiederhole ich, noch niemals in irgend einer

Weise in einer Situation gewesen, die ihn nicht als vollständig glaubwürdigen Mann seinen Vorgesetzten gegenüber erscheinen ließe; und ich bin daher der Meinung, daß die Untersuchung nicht zum Vortheile derjenigen Anschauungen ausfallen wird, die der Herr Abgeordnete Singer vertritt. (Bravo rechts, Händel links.)

Abg. Alexander Meyer: Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß es für die Aufrechterhaltung des Sozialistenfriedens nützlicher ist, wenn das Sozialistengesetz aufgehoben, als wenn es verlängert wird. Daraus, daß Viele von uns, die heute gegen die Verlängerung stimmen, früher für das Gesetz gestimmt haben, kann der Minister den Vorwurf der Inconsequenz gegen uns nicht herleiten, wie er dies gegenüber meinem Freunde Bamberger versucht hat; denn im Gesetz selbst ist als wesentliche Klausel vorgesehen, daß dasselbe nur vorübergehend sein soll. Der Minister sagte mit Recht, die Sozialdemokratie befindet sich zur Zeit in einem Zustand der Gährung, es sei das Bestreben vorhanden, diejenigen Elemente, welche friedliche Tendenzen verfolgen, von den anarchischen zu trennen, ich glaube aber, es giebt kein besseres Mittel, diesen Gährungsproceß zu einem guten Ende zu fördern, als wenn man jetzt Gerechtigkeit walten und ein Gesetz fallen läßt, dessen Hauptwirkung eine fortwährende, steigende Verbitterung ist. Der Minister kann in seiner Stellung nicht die Erfahrungen machen, wie wir in den unsrigen. Ich wünsche deshalb, er mache es wie Harun al Raschid, und reiste z. B. ein Mal als freisinniger Candidat durch das Land — ich wünsche dabei nicht, daß er nachher in unsere Fraktion eintritt (Heiterkeit) —, dann würde er in den Versammlungen, die er beriefe, die wahren Wirkungen des Sozialistengesetzes erkennen, so wie ich sie in den von mir berufenen Versammlungen kennen gelernt habe. Auf das Sozialistengesetz paßt bald das horzige Wort nonum prematur in annum; das Gute, was das Gesetz gewirkt, haben könnte, müßte es längst gewirkt haben; augenblicklich kann es nur noch Schaden anrichten. Der Vorwurf des Ministers, wir hätten gelacht, als er das Protocoll des Mahlow verlas, ist vollständig unbegründet, im Gegentheil, wurden unsere Gesichter sehr ernsthaft, als wir von so hoher Stelle sagen hörten: „Sie sehen, der Schuldige leugnet; folglich muß die Sache unwahr sein.“ Uebrigens wünschen wir lebhaft, daß der Fall Mahlow leidenschaftslos unterjocht werde. Wir sind durchaus nicht voreingenommen für die eine oder andere Seite. Der Minister hat sich dagegen verwahrt, daß er das Spitzelthum begünstige. Der Leiter einer Verwaltung ist aber moralisch haftpflüchtig für manche Dinge, die seine Angestellten auch ohne seinen Willen thun. Wo das Spitzelthum gedeiht, wird man mit Recht annehmen, daß in der Verwaltung oben nicht alles so ist, wie es sein sollte, und daß der Verwaltungschef nicht thut, was er kann, um das verderbliche Institut der Agents provocateurs zu beseitigen. Daß es dieses Institut bei uns schon früher gegeben hat, beweisen die bekannten Hochverraths-Processse aus den fünfziger Jahren und der Proceß Waldeck. Der Minister kann den Vorwurf also nicht mit leichter Handbewegung von sich abkühlern. Daß das Sozialistengesetz vielfach mißbräuchlich gehandhabt wird, steht fest. Einen solchen Mißbrauch zeigte uns der vom Abg. Kräcker vorgebrachte Fall der Schließung einer auf Capitalassociation von Arbeitern beruhenden Druckerei in Breslau. Muß es nicht auch die Achtung der Sozialdemokraten vor dem Capital und dessen Trägern untergraben, wenn man ihr eigenes Capital unberechtigt vernichtet? Es handelt sich hier um den Capitalisten Kräcker, nicht um den Sozialdemokraten Kräcker. Auch daraus, daß man nie versucht, die schwankende Fassung des Sozialistengesetzes durch die präzisere Form eines wirklichen Strafgesetzes zu ersetzen, schließe ich, daß man das Gesetz nicht mit vollkommener Unbefangenheit handhabt. Besonders hat stets die Willkür mit zu Gericht gesessen bei der Frage, ob Jemand ausgewiesen werden soll. Man hat oft Personen ausgewiesen, gegen die thatsächlich nicht das Mindeste vorlag, und was wird denn überhaupt mit den Ausgewiesenen. In die vierte Dimension des Raumes kann man keinen verwiesen. Sie gehen in andere Städte und setzen dort ihr Thätigkeit fort, mit größerem Eifer als früher, weil sie innewischen um ihr Brot gekommen sind. So hat die Sozialdemokratie in Halle beträchtlich zugenommen, weil sich dort viele der aus Leipzig ausgewiesenen Agitatoren niedergelassen haben und ein Feldherr der sozialdemokratischen Partei sein Hauptquartier dorthin verlegt hat. Auch das Verfallmumsrecht ist durch das Sozialistengesetz von seinen natürlichen Grundlagen verdrängt. Ich hielt im vorigen Jahre bei Gelegenheit einer Neuwahl in einer kleinen Stadt eine Versammlung ab, ich sprach dort und nach mir sprach ein sozialdemokratischer Agitator. Derselbe sprach schlechter, als ich es sonst von dem Herrn gewohnt bin, er gab sich eine Reihe entliegender Blößen, und ich freute mich sehr darauf, ihm zu widerlegen. Obgleich dieser Herr völlig leidenschaftslos gesprochen und sich durchaus in den gesetzlichen Schranken gehalten hatte, löste doch der anwesende Bürgermeister, ein sehr liebenswürdiger Herr, der den Redner vorher nicht einmal unterbrochen hatte, gerade am Schluß der Rede die Versammlung auf, weil sozialdemokratische Agitation in derselben getrieben wäre. Ich kam so um meine Rede. (Heiterkeit.) Während es mich aber sonst meist kalt läßt, wenn mir irgendwo einmal das Wort abgeschnitten wird, ist mir diese Rede, die ich nicht habe halten können, doch zurückgetreten und hat sich auf die ebleren Theile bei mir geworfen. (Große Heiterkeit.) Und als ich mich dann vom Bürgermeister verabschiedete, brückte er mir die Hand mit großer Herzlichkeit und sah mich an, als lese er in meinen Augen meinen Dank dafür, daß er mich aus mißlicher Lage befreit hätte. (Heiterkeit.) Ich nahm mir damals vor, für das Sozialistengesetz in unveränderter Gestalt nie wieder zu stimmen, und zum mindesten zu verlangen, daß man das Gesetz titulire Gesetz zur Verhinderung der Widerlegung sozialdemokratischer Lehren. (Heiterkeit.) Wenn der Minister dann vom dem Blatt, der „Sozialdemokrat“, sprach, um die Verlängerung des Gesetzes zu motiviren, so halte ich es jedenfalls für besser, wir haben hier im Lande eine sozialdemokratische Presse, die der Staatsanwalt bei Ausschreitungen paffen kann, als daß solche Blätter in Tausenden von Exemplaren zu uns vom Auslande eingeschmuggelt werden. Manche wunderbare Verbote angeblich sozialistischer Schriften sind vorgekommen. Die Brotdüre von Engels in London gegen Dühring hierher, welche verboten wurde, wie der Abg. Bebel gestern schon erwähnte, handelte lediglich von dem Begriff einer imaginären Größe in der Mathematik und vertritt die von Gauss über diese Frage gestellte Theorie, während Eugen Dühring das Gegentheil behauptet. Dies Buch also hat man als gemeingefährlich verboten. Ich kann es den meisten von Ihnen ruhig in die Hand geben, Sie verstehen kein Wort. (Heiterkeit.) Aber bei den Arbeitern, so meint die Behörde, erschüttert es die Autorität, über den Unterschied zwischen einer eingebildeten und einer wirklichen Größe nachzudenken. Auch wir erkennen ja einen berechtigten Kern in der sozialdemokratischen Bewegung an, obwohl wir die der Sozialdemokratie mit der Regierung und den Conservativen gemeinschaftliche Meinung, daß die Privatwirtschaft abgehaltert und durch Staatswirtschaft ersetzt werden müsse, nicht theilen. Aber wir leben in einem Zeitalter, das von der mächtigsten Bewegung erfüllt ist. Soweit der geschichtliche Blick zurückdringt, hat er sich noch immer herausgestellt, daß da, wo große technische Erfindungen gemacht werden, die Besitzverhältnisse sich gewaltig verändern und mit ihnen ebenso die politischen Machtverhältnisse, ja, selbst die sittlichen und religiösen Ideen. Der Staßfischer Engel hat berechnet, daß heut jedem Menschen drei bis fünf Dampfmaschinen zu Gebote stehen, die für ihn arbeiten. In Folge dessen hat sich die Production gewaltig gesteigert, und wenn die Entwicklung gesund bleiben soll, muß neben dieser Steigerung eine Steigerung der Consumption einhergehen, d. h., es müssen die großen Massen möglichst an der Consumption theilhaftig werden, was wieder nur durch Ermäßigung der Preise geschehen kann. Darum haben wir gerade in der herabgehenden Preisbewegung das Mittel gesehen, womit die wirtschaftliche Bewegung sich von selbst hilft und in richtige Geleise leitet, ohne jeden Eingriff des Staates, ohne jede künstliche Hebung der Grundrente. Zweifelloß führt solche Umgestaltung der Production auch zu großen sozialen Veränderungen, und es liegen jedenfalls Probleme auf diesem Gebiete vor, die wir discutiren müssen. Darum meinen wir auch, daß es gestattet sein muß, daß die sozialdemokratischen Lehren ruhig und geordnet vorgetragen werden, damit man zu einer friedlichen Verhängung gelangen kann. Freilich, wo große Reibungen sind, da ist auch große Wärme; so lange es Menschen geben wird, wird auch über menschliche Interessen und Leidenschaft gekämpft werden, jeden solchen Ausdruck der Leidenschaft aber von vornherein als gemeingefährlich unterdrücken zu wollen, das ist die Sperrung eines Dampfventils und muß zu unheilvollen Folgen führen. Wir stimmen also gegen das Gesetz und würden es sehr beklagen und für nachtheilig unserer ganzen Entwicklung halten, wenn es mit Hilfe irgend einer Majorität gelingen sollte, dem Sozialistengesetz eine längere Dauer zu verschaffen. (Lebhafter Beifall links.)

Minister v. Puttkamer: Die Meinung des Vorredners ist völlig unzutreffend, daß die Regierungsintentionen denen der Sozialdemokratie in dem Gedanken nabestehen, an Stelle der Privatwirtschaft die Collectivwirtschaft zu setzen, wöher ihm diese Meinung kommt, ist mir nicht klar. (Abg. Meyer: Eisenbahnstaatlichung; Monopol.) Auf den Gebieten, wo auch in anderen Culturstaaen der Staatsbetrieb

legitim ist, wird die deutsche oder eine andere Regierung solcher Tendenz nicht entgegengetreten. Siebverwechseln diesen mit dem collectivistischen Standpunkte. Die Ideologien, welche die Sozialdemokraten verfolgen, sind meiner Ansicht nach kaum ernst zu nehmen. (Sehr wahr! rechts.) Ich erkenne gegenüber dem Herrn Abgeordneten sehr dankbar an, daß er in dem Tone, den er meinen Ausführungen gegenüber anschlug, in seiner Weise über das für mich angenehme Maß hinausgegangen ist. Ich glaube, er fühlt sich nicht ganz ohne Schuld an dem Zustandekommen des Gesetzes, da er früher selbst dafür gestimmt hat. Bei der Beurtheilung der Wirkung stimmen wir darin überein, daß wir Nutzen von ihm erwartet haben. Inzwischen argumentirt er weiter: Da der Nutzen nicht eingetreten ist, muß es aufgehoben werden, während die Regierung sagt: Folglich müssen wir das Gesetz auf eine fernere Frist bis zu einer vollständigeren Wirkung haben. In einem anderen Punkte aber befinden wir uns in völliger Disharmonie: er macht mir einen Vorwurf daraus, daß ich auf die Ausrufungen eines ehrenhaften und pflichttreuen Beamten irgend einen Werth gelegt und mit Nachdruck gesagt habe, ich müße bis auf Weiteres den Worten Glauben schenken. So habe ich stets verfahren und werde auch ferner, so lange ich Minister zu sein die Ehre habe, verfahren. (Beifall rechts.) Der Herr Abgeordnete behauptet frank und frei, weil es in früheren Perioden vorgekommen sein soll, daß Agents provocateurs gebraucht worden seien, so müße dies auch jetzt der Fall sein. Ich habe dies ganz entschieden und auf Pflicht und Gewissen dementirt, es ist vollkommen unrichtig, daß die preussische Polizei zu Zwecken des Dienstes dieses System entwickelt oder auch nur anwendet. Will der Herr Abg. Meyer andererseits so weit gehen, die polizeilichen Organe jeder Möglichkeit und Befugniß zu entkleiden in den Sphären, mit denen sie zu thun haben, sich der nöthigen Mittel zu bedienen? Ich möchte ihn in der Function des Ministers sehen, wenn er sich seine Ausführungen zur Nichtachtung des amtlichen Vorgehens machen wollte! Er würde geringen Erfolg haben. (Sehr gut! rechts.) Keine Polizei eines geordneten Culturstaates kann auf eine geheime Action verzichten. Den Breslauer Fall hätte ich eigentlich gar nicht nöthig zu erörtern, denn der Herr Abgeordnete hat selbst zugegeben, die gesetzliche Instanz habe als gesetzlich anerkannt, daß die Kräcker'sche Druckerei geschlossen worden ist, ich nehme aber auch gar keinen Anstand, zu erklären, daß ich die Entscheidung für vollkommen zutreffend halte, es ist festgestellt worden, daß die Angabe, Herr Kräcker sei alleiniger Eigentümer der Druckerei, nicht richtig ist, sondern daß ein Verein von 100 Mitgliedern besteht, dessen Mitglieder sogar Ansprüche an die Druckerei haben. Nach dem Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie darf kein Verein, keine Gesellschaft, bestehen, deren Thätigkeit unter § 1 des Gesetzes fällt. Um diese Thatsache handelt es sich allein, und da dies festgestellt ist, so mußte auch die Druckerei nach § 7 desselben Gesetzes geschlossen und mit Beschlag belegt werden. Dies ist geschehen. Ich muß daher in Abrede stellen, daß das Gesetz in einer der Absicht desselben nicht entsprechenden Weise gehandhabt worden wäre. Daß es strenge, ja draconisch gehandhabt wird, erkenne ich an. Wir haben aber auch ein Gesetz nicht für, sondern gegen die Sozialdemokraten gemacht. (Sehr gut! rechts.) Und wir müssen bis an die Grenze gehen, welche das Gesetz selbst zieht. Daß auf dem Gebiete der Ausweisungen nach § 23 des Gesetzes anscheinend Mißbrauch getrieben worden sei, erkenne ich nicht an. Wohl ist der Uebelstand damit verbunden, daß man durch eine Ausweisung gewissermaßen das Gift nur an einen anderen Ort bringt, aber es entfällt § 23 das Requitit, daß die Ausweisungen stattfinden können aus denjenigen Gebieten, in denen eine besondere Gefahr für die Sicherheit stattfindet. Um ein politisches Gut zu erreichen, muß man eben ein minderes Uebel in den Kauf nehmen. Das scheint mir ganz einfach. (Sehr wahr! rechts. Lachen links.) Ich kann nicht sagen, daß Herr Dr. Meyer irgend etwas dazu beigetragen hat, um das Urtheil über die Nothwendigkeit der Verlängerung des Sozialistengesetzes zu Ungunsten der Regierungsvorlage zu wenden, und ich muß Sie bitten, selbst seinen Ausführungen gegenüber mit möglichst großer Majorität — groß wird sie ja wohl nicht sein, aber doch mit Majorität — sich den Vorschlägen der verbundenen Regierungen anzuschließen. (Beifall rechts.)

Bundesbevollmächtigter für Hamburg Dr. Versmann nimmt gegenüber den Angriffen des Abg. Frohme das Verfahren des Polizeibeamten Schröder in Schutz. Derselbe habe bei der Zwangsweise auf Anordnung des Vorgesetzten ausgeführten Verhaftung des Tapezier Gröneberg durchaus richtig gehandelt, der Transport des Letzteren nach dem Bahnhofe habe nur deshalb schnell erfolgen müssen, um die für den Abend und für die beabsichtigte Abreise des Gröneberg geplante großartige Demonstration von Gefinnungsgenossen des Ausgewiesenen zu vereiteln.

Abg. v. Schliekmann: Es ist Allen bekannt, daß der ursprüngliche Entwurf des Sozialistengesetzes eine Fristbestimmung nicht kannte, dieselbe ist erst hineingebracht durch die Commission und die Majorität des Reichstages, während sie von der Regierung und auch von uns auf das Lebhafteste bekämpft wurde. Dieselben Gründe, wie damals, bestimmen uns heute, für die Verlängerung des Gesetzes zu stimmen. Sie sind einmal allgemeiner Natur, wir wünschen keine Gesetze mit bestimmten Endfristen, und das können auch die Herren nicht, die sonst immer der Majestät und Stabilität des Gesetzes das Wort reden. Ich bedauere darum lebhaft, daß der Satz lex in perpetuum valitura in diesem Falle als vorhanden betrachtet wurde. So gut das Gesetz gewirkt haben mag, es wäre besser gewesen, wenn die Klausel mit der Fristbestimmung nicht in dasselbe aufgenommen wäre. Es heißt dann weiter, das Sozialistengesetz sei ein Ausnahmegegesetz; man müße dasselbe principiell bekämpfen. Dieser Satz ist schwer zu fassen, wie der griechische Fechter, der seinen Leib mit Del gefalbt hat. Jedes Straf- oder Polizeigesetz setzt einen Ausnahmefall voraus, aber gesagt auch, es handelte sich hier um ein Ausnahmegegesetz, so ist uns dasselbe durch den Kampf der Sozialdemokratie gegen die bestehende Ordnung aufgebracht worden. Man sagt, wir müßten wieder auf den Boden des gemeinen Rechts kommen, offenbar will man damit auf eine Verschärfung der Bestimmungen über die Presse und das Vereinswesen hindeuten. Aber nach den Erfahrungen der letzten Jahre muß es zweifelhaft erscheinen, ob der Versuch, derartige Verschärfungen der bestehenden Gesetzgebung herbeizuführen, von Erfolg sein würde, als die Regierung beabsichtigte zur Autoritätsstärkung die sog. Schußmannsparagraphen im Strafgesetzbuch zu verschärfen, ist sie abschlägig im Reichstage beschieden worden, und nun nehmen Sie dazu noch das Wohlwollen der Strafproceßordnung gegen den Angeklagten. Mit derartigen kleinen Mitteln ist dem Schaden der Sozialdemokratie nicht beizukommen, man greift auch wohl nur zu der Bezeichnung Ausnahmegegesetz, weil es den Polizei- und Verwaltungsbehörden gewisse discretionäre Befugnisse einräumt, aber ohne dieselben können auch Sie (links) nicht regieren, und umso mehr ist es zu bedauern, daß Anklagen, wie wir sie gehört, hier gegen ganze Beamtenkategorien geschleudert werden. Man klagt über die Verschärfung der Vereinsfreiheit und der Pressefreiheit. Es ist noch nicht lange her, da wurde die Pressefreiheit hochgehalten, als ob sie eines der Menschenrechte wäre, es war ein Nimbus um die Presse verbreitet, die auflärende wirke und noch höher siehe als die Seelsorge. Diese Auffassung ist im Volke geschwunden. Seitdem wir das einige Vaterland erhalten haben, hat das liberale Postulat der freien Presse an seinem Glanze verloren. Man hält es nicht mehr für so richtig, daß in der Zeitung jeder beleidigt werden darf, wenn sonst nur Ruhe im Lande ist. Ich wende mich nun mit einem kurzen Worte zu der Stellung der Parteien zu diesem Gesetze. Die deutsch-bannoverische Partei stammt aus den conservativen Gegenden des Reiches, aus stabilen aristokratischen Verhältnissen. Die Mitglieder derselben werden sich ungewißhaft durch eine kleine Mißstimmung gegen die Regierung nicht verleiten lassen, gegen das Gesetz zu stimmen. Die Elsas-Rothringer beehren uns nur wenig mit ihrem Besuche, aber ich hoffe, daß auch von ihnen, wie früher, ein Theil für das Gesetz stimmen wird. Es sind praktische Herren, die sich recht wohl der Vorgänge, die sich 1871 in Paris abgespielt, erinnern, und die recht wohl wissen, daß ein strammes Regiment nothwendig ist. Ich wende mich nun zu den Sozialdemokraten. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß einer von Ihnen für das Gesetz stimmen wird (Heiterkeit), ich will auch nicht versuchen, Sie zu bewegen, aber ich richte an die Führer die Mahnung, daß auch für sie das Gesetz von nicht unangenehmen Folgen gewesen ist. Man erzählt mir, ich war damals noch nicht Mitglied dieses Hauses, daß man in der ersten Zeit hier ihre Gemeinschaft gekneht habe. Das ist jetzt anders. Wir kennen, grüßen Sie und sitzen mit ihnen in Commissionen zusammen, und Sie stimmen sogar für einzelne Anträge der Regierung. Das war früher nicht der Fall. Herr Meyer hat gemeint, daß der Kern Wahrheit, welchen die Sozialdemokratie enthalte, jetzt mehr anerkannt werde, als früher, das ist richtig. Wir erkennen das Sociale dieser Partei an. Die Volkspartei ist klein. (Auf: niedlich. Stürmische Heiterkeit.) Herr Mayer hat für dieselbe gestern erklärt, daß Sie gegen das Gesetz stimmen, wenn einmal die Schneider kämen, um zu theilen, so seien ja die Soldaten da, damit erkennen Sie doch an, daß sie eventuell an die bewaffnete Hilfe appelliren wollen, dann sollten Sie doch consequenter sein und nicht erst warten, bis der Soldat kommt, dessen Flinte schießt und dessen Säbel haut. Ich komme zu den Deutschfreisinnigen. Als das Gesetz 1878 beraten wurde, waren unter den engagirten Gegnern auch die Herren von der Fortschrittspartei, ein anderer Theil derselben gehörte damals

nach der nationalliberalen Partei an und unter ihnen befanden sich die be-
reitetsten Verteidiger des Gesetzes. Berechtigt, wie die Herren immer zu sein
pflegen, insbesondere zeichnete sich Herr Damberger aus, und auf ihn
richteten sich deshalb auch die Angriffe der Socialdemokraten mit besonderer
Schärfe, wie die Herren jetzt stimmen, weiß ich nicht. In der Presse der-
selben heißt es: Kein freisinniger Mann darf für die Verlängerung stimmen,
und Herr Meyer hat diese Versicherung wiederholt. Ich weiß nicht, was
die Herren zu thun beschließen, die Entscheidung liegt bei Ihnen, aber
berücksichtigen Sie, wie Ihre Wähler denken. (Auf: Das geht Sie nichts
an!) Nicht die Wähler der Stichwahlen, sondern die Wähler des
ersten Wahlganges. Unter ihnen wird es eine große Zahl geben, welche
sich wundern würden, wenn das Gesetz aufgehoben würde. Die Ge-
eignisse jenseits des Canals haben einen tiefen Eindruck gemacht. (Auf: Aha!)
In Berlin unter den Linden giebt es auch schöne Juwelierläden. (Auf:
Bäcker!) Auf einen Theil wird das freilich keinen Eindruck machen.
Sie erinnern sich, daß die Communards in Paris Paläste anstieften,
Bischöfe und Generale erschossen, aber Sie werden nicht gehört haben, daß
Herrn v. Nothschild etwas geschahen wäre. (Lachen links.) Die National-
liberalen werden mit uns stimmen und sie beweisen damit, daß sie wirklich
eine staatsmännische Partei sind. (Lachen links.) Ich komme zu den Voten. 1878,
als das Haus schon ermüdet war durch die Debatten, forderte noch einer von
Ihnen, daß das Gesetz auf Posen keine Anwendung finde, weil es dort keine
Socialdemokratie gäbe. Ganz so liegen die Dinge nicht mehr. Sehen Sie
nur auf Galizien und Rußland. Lassen Sie doch die kleine Verfassung (Auf:
Klein) und stimmen Sie für das Gesetz. Nun noch ein Wort an das
Centrum. Dasselbe steht auf dem Boden der römisch-katholischen Kirche,
die wie keine andere ein Institut der Autorität ist. Glauben Sie, daß
das dem Wesen Ihrer Kirche entspricht, wenn Sie der Nation Ihre Unter-
stützung hier versagen. (Auf: Nation.) Ich appelliere an das, was Sie
und uns verbindet, den Glauben. (Auf aus dem Centrum: Den Sie uns
haben nehmen wollen.) Lassen Sie uns unseren Glauben, wie wir Ihnen
den Jähren lassen (Lachen im Centrum) und wenden wir uns gemeinsam
gegen größten Feind des Unglaubens, die Socialdemokratie. Nun noch
ein Wort zum Schluß. Ich gehörte dem Reichstage in der letzten
Legislaturperiode nicht an, ich war damals geschlagen von einem Herren
der Fortschrittspartei, der 1884 für die Verlängerung des Socialisten-
gesetzes gestimmt hatte; er führte zu seiner Rechtfertigung an, er habe so
gestimmt, weil er gehört, daß es die persönliche Ueberzeugung seiner
Majestät sei, daß das Gesetz noch notwendig sei. Ich hoffe, daß der
gleiche Grund auch heute noch viele von Ihnen bestimmen wird, dem
Gesetze zuzustimmen. (Unruhe links. Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Es war nicht ganz glücklich, so direct das Staats-
oberhaupt in die Debatte zu ziehen. (Sehr richtig! links. Auf: Noch nie
dagewesen.) Ich glaube, daß auch diejenigen Mitglieder dieses Hauses,
welche etwa gegen die Verlängerung des Socialistengesetzes stimmen wollen,
ganz dieselbe Ehrfurcht vor unserem Monarchen haben, wie der Vorredner.
Ich habe auch die Ueberzeugung, daß unser Kaiser toleranter andere An-
sichten vertritt, als viele derer, die seinen Willen vertreten. (Sehr richtig!)
Der Abg. Bebel hat mir in mancher Beziehung aus dem Herzen gesprochen.
Wenn er aber meinte, das Centrum stände dem Gesetz sym-
pathisch gegenüber, so weiß ich nicht, wodurch er eine solche Behauptung
begründen kann. Wer selbst unter einem Ausnahmegeetze steht,
sollte Sympathie haben für ein Ausnahmegeetz? Wir bekämpfen
die Socialdemokratie als Feindin der Monarchie und des positiven
Christenthums auf Leben und Tod. Aber auch diejenigen von uns, die früher
für die Verlängerung des Socialistengesetzes gestimmt haben, haben stets
erklärt, daß sie dieses Gesetz als dauernde Institution nicht wollten. Meine
Resolution, welche dies aussprach, wurde einstimmig von der Fraction ge-
nehmigt. Ich nehme heute meine damaligen Verbesserungsvorschläge wieder
auf und erkläre schon heute, daß ich im Einverständnis mit meinen
sämmlichen Parteifreunden in der Commission — ich beantrage hiermit
eine solche von 21 Mitgliedern — die damaligen Anträge sämmtlich er-
neuern werde. Dieselben bezwecken eine größere Freiheit der Bewegung
der Socialdemokratie in den Verammlungen und in der Presse und vor
allem eine Beschränkung der Verhängung des Belagerungszustandes auf
Berlin. Von der Annahme dieses letzteren wichtigsten Punktes mache ich
mein Votum über das Gesetz abhängig. Die nähere Motivierung behalte
ich mir für die Commission vor. Sodann werde ich beantragen, die
Gültigkeitsdauer des Gesetzes auf 2 Jahre zu beschränken, nämlich bis
zum 30. September 1888. Der Minister von Puttkamer hat gesagt, nach
seiner Kenntniß der Stimmung im Hause sei es ihm im höchsten Grade
zweifelhaft, ob die Vorlage der Regierungen angenommen werden
würde. Ich glaube, ihm diese Zweifel bestätigen zu können,
ich kann mich aber irren, und ich möchte dem Herrn Minister recht ernst-
lich die Erwägung nahelegen, ob es nicht gerathen sei, den Weg zu be-
treten, den zu bezeichnen ich mir erlaubt habe. (Zuruf bei den Social-
demokraten: fällt ihm gar nicht ein!) Die Regierung müßte die Ueber-
gangszeit dazu benutzen, die nöthigen Vorkehrungen zu treffen, um der
Socialdemokratie mehr und mehr den Boden zu entziehen. (Auf bei den
Socialdemokraten: das wird vergeblich sein.) Die verbündeten Regierungen
sind nicht genügend bereit gewesen, die Lage der Arbeiter zu verbessern.
(Zuruf rechts: das hört ja Alles auf.) Mit der Unfallversicherung ist das
Penium der kaiserlichen Postfach noch lange nicht erledigt. Die Arbeiter-
schutzgesetzgebung hat die Reichsregierung geradezu gehindert. Ich meine,
die Frage der Sonntagsruhe, der Frauen- und Kinderarbeit, des Normal-
arbeitstages u. s. w. Ein großes Contingent zur Socialdemokratie
liefert auch die Staatsdienerschaft, welche nicht genügend besoldet ist.
Endlich fördern die verbündeten Regierungen die Socialdemokratie auch
dadurch, daß sie keinen Anstand nehmen, bei den Wahlen sie heranzuziehen,
wenn sie ihnen paßt (Zustimmung links). Videatur München, Videatur
Hannover. Heute die Socialdemokratie zu Hilfe rufen und morgen sie
vernichten, das verträgt sich nicht. Herr Bebel, dieser ausgezeichnete Führer
der Socialdemokratie, hat dem Minister eine Lektion gehalten, von der
ich wünsche, daß sie in Hütten und auch in Palästen verstanden würde.
Er hat gesagt, daß der Staat in seiner jetzigen Ordnung und die Kirche
notwendig auf einander angewiesen seien. (A! links.) Ich bitte die
verbündeten Regierungen, einmal gründlich ihr Gewissen zu erforschen, ob
sie immer und überall mit der nöthigen Energie die Kirchen in die Lage ge-
setzt haben und sehen wollen, voll und ganz das zu leisten, was sie dem Staate
gewähren wollen. Bis jetzt hat der Staat seine Bundesgenossen in Joffeln
geschlagen. (Zustimmung im Centrum.) Es ist ein Grundrhythmus des
gegenwärtigen Regiments, die Socialdemokratie mit mechanischen Mitteln, mit
physischer Gewalt vernichten zu können. Wer dies glaubt, versteht nicht
die Macht der Ideen. Ich vertraue immer noch auf den gesunden Sinn,
auf den frommen religiösen Sinn des Volkes. (Abg. Hasenclever:
Frommer Glaube!) Der Staat rufe die gebornen Feinde der Social-
demokratie, die religiösen Orden, ins Land zurück. (Beifall im Centrum.)
So lange Sie fortfahren für jeden Ordensmann 5 Gendarmen und für
jede Ordensfrau 10 Gendarmen anzustellen, werden Sie die Socialdemo-
kratie niemals schlagen. Ob man wirklich ganz entschieden die Beibehaltung
des Socialistengesetzes wünscht, will ich nicht entscheiden. In den
Gegenden, die ich kenne, würde man einen Abgeordneten, der für die Ver-
längerung des Socialistengesetzes stimmte, nicht wiederwählen. Eine
Appellation an das Volk im Falle der Ablehnung würde für die Regie-
rung nicht günstig ausfallen, um so weniger als die Branntweinvorlage
sehr für die Socialdemokratie wirken wird. Ich bitte Sie nochmals, für
meine Anträge zu stimmen. Alle diejenigen, welche denken, werden sich
nicht sein; nicht die „Norddeutsche Allgemeine“. (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. Dr. Marquardsen: Ich glaube, aus den Ausführungen des Abg.
Windthorst den Schluß ziehen zu dürfen, daß er für eine modificirte Vor-
lage zu stimmen bereit ist. Herr Windthorst wird ja in der Commission,
welcher wir uns nach dem Vorgange dieser ansehnlichen Partei nicht
widersehen wollen, Gelegenheit haben, seine Anträge näher zu begründen.
Wir sind keineswegs principieller Gegner der Wöderung des Gesetzes.
Was die Dauer dieses Gesetzes betrifft, so hat Herr Bebel mit Recht
eine eingehende Motivierung derselben in der Vorlage und in den
Ausführungen des Herrn Ministers vermisst. Die ursprüngliche Vorlage
wollte das Socialistengesetz mit unbeschränkter Dauer, das Haus beschloß
eine Beschränkung und die erste Verlängerung erfolgte auf 3½ Jahre.
Bei der zweiten Verlängerung hat sich die Regierung auf den Standpunkt
gestellt, daß jeder neu gewählte Reichstag einmal über die Verlängerung
entscheiden müsse, und die plötzliche Forderung, die Gültigkeit um 5 Jahre
zu verlängern, ist ein bisher nicht ausgerechtes Verdict. Ich
kann eine Verlängerung des Gesetzes über die Dauer des nächsten Reichs-
tages hinaus in keiner Weise zustimmen. Schließlich noch einige Worte
der Erwiderung auf die gestrigen Ausführungen Bebel's bezüglich
der Stellungnahme der Nationalliberalen zur Socialdemokratie bei
einigen Wahlen. Den Kölner Socialdemokraten kann ich daraus,
daß sie einen Nationalliberalen wählten, keinen Vorwurf machen.
Wäre ich um meine Meinung befragt worden, ich hätte die Sache genau
so wie der Abg. Bebel beurtheilt. In Frankfurt hatten die National-
liberalen die Wahl zwischen Herrn Sonnemann und Herrn Sabor. Auch
mir wäre diese Wahl recht schwer geworden. Sind die Nationalliberalen

bort für Sabor eingetreten, so kann ich ihnen das jedenfalls nicht über-
nehmen. In München hat es sich gar nicht um einen Kampf von
Nationalliberalen gegen Ultramontane gehandelt, dort halten seit alter Zeit
sämmliche liberale Schattirungen gegen die clerikale Partei zusammen.
Und wenn der Abg. Fischer sich an alle nicht ultramontanen Wähler ge-
wendet hat, so ist dies vollständig loyal gewesen. Andererseits ist es doch
sehr zu bezweifeln, ob die Socialdemokraten recht thun, einem Clerikalen
ihre Stimme zu geben, und wie sieht es denn damit aus, wenn Clerikale
für Socialdemokraten stimmen. Letzteres ist in der Pfalz, im Wahl-
kreise des Abg. Groß, bei der Stichwahl unzweifelhaft geschehen. Das
Socialistengesetz hat jedenfalls bewirkt, daß durch Unterbindung der
offenen Agitation die Ausbreitung der Socialdemokratie über das
platte Land verhindert ist, sowohl in Nord- als in Süddeutschland. Wer
die Arbeiterhöfe auch fernher von dieser Agitation verschont wissen
will, wird für die Fortdauer des Gesetzes eintreten müssen. In
zahlreichen ländlichen Wahlkreisen ist überdies ein Rückgang der für die
Socialdemokraten abgegebenen Stimmen zu constatiren. Die einzelnen
bei der Ausführung des Gesetzes begangenen Mißgriffe, so häufig sie sein
mögen, können das Gesammturtheil über die Wirksamkeit des Gesetzes
nicht alteriren. Auch wir stimmen für die Commissionsberathung in der
Hoffnung, daß es gelingen werde, das Gesetz, welches die Regierung
wünscht, in irgend annehmbarer Gestalt zu Stande zu bringen. (Beifall
bei den Nationalliberalen.)

Abg. Geijer (Socialdemokrat): Wir erwarten von einer Commissions-
berathung nichts; in einer Commission würde nur das alte Spiel wieder
beginnen, welches auf die unveränderte Annahme des Gesetzes
hinausläuft. Wir halten die Sache schon jetzt für spruchreif.
Die Rechtfertigung seiner nationalliberalen Freunde hat sich Herr
Marquardsen doch allzu leicht gemacht; diese Herren haben sich nicht
blos mit der Werbung um unsere Stimmen begnügt, sie haben auch dabei
Gesichtspunkte allgem. politischer Art verfolgt. Mich besuchte kurz vor
der Stichwahl in Stuttgart zwischen dem Nationalliberalen und dem
Volkspartei-er Schott einer der hervorragendsten Führer der National-
liberalen Württembergs, ein dortiger Rechtsanwalt, um mir klar
zu machen, daß beide Parteien, wir und er, das dringendste In-
teresse hätten, den Volkspartei-er hinauszuwerfen: die politische
Entwicklung dränge immer mehr und mehr auf die Scheidung
Aller in zwei große Parteien, eine staatsbehaltende und eine radicale,
dennoch hätten wir dasselbe Interesse, an der möglichst raschen Zerbrei-
der Mittelpartei und da könnten wir ja in Stuttgart mit der Volks-
partei den Anfang machen. (Große Heiterkeit links.) Von den wohl-
thätigen Wirkungen des Gesetzes bezüglich des platten Landes entwirft
Herr Marquardsen ein falsches Bild; wir haben unter dem Druck des
Gesetzes uns begnügt, dort am meisten die Hebel anzusetzen, wo sie am
leichtesten spielen, in den großen Städten, den Industriezentren.
Wo wir unsere Agitation auf dem Lande trotz der Herrschaft des Gesetzes
fortsetzen, haben wir keine Verluste, sondern Erfolge davongetragen,
so im Nürnberger, Gothaer, Braunschweiger Wahlkreise. Die Behandlung
welche uns Herr v. Puttkamer angedeihen läßt, muß ich doch mit einigen
Worten charakterisiren. Er springt in ebenso liebenswürdiger wie geist-
reicher Art mit seinen Gegnern um. Einmal erklärt er auf unsere Aus-
führungen mit der elegantesten Nonchalance so ganz von oben herab, daß
ich Alles gar nichts gewesen. Die Redner hätten sich nicht auf der Höhe
der Situation bewegt. (Heiterkeit links.) Daß er aber etwa gestern auf
der Höhe der Situation gestanden, wird er selbst nicht behaupten können,
nur im Verschweigen hat er Bedeutendes geleistet. Die andere Manier ist
das Herausgreifen von Nebenfragen, an die er sich mit aller Verzweiflung
flammt, und die er benutzt, um nach Kräften das rothe Tuch zu schwenken,
einen Nachweis dagegen, daß wir mit unserem Programm gemeingefährliche
Bestrebungen verfolgen, hat er nicht einmal zu erbringen versucht. Was
hat denn das Citat aus dem „Socialdemokrat“ über die Königin Luise
mit unserer Partei zu thun? Solches soll uns nur über die völlige
Höflichkeit seiner Gründe täuschen, eine Kampfesweise, die ich als besonders
nobel nicht bezeichnen kann. Uns gegenüber halten Sie alle Kampfmittel
für gerecht; die völlige Verachtung der Rechlichkeit als eines eugherigen
Begriffs scheint mir auch bei dem Kriege gegen uns Platz gegriffen zu
haben. Sie (rechts) können offenbar den Zeitpunkt, wo „die Flinte schießt
und der Säbel haut“, gar nicht erwarten, ganz im Gegentheil zu
uns. Wenn auch Bebel und andere von meiner Partei sich als Gegner
der Monarchie bekannt haben, so hat doch keiner von ihnen je gewollt,
daß der Zusammenbruch von uns irgendetwas gewaltthätig vorbereitet wird;
das wird von vielen, die Herrn v. Puttkamer viel näher stehen, als uns,
bereits befohlen, das aber bei dem Zusammenbruch wenigstens eine lebens-
kräftige Partei vorhanden ist, die weiß, was sie will, die aus den Trümmern
etwas Brauchbares aufzurichten den Willen hat, das ist der Gedanke Bebel's.
Ueber den Zeitpunkt des Eintritts dieses Ereignisses sind innerhalb unserer Partei
die abweichendsten Meinungen vorhanden. Redner wendet sich dann zu den
Nationalliberalen, denen er unter Vorlesung eines angeblich von einem der
bekanntesten Parteiführer aus Anlaß des ersten Entwurfs zum Socialisten-
gesetz geschriebenen, im „Völkchen-Courier“ veröffentlichten Briefes, in
welchem es u. A. heißt: „Die liberalen Hunde müssen gehauen werden,
daß sie Blut spucken. (Große Heiterkeit.) Der rothe Lappen muß so lange
vor dem liberalen Philister geschwenkt werden, bis er in ihm den Feuer-
schein der socialen Revolution zu sehen glaubt“, vorhält, daß sie im Inter-
esse der Erhaltung der liberalen Erregungschaften alle Ursache hätten, der
Regierung auf dem jetzigen Wege ein Halt zu setzen. Auf dem rothen
Schreden folgt der weiße, und dem letzten fallen erfahrungsmäßig auch
alle freihändlerischen Einrichtungen: Presse, Vereinsrecht u. dgl. zum Opfer.
Daß unter Benehmen hier im Hause jetzt gegen früher geändert
erscheint, ist nur die Folge der besseren Behandlung, die man uns jetzt
hier zu Theil werden läßt, wir sind naturgemäß auch unsererseits ent-
gegengestritten, seitdem man aufgehört hat, uns als Banditen zu be-
trachten, seitdem man humaner gegen uns auftrat. Unsere Ueberzeugung
ist, daß sich die Bahn der politischen Entwicklung zur Demokratie hin be-
wegt, und daß die Monarchie in nicht allzu ferner Zeit in allen Cultu-
rstaaten ein überwundener Standpunkt sein wird. (Lachen rechts.) Wenn Sie
meinen, daß wir Unrecht haben, überzeugen Sie uns doch, daß die Monarchie
für immer conservirt werden muß, bis dahin vertreten wir unsre Ueberzeugung,
wie Sie die Ihrige. Herrn v. Puttkamer bekämpfen wir gar nicht als Urheber
des Gesetzes, das ist der Reichsfänger, in dessen Regierungssystem diese
Verfolgung liegt, aber im Socialistengesetz hat er uns die beste Basis für
unsere Agitation geschaffen, wir fürchten uns nicht davor, es wird auch
diesmal angenommen werden; denn in der Commission werden nur ganz
unwesentliche Nebenbänge geändert werden, davon seien Sie nur sehr über-
zeugt, wir werden Ihnen keine Gelegenheit geben, uns vor die Mündung
der Kanonen zu treiben, wir treiben nur die Propaganda der Idee. Wenn
Sie auf einen Zwiespalt in unserer Partei speculiren, so irren Sie
sich. In unserer Partei besteht als einzig Bindendes das Parteiprogramm;
Meinungsverschiedenheiten Einzelner haben gar nichts zu sagen. Wenn
wir uns unter einander die Meinung sagen, so thun wir es in der feiten
Ueberzeugung, daß wir dies bei der Stärke unserer Grundgedanke sehr gut
können; die Reibung erzeugt Wärme und Leben für die Partei. Mögen
sich die sogenannten Ordnungsparteien auch diesmal vereinigen, uns aus-
zuweten; uns macht das nur einig. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Ein Antrag auf Vertagung wird gegen die Stimmen der Deutsch-
freisinnigen, der Nationalliberalen und Socialdemokraten abgelehnt, da-
gegen ein Antrag auf Schluß der Debatte gegen dieselbe Minorität ange-
nommen.

Väitfischer Ministerialrath von Rastner verwahrt die bairische Re-
gierung gegen die Insinuation, als ob bairische Beamte in München für
Socialdemokraten gestimmt hätten.

Die hierauf aufs Neue eröffnete Debatte wird abermals auf Antrag
des Abg. von Köller geschlossen.

Das Gesetz wird hiermit gegen die Stimmen der Socialdemokraten an
eine Commission von 21 Mitgliedern zur Vorberathung überwiesen.

Schluß 6 Uhr.
Nächste Sitzung Sonnabend, 1 Uhr; erste Berathung des Nachtrages
zum Welpostvertrage, zweite Berathung des Nord-Deutsche Canal.

Landtag.

Berlin, 19. Febr. Der Etat der Eisenbahnverwaltung, der in
früheren Jahren oft zu zum Theil recht animirten Verhandlungen
Gelegenheit bot, scheint nicht mehr viel Interesse bei den Herren
Volksvertretern zu erregen, trotzdem von ihm in der Hauptsache die
preussische Finanzlage beeinflusst wird; denn zur Berathung waren
während der Sitzung höchstens 70—80 Abgeordnete anwesend. Die
Discussion drehte sich wesentlich um die für später angekündigte Ver-
einfachung des Eisenbahnnetzes dergestalt, daß die Einnahmen nicht
mehr getrennt nach den Directionsbezirken, sondern im Ganzen auf-
geführt werden sollen. Die Abgg. Büchtemann, Kieße und Schmidt-

Stettin, sowie der Centrumsredner v. Strombeck machten budget-
rechtliche wie praktische Bedenken gegen eine Aenderung des bisherigen
Systems geltend, der conservative Graf Limburg-Sturum will die
Aenderung nur in beschränktem Umfang zulassen, und der national-
liberale Herr Hammacher wollte bezeichnender Weise noch weiter gehen
wie der Minister, welcher die Absicht einer Schmälerung des Budget-
rechts des Hauses energisch in Abrede stellte. Im Uebrigen steht die
Frage noch zur Erwägung. Ohne erheblichere Debatte wurden die
Einnahmen bewilligt. Die Berathung wird morgen fortgesetzt.

Abgeordnetenhaus. 23. Sitzung vom 19. Februar.
11 Uhr.

Am Ministertische: Maybach und Commissarien.
Eingegangen sind 1) Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung und
Vervollständigung des Staats-Eisenbahn-Netzes und die Beilegung des
Staates bei mehreren Privat-Eisenbahn-Unternehmungen, und 2) Ge-
setzentwurf über die Errichtung leihwilliger Verfügungen in dem Bezirke des
Ober-Landesgerichts Frankfurt a. M.

Der Bericht über die Ausführungen der Eisenbahnverstaatlichungs-
gesetze wird der Budgetcommission überwiesen, der Nachweis über die Ver-
wendung des Dispositionsfonds für unvorhergesehene Ausgaben wird durch
Kenntnissnahme für erledigt erklärt.

Das Haus setzt sodann die Berathung des Etats fort und zwar wird
zunächst berathen der Etat der Eisenbahnverwaltung.

Beim Capitel „Einnahmen bei der Direction Berlin“ beantragt
Abg. Letocha: Fahrvergünstigungen für Waisenhausepfleglinge, die
während der Ferien ihre Angehörigen besuchen. Denselben soll die Fahrt
in der dritten Klasse zum Preise der Militärbillets gewährt werden.

Abg. Goldschmidt wünscht, daß die früher von den Privatbahnen
an Bildungsvereine gewährten Fahrvergünstigungen auch weiterhin auf-
recht erhalten werden möchten.

Minister Maybach erwidert, daß eine generelle Verfügung in dieser
Beziehung nicht bestehe. Wenn in einem Einzelfalle die Bewilligung einer
Fahrvergünstigung abgelehnt sei, so liege das sicher an Betriebschwierig-
keiten. Dem Antrage Letocha stehe er sympathisch gegenüber; doch werde
es sich empfehlen, denselben durch die Budgetcommission mit Bezug auf
seine finanzielle Tragweite prüfen zu lassen.

Abg. Letocha befürwortet seinen Antrag, der im Interesse der
Humanität dringend geboten sei.

Abg. Büchtemann erklärt, daß die Absicht der Eisenbahnverwaltung,
späterhin an Stelle einer specialisirten Staatsaufstellung eine allgemeine
Aufstellung treten zu lassen, ein Eingriff in das Budgetrecht des Hauses sei.

Minister Maybach erwidert, daß die Zusammenlegung des Eisen-
bahnnetzes notwendig sei, um den complicirten Rechnungsapparat zu ver-
einfachen; wie die Sache einzurichten sei, bilde gegenwärtig noch den Gegen-
stand der Erwägungen. Das Haus könne den diesjährigen Etat ohne
Sorge annehmen; zu Befürchtungen finanzieller Natur biete derselbe keine
Veranlassung.

Abg. v. Strombeck bittet, daß die Regierung die Grundzüge, nach
welchen die veränderte Staatsaufstellung erfolgen solle, dem Abgeordneten-
hause vorher zur Prüfung vorlegen möge. Auch empfehle es sich in Be-
tracht zu ziehen, ob nicht auch für die dritte Wagenklasse die Abänderung
der Preise von 5 zu 5 Pf. erfolgen könne.

Abg. Berger glaubt, daß es das Beste sei, bei der jetzigen Staatsauf-
stellung zu bleiben, obgleich dieselbe in vieler Beziehung mangelhaft sei.
Redner trägt noch eine Reihe von Beschwerden in Bezug auf die Reinlich-
keit, Ueberfüllung und die Heizung der Coupees vor.

Minister Maybach erwidert, daß nicht beabsichtigt werde, auch die
Ausgaben zusammenzuwerfen. Die vom Vorredner vorgebrachten Klagen
würden sich am besten erledigen lassen, wenn sofort in jedem einzelnen
Falle Beschwerde geführt würde.

Abg. Hammacher erklärte sich mit der Abänderung der Staatsauf-
stellung einverstanden.

Abg. v. Eckardstein wünschte die Einrichtung schnellerer Züge auf
der Ostbahn.

An der weiteren Debatte theilnehmen sich noch die Abgg. Graf zu
Limburg-Sturum, der Namens der conservativen Partei eine ge-
drängte Aufstellung des Eisenbahnnetzes, sobald sie das Budget des
Hauses wahr, gut heißt; Abg. Kieße, der die Frage der Ermäßigung
der Personentaxe für sehr wohl discutabel erklärt und den Bedenken
des Abg. Hammacher den Hinweis auf die vielen Millionen entgegenge-
stellt, welche man für kostspielige, fast nur decorativen Zwecken dienend
Bahnhofsbauten gewissermaßen zum Fenster hinausgeworfen habe; außer-
dem die Abg. Schmidt-Stettin, Büchtemann, Pleß und Ham-
macher, der sich dagegen verwahrt, als habe er etwa eine Erhöhung der
Personentaxe für die vierte Wagenklasse empfehlen wollen.

Nachdem noch Abg. Berger für einen Antrag Letocha gesprochen, wird
die Discussion geschlossen und die Einnahme des Directionsbezirks Berlin
unverändert genehmigt; der Antrag Letocha wird an die Budgetcommission
verwiesen.

Die übrigen Kapitel der Einnahmen rufen keine erhebliche Discussion
hervor.

Zugleich mit den Ausgaben wird eine Reihe von Petitionen von Eisen-
bahnbeamten discutirt, welche theils um Aufbesserung ihrer Gehalts-,
Rang- und Pensionsverhältnisse, theils um anderweitige Regelung ihrer
Verhältnisse bezüglich des Wohnungsgelbzuschusses und der pensionsfähigen
Dienstzeit beim Hause vorstellig geworden sind.

Nachdem der Referent von Liedemann (Bomst) über die Position
Bericht erstattet hat, wird um 3¼ Uhr die Fortsetzung der Berathung auf
Sonnabend 11 Uhr vertagt.

Berlin, 19. Febr. Die „Post“ erzählt, daß eine Berufung des
Staatsraths demnächst bevorstehe. Man darf gespannt sein, was
der Staatsrath jetzt berathen soll, nachdem er über die wichtigen Ge-
setze, die jetzt dem Reichstage und dem Landtage vorliegen, nicht
gehört worden ist.

Berlin, 19. Febr. In der gestrigen Sitzung des Bundes-
raths wurden verschiedene kleinere Vorlagen, die wir bereits genannt
haben, den Ausschüssen überwiesen. Ferner wurde über die Ge-
währung von Zollerleichterungen bei der Ausfuhr von Selbstfabrikaten
Beschluf gefaßt.

Berlin, 19. Febr. Auf der Tagesordnung der am 24. Februar
stattfindenden Sitzung des Herrenhauses steht an erster Stelle die
Berathung und Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung des
Antrags Dr. Dernburg, v. Kleist-Rebow und Gen. in der Polen-
frage. Eine Verweisung dieses Antrages an eine Commission ist
nicht beabsichtigt. Der Antrag wird, wie man hört, zur Schluß-
berathung im Plenum gestellt werden. Die Kirchenvorlage da-
gegen, über welche an zweiter Stelle, aber lediglich bezüglich der ge-
schäftlichen Behandlung verhandelt wird, geht ohne Zweifel an eine
Commission, welche ihre Arbeiten am 1. März beginnen wird. Das
Herrenhaus wird diesmal ausnahmsweise längere Zeit, etwa 14 Tage,
versammelt bleiben und in dieser Zeit auch die Kirchenvorlage im
Plenum berathen, so daß dieselbe spätestens Mitte März an das Ab-
geordnetenhaus gelangen kann.

Berlin, 19. Februar. Nachdem heute die Verlängerung des
Socialistengesetzes einer Commission zur Vorberathung über-
wiesen worden ist, darf man sich auf eine mehrwöchentliche Berathung
in derselben gefaßt machen. Windthorst bringt in der Commission
genau dieselben Amendements wie vor zwei Jahren ein, die in der
Hauptsache auf die Beschränkung des kleinen Belagerungszustandes
auf Berlin und auf die Beseitigung des vorherigen Verbots social-
demokratischer Versammlungen hinauslaufen.

Berlin, 19. Febr. Das Branntweinmonopol wird wahr-
scheinlich morgen dem Reichstage zugehen; die erste Be-
rathung würde dann Ende der Woche stattfinden. Die Begründung
des Entwurfes ist noch nicht bekannt. Sämmtliche liberalen Blätter
betonen, daß die Aenderungen, die der Bundesrath am Entwurf vor-
genommen hat, die entschieden ablehnende Haltung gegen das Project
beeinflussen können.

Berlin, 19. Februar. Die Arbeiterschusscommission des
Reichstages hat heute endlich die Berathung über die Anträge

Lieber u. f. w., betreffend das Verbot der Kinderarbeit in Fabriken, zu Ende geführt. Von dem Abg. Halben (bf.) wurde noch ein Änderungsantrag zu dem früher von ihm eingebrachten Antrag gestellt, welcher lautet: Kinder, welche noch zum Besuch der Volksschule verpflichtet sind, dürfen vor Beendigung desjenigen Schuljahres, in welchem sie 14 Jahr alt werden, weder in Fabriken noch in der Hausindustrie außerhalb der elterlichen Wohnung beschäftigt werden. Durch diesen Antrag sollen, wie der Antragsteller ausführte, die Verhältnisse in Schleswig-Holstein, wo die Schulpflicht bis zum 15. Jahre dauert, berücksichtigt werden. Die Abstimmung über die vorliegenden Anträge wird in der nächsten Sitzung stattfinden.

Berlin, 19. Febr. In der Reichstagscommission für die Rechtsprechung in überseeischen Gebieten hat die Regierung jetzt Erklärungen abgegeben, die annehmen lassen, sie werde auf einen Theil der Anträge eingehen, die dem Reichstage eine Mitwirkung sichern sollen. Es ist daher zur Formulierung eine Subcommission von 4 Mitgliedern eingesetzt worden.

Berlin, 19. Febr. Die Absicht, durch die neue kirchenpolitische Vorlage das Centrum zu discreditiren, wird von der „Norddeutschen“ mit immer größerer Deutlichkeit vertreten. Sie versichert heute wieder, daß nur das Centrum die Schuld trage, wenn die Regierung ihre friedlichen Absichten, die bereits seit Falk's Rücktritt datiren, nicht eher ins Werk gesetzt habe. Dann heißt es weiter: Wären die Herren Richter, Richter und Genossen nicht fahrlässig geworden, wären sie nicht in blinder Leidenschaftlichkeit in das Lager des Ultramontanismus übergetreten, um von dort aus die Regierung mit mehr Nachdruck bekämpfen zu können, so hätte Herr Windthorst und seine Gefolgschaft noch heute nichts zu bedeuten. Nur Arm in Arm mit allen jenen erbitterten Gegnern des Reichs kann er überhaupt Widerstand leisten. Um aber auf die Regierung einen Zwang auszuüben, dazu reicht seine Position doch bei Weitem nicht aus, und es wird der „Germania“ schwerlich gelingen, auch nur bei der katholischen Welt mit ihrer Behauptung von einer Ertrungenschaft des Centrums Glauben zu finden.

Berlin, 19. Febr. Die theilweise schon mitgetheilte, heute dem Abgeordnetenhaus zugegangene Secundärbahnvorlage bestimmt: I. Die Staatsregierung wird ermächtigt: 1) zur Herstellung von Eisenbahnen und der durch dieselbe bedingten Vermehrung des Fuhrparks der Staatsbahnen und zwar: a. zum Bau einer Eisenbahn: 1) von Weist nach Jähe die Summe von 1900000 Mark, 2) von Garnsee nach Jähe die Summe von 442000 Mark, 3) von Wreschen nach Strzalkowo die Summe von 1160000 Mark, 4) von Meieritz nach Rokitnica die Summe von 6000000 Mark, 5) von Altam, beziehungsweise Gollnow nach Cammin mit Abzweigung nach Wollin die Summe von 4000000 Mark, 6) von Wriezen nach Jäbickendorf die Summe von 4000000 Mark, 7) von Ratibor bis zur Landesgrenze in der Richtung auf Troppau die Summe von 1600000 Mark, 8) von Deutschville nach Groß-Kunzendorf die Summe von 1023000 Mark, 9) von Dittmachau bis zur Landesgrenze in der Richtung auf Lindewiese die Summe von 1080000 Mark, 10) von Striegau nach Vorken die Summe von 1418000 M., 11) von Grünow nach Beeskow die Summe von 460000 Mark, 12) von Teufenthal nach Salzmünde die Summe von 400000 M., 13) von Schönebeck nach Blumenberg die Summe von 1308000 M., 14) von Debitzfelde nach Salzwedel die Summe von 3600000 Mark, 15) von Braunschweig nach Gifhorn die Summe von 2320000 Mark, 16) von Wulst nach Duderstadt die Summe von 1567000 M., und von Duderstadt nach Leinefelde die Summe von 1433000 Mark, 17) von Fulda nach Rann die Summe von 3250000 M., 18) von Sanraunach-Frankenbergle die Summe von 1950000 M., 19) von Schnallenberg nach Fredeburg die Summe von 640000 M., 20) von Wiesbaden nach Langenschwalbach die Summe von 1210000 M., 21) von Krefeld nach Radevormwald die Summe von 1520000 M., 22) von Elberfeld nach Kronenberg die Summe von 890000 M., 23) von Wülfrath nach Velbert die Summe von 625000 M.; b. zur Beschaffung von Betriebsmitteln: die Summe von 911000 Mark, zusammen 52907000 M. II. Zur Theilnahme an dem Bau: 1) einer normalspurigen Eisenbahn nach Thiemar nach Schleifungen durch Gewährung einer unverzinslichen nicht rückzahlbaren Beihilfe an die Berra-Eisenbahngesellschaft die Summe von 150000 M., 2) schmalspurige Eisenbahnen: a. von Altena nach Lüdenscheid, b. von Werder nach Augustenthal, c. von Schalksmühle nach Halver durch Uebnahme von Actien der zu gründenden Gesellschaft die Summe von 40000 M., zusammen 550000 M. III. Zur Anlage des zweiten Geleises auf den nachstehend bezeichneten Strecken und zu den dadurch bedingten Ergänzungen und Geleisveränderungen auf den Bahnhöfen: 1) Neviß-Rupferdreh die Summe von 810000 M., 2) Duisburg-Seydau die Summe von 290000 M., 3) Deutz (Schiffbrücke) Ralf die Summe von 135000 M., zusammen 1235000 M., VI. Zu nachstehenden Bauausführungen: 1) für den Ausbau der Bahnstrecke Wiennburg-Goslar-Grauhof die Summe von 440000 M., 2) für die Erweiterung des Bahnhofes Erfurt die Summe von 235000 Mark, 3) für die Herstellung einer Bahnverbindung zwischen Stolberg und Münsterbusch die Summe von 260000 M., zusammen 305000 M., insgesamt 5742000 M. zu verwenden. Die Bestimmungen über die Beitragsleistungen der Interessenten an Grund und Boden etc. entsprechen den in früheren ähnlichen Gesetzen enthaltenen. Für die unter Nr. I. Lit. a, 10, 11, 12 und 13 benannten Bahnen muß außerdem von den Interessenten zu den Baukosten ein unverzinslicher, nicht rückzahlbarer Zuschuß geleistet werden und zwar zum Betrage: a. bei Nr. 10 (Striegau-Vorken) von 82000 M., b. bei Nr. 11 (Grünow-Beeskow) von 90000 M., c. bei Nr. 12 (Teufenthal-Salzmünde) von 100000 M., d. bei Nr. 13 (Schönebeck-Blumenberg) von 112000 M. Die finanzielle Bedeckung der Erfordernisse soll erfolgen durch verfügbare Fonds von 3627637 M. und 307607 M. auf dem Anleihewege.

(Aus Wolff's Telegraphischem Bureau.)

Petersburg, 19. Febr. Das „Gesetzblatt“ giebt die Kündigung der bestehenden russisch-französischen und russisch-belgischen Conventione, betreffend das literarische und künstlerische Eigenthum, zum 14. Juli resp. 14. Januar 1887 bekannt.

Moskau, 19. Febr. Wie die „Moskauer Zeitung“ meldet, soll das russische Schiffgeschwader gegen den 21. Februar in Syra eintreffen.

Constantinopel, 19. Februar. Nach Beschluß des Sanitätsraths unterliegen die Provenienzen aus Venetien vom 16. Februar ab einer zehntägigen, in den Lazarethen von Balona, Glazomene, Beirut und Tripolis abzuhaltenden Quarantaine.

Kairo, 19. Februar. Mutkar Pascha unterbreitete dem Khedive und Drummond Wolff ein Memorandum, worin er sich entschieden für die Wiederbefestigung von Dongola als strategische Nothwendigkeit ausspricht. Dongola sei die einzige wirksame Schranke zwischen den Egyptern und den aufständischen Araberstämmen. Die ägyptische Armee müsse eine der türkischen analoge Organisation haben. Der Posten eines Serdars müsse beseitigt und eine muslimännische Militärverwaltung eingerichtet werden. Die ägyptische Armee müsse aus 18 Bataillonen mit eingeborenen Officieren bestehen.

Handels-Zeitung.

Breslau, 17. Februar.

—f— Revision des Stempelfiscals. Wenn man auch keinen Moment darüber in Zweifel war, dass die theilnehmende Kaufmannschaft und namentlich die Börse den Vorschriften des neuen Stempelgesetzes vom Augenblick seiner Geltung an in vollster und loyalster Weise genügen werde, so sah man doch in den Interessentenkreisen den ersten amtlichen Revisionen mit einiger Spannung entgegen. Der Text des seit dem 1. October v. J. zu Recht bestehenden Schlussnoten-Stempelgesetzes ist nicht überall glücklich gewählt und hinsichtlich einzelner Bestimmungen sind die Ansichten heute noch getheilt; in dem Bestreben, dem Gesetze nach jeder Richtung zu genügen, verfuhr man allenthalben mit der größten Sorgfalt und Scrupulosität und that lieber des Guten zu viel, als zu wenig. Wie wir hören, hat vor Kurzem hieselbst eine erste Revision seitens des Stempelfiscals, und zwar beim Schlesischen Bankverein, stattgefunden. Die vorhandenen Schlussnoten wurden einer Prüfung auf die verwendeten Stempelmarken unterzogen. Es wurde Alles in bester Ordnung befunden und die umfangreiche Revision gab keinerlei Anlass zu irgend welcher Bemängelung oder Beanstandung.

B. Duplikat-Frachtbriefe bei Sendungen nach Russland. Die Auslieferung von Sendungen von Deutschland nach Russland erfolgt an den Adressaten nur gegen Vorlage des bei der Aufgabe des Guts ausgefertigten Duplikat-Frachtbriefes. Zur Vermeidung von Weiterungen werden die Absender von Gütern jetzt noch bei Aushändigung des Duplikat-Frachtbriefes besonders darauf hingewiesen, dass ohne Vorlage desselben auf der russischen Bestimmungsstation die Ablieferung an den Adressaten nicht erfolgt und ist die Uebersendung der zweiten Ausfertigung des Frachtbriefes an den Guts-Empfänger in Russland unbedingt erforderlich.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin, 19. Februar. Neueste Handels-Nachrichten. Die „National-Zeitung“ stellt für morgen eine Ermäßigung des Reichsbank-Discounts von 3 1/2 auf 3 pCt. in Aussicht. — Nach demselben Blatte soll die frühere Bestimmung, der zufolge nur die süddeutschen Bankanstalten Wechsel auf schweizerische Bankplätze ankaufen dürften, auf sämtliche Reichsbankanstalten ausgedehnt werden. Die Verfügung, welche 29 schweizerische Bankplätze namhaft macht, wird in den nächsten Tagen publicirt werden. — Nach dem „Börsencourier“ wird die Emission des Gesamtbetrages der Congo-Anleihe von 100 Millionen Francs, also von 5 Millionen Loosen à 20 Francs, nicht, wie zuerst berichtet wurde, in zehn verschiedenen Serien, sondern auf einmal stattfinden, und zwar wird die Emission bereits in den nächsten Wochen erfolgen. — An der heutigen Börse circulirten Gerüchte, wonach die Bilanz der Ungarischen Creditbank die Vertheilung einer Dividende von 24 Fl. pro Actie gestattet. — Bei der Aachener Disconto-Gesellschaft wird die Vertheilung einer Dividende von 7 pCt. und bei der Hannoverschen Bank die Vertheilung einer Dividende von 5,76 pCt. in Vorschlag gebracht werden. — Die Sudenburger Maschinenfabrik und Eisengiesserei wird für das Jahr 1885 14 pCt. Dividende zur Vertheilung bringen. — Die Beschlüsse der letzten Generalversammlung der Actionäre der Brauerei-Gesellschaft Moabit, Ahrens, die sich unter Anderem auf die Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft bezogen, sind zur Eintragung in das Handelsregister wegen formeller Bedenken für ungeeignet erachtet worden. — Die Vereinigungsgesellschaft für Steinkohlenbau im Wurmrevier hat im II. Semester 1885 einen um 54830 M. höheren Gewinn erzielt, als im gleichen Semester des Vorjahres. — Die schweizerische Centralbahn hat im Januar 33622 Frs. weniger vereinnahmt, als im Januar 1885. Die Rectification der October-Einnahme ergibt ein Plus von 42324 Frs. — Die schweizerische Nordostbahn hat im Januar 15000 Frs. weniger vereinnahmt, als im gleichen Monat des Vorjahres. — Die Januar-Einnahme der Schweizer Unionbahn ergibt ein Plus von 28800 Frs. Die Einnahme des Octobers des vorigen Jahres stellt sich nach der Rectification um 32000 Frs. höher, als nach den provisorischen Ermittlungen. — Nach einem Telegramm des „Börsen-Couriers“ beschloss der Aufsichtsrath der Süddeutschen Bodencreditbank der am 26. k. Mts. stattfindenden Generalversammlung 6 1/2 pCt. Dividende wie im Vorjahre vorzuschlagen, die Reserve auf 1617000 M. zu erhöhen und das Disagio Conto um 331600 M. zu vermindern. Der Gewinnvortrag wird 93000 M. betragen. — Die „Börsen-Zeitung“ bringt die Mittheilung, die Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft vorm. Schwarzkopf beabsichtigt eine Erhöhung des Grundkapitals. Diese Mittheilung ist unrichtig, da die Gesellschaft über so bedeutende Baarmittel verfügt, dass an eine Erhöhung ihres Actienkapitals nicht zu denken ist.

Frankfurt, 19. Febr. In der heutigen Generalversammlung der Vereinigung der Besitzer von Buffalo-Newyork- und Philadelphia-Bonds waren 1688000 Dollars Bonds vertreten. Der Antrag des Comité wurde einstimmig angenommen: Die General-Versammlung nimmt den vorgelegten Reorganisationsplan zur Kenntnis und erklärt, dass sie vorbehaltlich und unbeschadet der dem Comité der hiesigen Vereinigung angemessenen Modificationen mit dem Reorganisationsplan und dem Agreement einverstanden sei. Das Comité wird ersucht, alle geeigneten Schritte zur Durchführung und Ausführung der Reorganisation zu thun. Ferner wurde ein Antrag angenommen, lautend: Die Generalversammlung knüpft diesen Beschluss an die Bedingung, dass alle der hiesigen Vereinigung erwachsenen und noch erwachsenen Kosten aller Art ausschließlich von der amerikanischen Bahngesellschaft resp. von dem Reorganisations-Comité, aber nicht von der hiesigen Vereinigung getragen werden.

Berlin, 19. Februar. Fondsbörse. Die Börse verkehrte anfänglich auf wenig verändertem Coursniveau, im späteren Verlaufe trat indessen infolge der friedlichen Erklärungen Gladstone's und Rosebery's über die griechisch-türkische Frage, sowie auf günstige Gerüchte über die Bilanz der ungarischen Creditbank eine lebhaftere Aufwärtsbewegung ein. Oesterreichische Creditactien schlossen 502 und Disconto-Commandittheile 201,87. — Oesterreichisch-ungarische Staatsbahnactien, welche bis 415 zurückgegangen waren, stiegen bis 418,50 und schlossen 417. — Von den übrigen oesterreichischen Bahnen waren Galizier ebenfalls etwas besser und Elbthalbahn konnten sogar bis 282 avanciren, während Lombarden auf 208,50 zurückgehen mussten. Gotthardbahnactien und Mittelmeerbahnactien, sowie von russischen Werthen Warschau-Wiener Eisenbahn-Actien verkehrten in günstiger Tendenz bei besseren Coursen. Die Mindereinnahme der Mainz-Ludwigshafener Eisenbahn, welche bereits seit einigen Tagen bekannt war, blieb ohne Einwirkung auf den Cours. Dagegen waren Mecklenburg-Friedrich-Franzbahn-Actien sehr matt und mussten auf 179,25 nachgeben. Auf dem Rentenmarkt standen ungarische Goldrente und Italiener im Vordergrund des Verkehrs, ferner wurden türkische Loose bei 2 Mk. besseren Coursen sehr lebhaft gehandelt. Auch der Prioritätenmarkt zeigte ein festes Gepräge. Das einzige Gebiet, auf dem sich eine tiefgehende Verstimung kundgab, war der Montanmarkt; so wenig Einfluss auch der Glasgower Markt unter den heutigen Verhältnissen auf die deutsche Montanindustrie ausübt, so muss doch die bodenlose Flaueheit, welche seit einigen Tagen in dem exorbitanten Rückgang der Warrantspreise sich äussert, schliesslich depriimirend auf das Geschäft in Montanwerthen einwirken. Laurahütte-Actien verloren circa 1 pCt. und Dortmunder Union-Stammprioritäten 1/2 pCt. Von Cassawerthen gewannen Märkisch-Westfälische Bergwerke 2 1/2 pCt., Mechernicher 1 1/2 pCt. und Rheinische Stahlwerke 1/4 pCt. Für die übrigen Indwerthe war die Stimmung eine sehr feste und belebte, Maschinenfabrik Schwarzkopf avancirte 2 1/2 pCt. und Löwe 2 1/2 pCt., ferner profitirten Linke 1/2 pCt. und Görlitzer Eisenbahnbedarf 1 pCt., wogegen Görlitzer Maschinen 1 pCt. verloren.

Berlin, 19. Februar. Prodnotenbörse. An der Productenbörse gestaltete sich die Tendenz flau, ohne dass das Geschäft grösseren Aufschwung genommen hätte, das Resultat war sowohl für Weizen als für Roggen ein Abschlag von ungefähr 1 Mark und darüber. Russische Angebote lagen heute nicht vor. Das Effectivgeschäft zeigte mässigen Handel zu ebenfalls billigeren Preisen. — Hafer wird in feiner Waare dauernd gefragt, während andere Sorten stark vernachlässigt sind. Termine notiren etwas schwächer. — Mehl gleichfalls etwas matter, aber doch verhältnissmässig fester als Roggen. — Rüböl still. — Spiritus war in Folge der Veröffentlichung des geänderten Monopolentwurfs aus dem Grunde in weichender Preisrichtung, weil die Börse auf die Annahme desselben eben so wenig wie auf diejenige der ursprünglichen Vorlage rechnet. Gegen Schluss des Marktes

wurde die Tendenz übrigens fester und konnte ein Theil des vorherige Verlustes zurückgewonnen werden.

Paris, 19. Febr. Zuckerbörse. Rohzucker. 88 pCt. loco 33,50, weisser Zucker, fest, Nr. 3 per 100 Kgr. 39,00, per Februar 39,25, per März-Juni 39,75, per Mai-August 40,60.

London, 19. Februar. Zuckerbörse. Havannazucker 14 nom. Rüben-Rohrucker 13. Fester. Centrifugal-Cuba 14 3/4.

Telegramme des Wolff'schen Bureau.

Berlin, 19. Febr. [Amtliche Schluss-Course.] Fest.			
Eisenbahn-Stamm-Actien.		Cours vom 19. 18.	
Cours vom 19. 18.		Posener Pfandbriefe	102 — 101 90
Mainz-Ludwigshaf. 99 80	100 —	Schles. Rentenbriefe	103 20 102 90
Galiz. Carl-Ludw.-B. 83 80	84 20	Goth. Prm.-Pfbr. S. I	108 50 108 60
Gothard-Bahn. 113 50	113 20	do. do. S. II	105 10 105 40
Warschau-Wien. 243 70	242 60	Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.	
Lübeck-Büchen. 160 20	160 50	Breslau-Freib. 4 1/2 %	103 60 103 50
Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.		Oberschl. 3 1/2 % Lit. E	99 40 99 40
Breslau-Warschau. 67 10	67 —	do. 4 1/2 %	103 60 103 50
Ostpreuss. Südbahn 123 —	122 40	do. 4 1/2 %	1879 105 30 105 50
Bank-Actien.		R.-O.-U.-Bahn 4 9/10 %	103 60 —
		Mähr.-Schl.-Ctr.-B.	61 50 61 70

Von der Grotesken Sammlung von Werken zeitgenössischer Schriftsteller liegt vor „Der getreue Eckart“. Roman in zwölf Büchern von Julius Große. Berlin. G. Grote'sche Verlagsbuchhandlung. — Nicht ein Wundermann wie der Goethe'sche, sondern ein „wunderbarer Heiliger“ ist Große's getreuer Eckart. Der Roman beginnt mit dem freiwilligen Tode des Grafen von Wollenburg und seiner Tochter Melanie in dem Besitzung des Grafen Kochholz, beipflichten See. Nach ihres Vaters schrecklichem Tode kehrt die von ihm verlassene Tochter Gabriele nach der „Heidenz“ zurück, und findet hier nach Aufnahme im Hause des Grafen Kochholz Dr. Eckart Frebenius wieder, den sie liebt und der auch sie wieder liebt. Gabriele nimmt ein Engagement am Hoftheater an. Der Herzog faßt innige Zuneigung zu ihr. Eckart, der sich als Apostel der Arbeiter erfolglos verlohrt hat, wird Cabinetsrath des Herzogs und sucht diesen für seine Lieblingsidee zu gewinnen, Mitleid für alle jene verlorenen Existenzen zu schaffen, die von einer eifrigen Zeit verläugnet und zertrümmert werden, weil sie alten Idealen dienen. Daneben hören wir von einem „kleinen Marat“ erzählen und seiner Umgebung, die „nur den verschwindenden Hintergrund bildet, auf dem sich die Bestrebungen und Schicksale unseres Helden abheben“. Bald erfährt der Herzog von Gabriels Zuneigung zu Eckart. Jene muß nach Petersburg sich engagieren lassen. Dieser fällt in Ungnade, über welche er sich aber ziemlich schnell durch seine Liebe zu Franziska, der Braut seines Onkels, erholen kann. Eckart ermordet den Freundes Mordling zu trösten weiß. Unerwartet kommt die Nachricht, daß Eckart von Graf Kochholz zum Erben eingesetzt sei, seine große Idee zu verwirklichen. Kaum ist ihm dies zur Noth gelungen, oder besser gesagt mißlungen, wird der todtegelebte Kochholz wieder lebendig, Eckart aber findet in einer Arbeiterrevolte seinen Tod durch die Kugel des „kleinen Marat“. Auch Gabriele, die zufälligerweise mit Eckart kurz vor seinem tragischen Ende zusammenstößt, muß auf unerklärliche Art gleichzeitig mit ihm ihr Leben beenden. Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß Graf Kochholz Eckart's Idee nach Art der sogenannten maisons de retraite zur That machen wollte. Zu viel des Unmöglichen und gewaltigen Zusammengehörigen bietet uns Große in diesem Roman, der, auf die Hälfte des Umfangs reducirt, sicher von besserer Wirkung gewesen wäre. Auch möchten wir den Dichter darauf aufmerksam machen, daß auch in einem Roman nicht gut erzählt werden kann von dem „einfachen bon soir, messieurs“, mit dem „König Friedrich in die Bekämpfung von Neisse fiel.“

Jahrbuch der Deutschen Gerichtsverfassung. Herausgegeben auf Veranlassung des Reichs-Justizamts von Carl Pfafferoth, Jahrgang 1886. Berlin, Carl Heymann's Verlag. 1886. — Als charakteristischer Vorzug des Pfafferoth'schen Jahrbuchs der Deutschen Gerichtsverfassung ist hervorzuheben, daß es sich seinem Titel gemäß nicht mit Preußen allein, sondern mit ganz Deutschland beschäftigt. So stellt der Jahrgang 1886 in seinem ersten Theile zunächst die Verfassung, Einrichtung und Zuständigkeit der ordentlichen und besonderen Gerichte im gesammten Deutschland dar. Hieran schließt sich noch in demselben Theile eine das gesammte Reich in Betracht ziehende Darstellung der Qualificationsbedingungen für Richteramt und Rechtsanwaltschaft und der Regelung der juristischen Prüfungen, des Vorbereitungsdienstes, der Beförderungs- und Pensionsverhältnisse der Richter. Wenn der Verfasser im ersten Theile endlich über Bevölkerungsstatistik, Anzahl der Gerichte und Anzahl der Juristen in den einzelnen Staaten bzw. Zweigen ihrer Laufbahn Erörterungen anstellt, so nimmt er sich auch hier unser weiteres Vaterland mit allen seinen Gliedern zum Object. Im zweiten Theile werden die obersten Justizverwaltungsbehörden in Deutschland, die Namen der Inhaber der betreffenden Stellen werden angegeben, Bemerkungen über Geschäftskreis, Menge der Gerichtseingefahren, räumliche Ausdehnung des Bezirkes sind beigegeben. Nachdem vorher noch sämmtliche deutsche Rechtsanwälte, nach den Gerichten, an welchen sie zugelassen sind, geordnet, benannt worden, bringen am Schluß

zwei alphabetische Register die deutschen Orte, an welchen sich ordentliche Gerichte befinden oder Gerichtstage abgehalten werden, nebst Notizen über die lokalen Verhältnisse und die Namen aller in dem Buche erwähnten Personen. Aus dem Mitgetheilten wird ersichtlich, daß das Werk ein zugleich umfassendes und detaillirtes Bild des Organismus giebt, mit welchem unser Staat an der Erfüllung seiner Aufgabe, das Recht zu verwirklichen, arbeitet. Es liegt in der Natur der Sache, daß einzelne Theile des Werkes, wie die Behandlung der Kompetenzfragen und Ähnliches, nur den Juristen interessieren können, andere Partien, wie die Zusammenstellung, betreffend Besoldung und Pension der Richter, und besonders die auf statistischem Material sich sicher aufbauenden Schlüsse des Verfassers über die zukünftige Gestaltung der Verhältnisse der Juristen, werden Jedem Anregung bieten, der am öffentlichen Leben geistig Antheil nimmt. Deshalb sei das besprochene Werk hier dem nichtjuristischen Publikum empfohlen! Den Juristen gegenüber bedarf es der Empfehlung nicht, da es wohl wenige Mitglieder dieses Standes giebt, denen nicht das Pfafferoth'sche Jahrbuch von früher her als zuverlässiger Rathgeber in den zum Gebiete der Gerichtsverfassung gehörigen Fragen bekannt ist. K.

Roßschilb's Taschenbuch für Kaufleute. Verlag von G. A. Glöckner. Leipzig 1886. — Der Umstand, daß dieses Werk nunmehr in der 29. Auflage erschienen ist, dürfte berechtigt als alles Andere für den Werth desselben sprechen. Roßschilb's Taschenbuch ist das vollständigste und billigste Hand- und Lehrbuch für die gesammte Handelswelt; es dürfte sich namentlich als Geschenk für junge Handlungsbegeisterte eignen. Das Buch zerfällt in 2 Theile, deren erster nach einer Betrachtung über die Vorbildung für den Kaufmannsstand die Handelsgeschichte, die Volkswirtschaftslehre, das Handelsrecht, den Waaren- und Geldhandel, den Weltverkehr und seine Mittel, die Handelsgeographie und die Beförderung und Sicherung des Handelsverkehrs behandelt, während der zweite über die kaufmännische Correspondenz (auch mit dem Amtsgerichte), über sonstige Contorarbeiten, über Bescheinigungen und Vertragsurkunden, über die kaufmännische Rechenkunst und über die einfache, doppelte, sowie combinirte (amerikanische) Buchhaltung sich verbreitet. Als Anhang sind verschiedene Tabellen beigegeben, von denen die Uebersichten nicht nur über die wichtigsten ausländischen Geldmünzen, sondern auch über die fremden Maße und Gewichte ihrer Zuverlässigkeit wegen besonders hervorgehoben werden müssen. Den Schluß des reichhaltigen Buches bildet ein alphabetisch geordnetes Sachregister, welches zugleich die kaufmännische Terminologie und die kaufmännischen Abkürzungen eingehend berücksichtigt.

Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich. Mit den Entscheidungen des Reichsgerichts herausgegeben von Dr. P. Daube, Staatsanwalt am Landgericht 1 zu Berlin. Verlag von H. W. Müller daselbst. — Von dieser handlichen und praktisch eingerichteten Ausgabe des Deutschen Strafgesetzbuchs ist neben der zweiten Auflage erschienen; sie bietet neben dem Texte des Strafgesetzbuchs auch den einiger neueren Strafgesehe (betr. Dynamit, Markenstich etc.) und sämmtliche zu diesen Materien ergangenen Urtheile des Reichsgerichts, welche bereits so zahlreich sind, daß keine Frage aus dem Gebiete des Strafrechts ganz unberührt geblieben ist. Dadurch hat das empfehlenswerthe Werkchen jetzt einen noch vollständigeren Commentar erhalten als bei seinem ersten Erscheinen.

Geographischer Handweiser. Systematische Zusammenstellung der wichtigsten Zahlen und Daten aus der Geographie. Von A. C. Lur, f. t. Artillerie-Hauptmann. Fünfte, vermehrte und verbesserte Auflage. Stuttgart. Verlag von Levy u. Müller. Die große Beliebtheit, deren sich Lur's Handweiser seit seiner ersten 1879 erfolgten Auflage zu erfreuen hat, veranlaßt derselbe der Zuverlässigkeit seiner, alle Theile der Geographie umfassenden, auf das vorzüglichste Quellenmaterial gestützten Angaben. Wir empfehlen die Anschaffung dieses „Handweisers“ unsern Lesern angelegentlichst. L.

Academischer Taschen-Kalender für 1886. Leipzig. G. A. Koch's Verlag. — Einem kleinen Kalendarium folgen kurze Mittheilungen über Frequenz, Garnison etc. der einzelnen Universitäten und umfassende, übersichtlich geordnete Nachrichten über die studentischen Verbindungen und Vereine, meist mit Angabe der Tendenz und Farben. Aufgenommen sind diesmal alle Universitäten des Deutschen Reiches und Oesterreichs. Außerdem sind alle verbundenen Cartell-Verbindungen noch besonders zusammengefaßt.

Stadtsanitäts-Bericht. 19. Februar. Aufgebote. Standesamt I. Romast, Eduard, Haushälter, l., Altbürgerstraße 30, Gütther, Bertha, ev., ebenda. — Rubinsky, Jacob, Hausb., l., Sternstraße 28/30, Swierzenski, Franziska, l., ebenda. — Menzel, Paul, Zimmermann, ev., Gr. Dreilindengasse 11, Wuttke, Anna, ev., ebenda. Sterbefälle.

Standesamt I. Seffner, Emilie, geb. Niemer, Schneidermeisterfrau, 42 J. — Weber, Johanna, Dienstmädchen, 18 J. — Luz, Rosina, geb. Wildert, pens. Landbriefführerfrau, 71 J. — Seil, Louise, l. d. Sattler Paul, 4 M. — Werner, Marie, geb. Wuttke, Arbeiterwitwe, 67 J. — Hennings, Antoinette, l. d. Glasermeisters Hermann, 1 J. Standesamt II. Kunte, Heinrich, Schneider, 70 J. — Hoffmann, Martha, l. d. Locomotivheizers Hermann, 6 J. — Böhner, Martha, l. d. Schmied Eduard, 3 J. — Göttsch, Ernst, Kutscher, 36 J. — Klose, Anna, l. d. Arb. Julius, 1 J. — Stahl, Carl, Sigarrensortirer, 36 J. — Wuschiers, Christian, Arbeiter, 52 J. — Hübnert, Carl, pens. Locomotivführer, 61 J.

Breslau, 3. Februar 1886.

Bekanntmachung.

Mit der Erweiterung der hiesigen Stadt-Fernsprecheinrichtung wird im Monat April d. J. wieder begonnen werden. Es werden daher alle diejenigen Personen, welche im laufenden Jahre Anschluss an die Stadt-Fernsprecheinrichtung zu erhalten wünschen, hierdurch ersucht, ihre bezüglichen Anträge bis spätestens zum 1. März an die Ober-Postdirection hieselbst einzufenden. Nur für die bis zu diesem Termine eingegangenen Anmeldungen kann mit Sicherheit auf die Herstellung der Anschlüsse im Laufe dieses Jahres gerechnet werden. [1945]

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

In Vertretung.
Maron.

Als Fest- und Hochzeitsgeschenk:
Wer nicht liebt Wein, Weib und Gesang etc.
Radirung v. Köhling für Speise- oder altdeutsche Zimmer empfohlen. Preis 75 M., Größe 1,80:0,95 Meter. Rahmen werden in eigener Rahmenfabrik angefertigt.
Bruno Richter, Kunsthandlung, Breslau, Schlossstraße.

Gestern Abend wurden wir durch die Geburt eines Mädchens erfreut.
Breslau, 19. Februar 1886.
Professor Leonhard Weber und Frau Elisabeth, geb. Karsten.

Durch die glückliche Geburt eines Knaben wurden hoch erfreut
[3309] **Heinrich Vöhrler**
und Frau,
geborene Friedberger.
Breslau, den 18. Februar 1886.

Heute verschied nach längeren Leiden unser braver College, der Eisenbahn-Bureau-Assistent

**Herr [2660]
Fritz Schwarz.**
Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Breslau, den 19. Februar 1886.
Die Beamten
des betr. technischen Bureaus
der kgl. Eisenb.-Direction.

Grosses Lager von Büchern
aus allen Zweigen
der Literatur.
**Journal-
Lesezirkel**
von 74 Zeit-
schriften.
H. Scholtz, in Breslau,
Stadttheater.
Bücher-
Leih-Institut
für neueste
deutsche, französ.,
u. englische Literatur.
Abonnements
können täglich beginnen.
Prospecte gratis und franco.

Julius Halmayer,
Breslau,
Schweidnitzerstrasse 52.
**Musikalien-
Leih-Institut.**
Leih-Bibliothek.
Journal-Lese-Zirkel.
Abonnements
können von jedem Tage ab beginnen.
Kataloge leihweise. Prospecte gratis.

Journal-Lese-Institut.
Reichhaltige Auswahl
Bücher, Zeitschriften,
Bilder, etc.
nach Wunsch
auswärts
besondere
Begrüßung
genau!
Journal-Lese-Institut.
Schlösserstr. 16-18
Breslau, 16-18 Schweidnitzer Strasse.

Neuheit!
Diamantbrenner
mit einem Docht
empfiehlt
**Herrmann
Freudenthal,**
Lampenfabrik,
Schweidnitzerstr. 50.

Tapeten.
Billigste Bezugsquelle
für jedes Genre vom einfachsten bis
zum feinsten, in neuesten Mustern
und reichhaltiger Auswahl empfiehlt
Joseph Schlesinger,
Junkerstr. 14/15, Goldne Gasse,
und Klosterstrasse 5.
Muster franco. [3314]

**Neu!!!
Patent-
Portemonnaie**
empfehlen, mit extra Gold-
maschine, aus einem Stück
Leder gearbeitet, 3 Mk., nach
sämmlichen Post-Anstalten
Deutschlands 3 Mark 20 Pf.,
vorherige Einsendung des Be-
trages in Briefmarken.
Löwy's
Lederwaaren-Fabrik,
36, Schweidnitzerstr. 36,
im Prachtbau.

**Bestes Fabrikat
baumw. [2356]
Strumpflängen,**
auch Längen aus DMC-Garn
zu billigen, festen Preisen.
Angewebt
und angestrichen werden
Strümpfe
innerhalb 2 Tagen.
J. Fuchs junior,
Ohlauerstrasse 20.

Tharandt bei Dresden.
für Nervenfranke u.
Erholungsbedür-
ftige. Prachtvoll gelegen u. sehr
comfortabel eingerichtet. Kalt-
wasserkuren - elektrische Behand-
lung - elektr. Bäder - Massage.
Auch im Winter geöffnet. Ange-
nehmstes Zusammenleben mit der
Familie des Arztes. Prospecte auf
Verlangen durch den Besitzer
[1142] **Dr. med. Haupt.**

Damen - Costümes
von tadellosem Stoff, nach neuesten
Schnitten u. Modellen werden ange-
fertigt Gräbischerstr. 43, 1. Et.

**Specialität:
Morgenkleider und Matinées**
in größter Auswahl zu billigsten Preisen. [1585]
Adolf Zernik, Schweidnitzerstr. 37, 1. Etage,
vis-à-vis Erich & Carl Schneider.

Vollständiger Ausverkauf.
Wegen Geschäftsverlegung verkaufe ich sämmtliche
Waaren, bestehend in Leinen, Bett- und Tischzeug,
Büchen und Inlets, fertige
**Herren-, Damen- und Kinder-
Wäsche**
ganz bedeutend unter dem Kostenpreise.
Feste Preise. J. Eisenhardt, Feste Preise.
4 Blücherplatz 4.
Das Geschäftslocal ist sofort zu vermieten, sowie die Laden-
und Gas-einrichtung billig zu verkaufen. [2096]

Strohüte
nach den neuesten
Wiener und Pariser
Modellen
nimmt zum
Waschen, Färben und
Modernisiren
an [1732]
Eugen Loewi,
Schweidnitzerstr. 51,
1. Etage,
Eingang Junkerstrasse.

Von Ostern ab befindet sich meine
höhere Mädchenschule
im Gartenhause Matthiasstrasse 81.
Eugenie Richter,
Moltkestr. 18, Sprechst. 2-3 Uhr.
Wanckel'sche
höhere Knabenschule,
Ring 30, Schuhbrücke 77.
Nona bis Ober-Quinta incl.,
halbjährige Curie. Anmeldungen für
Ostern täglich von 12-1 Uhr.
[1598] **O. Schäfer.**

Gute Pension u. Nachh. erhalten
Schüler bei Philolog Subert,
Gr. Feldstr. 13, zu mäßigem Preise.

Für Hautkrankte u.
Sprechst. Vorm. 8-11, Nachm. 2-5,
Breslau, Gräbstr. 11. [1736]
Dr. Karl Weisz,
in Oesterreich-Ungarn approbirt.

Getragene Herren-
Garderobe
jed. Art kauft u. zahlt die höchsten Preise.
Off. u. K. K. 1 hauptpostlagernd hier.

Die freie evangelische Kirche Deutschlands.
Predigt Sonntag Vormittag 10 Uhr, Zwingerstraße 5a. [3336]

Zoologischer Garten.
Im großen Saale: Capitän Jacobsen's
Bella-Coola-Indianer
nebst großer ethnographischer Sammlung.
Auf dem großen Teich Eisbahn zu freier Benutzung. [2646]

Tricot-Stoffe [2657]
sind in allen Farben wieder am Lager. Tricot-Tailen,
Kleider u. Anzüge verfertigt für die Hälfte wegen Aufgabe.
M. Charig, Ohlauerstraße Nr. 2,
an der Apotheke.

Stadt-Theater.

Sonnabend. 50. Bots-Vorstellung. (Kleine Preise.) „Othello, der Mohr von Venedig.“ Trauerspiel in fünf Acten von Shakespeare. Sonntag. Abend. 51. Bots-Vorstellung. Neu einstudirt: „Die Meistersinger von Nürnberg.“ Oper in 3 Acten von R. Wagner. Nachmittags. (Halbe Preise.) „Der Weg zum Herzen.“ Lustspiel in 4 Acten von A. D'Aronge. Montag. 52. Bots-Vorstellung. (Kleine Preise.) „Ein Lustspiel.“ Lustspiel in 4 Acten von R. Benedir.

Lobe-Theater.

Sonnabend. Gastspiel der Frau H. Niemann-Maabe. „Ein Tropfen Gift.“ (Gertie, Frau Niemann-Maabe.) Sonntag. Gastspiel der Frau H. Niemann-Maabe. Dieselbe Vorstellung. Nachmittags. Bei ermäßigten Preisen: „Gaspardone.“ (Cora, Fräul. Wittich.)

Thalia-Theater.

Sonntag. Debut des Fräul. P. Wittich vom deutschen Theater in Moskau: „Mausfell Angst.“ Operette in 3 Acten von Lecocq. (Clairette, Fräul. Wittich.) Nachmittags. Bei ermäßigten Preisen: „Das Testament des großen Kurfürsten.“ Schauspiel in fünf Acten von G. zu Putlitz. [2643]

Saison-Theater.

Sonnabend. „Die Waise von Lowell.“ Schauspiel in 5 Acten.

Julius Hainauer,

52 Schwellnitzerstrasse, im ersten Viertel vom Ringe.

Vorräthig: [2545]

Textbuch

zu:

Die Meistersinger

von Nürnberg.

Oper in drei Acten von Richard Wagner.

Preis 80 Pf.

Verein für class. Musik.

Mozart, Streichquartett, d-moll.

J. Chr. Bach (1735-82)

Präludium f. Clavier.

Rheinberger, Introd. und Tocatta

J. Raff, Sonate f. Clav. und Violine a-dur, op. 78. [2656]

Clavier: Dr. Poiko.

Gastbillets (Mk. 1) bei Lichtenberg.

Liebig's Etablissement.

Sonnabend, den 20. Februar.

Gastsp. d. Walzerlieder-Sängerin Fräul. Emmy König. Gastspiel der Duettistinnen Geschw. Flori.

Gastspiel der Solotänzerinnen Fräul. Rosa u. Alma Fricke.

Zum 12. Male: [2654]

Beim Mädchen und kein Mann.

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Sonntag, zum 1. Male:

Das Pensionat.

Romische Oper in 2 Acten von Suppé.

Simmenauer

Victoria-Theater.

Tägliche Grosse

Künstler-Vorstellung.

Auftreten neuer, grossartiger

Specialitäten.

Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 60 Pf.

Zeltgarten.

Nur auf wenige Tage zu sehen die

zusammengewachsenen

Zwillinge

Johann u. Jacob Locci

(2 Köpfe, 2 Füße, 4 Arme und

nur einen Leib).

Auftreten

der Glocken-Imitatoren

Frères Tacchi

(zum ersten Male in Breslau).

Nur noch kurze Zeit Auftreten des

Orig.-Morley-Trios

u. Sisters Rammy

(Clavier und Pantomimisten),

der Parterre-Gymnastiker

Troupe Zaro,

des Damen-Quartetts

Alpenveilchen,

der Complet-Sängerin Fräul.

Gisella D'Arrest,

des Komikers Herrn Eugen

Bocher u. der Wiener Lieber-

Sängerin Fräul. Marion.

Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 60 Pf.

Kaiserpark Scheitnig.

[3319] Heute Sonnabend:

Gr. Carnevals-Kränzchen

bis 3 Uhr.

Internationales Panopticon.

Alte Taschenstraße Nr. 21. Geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends. [2664]

Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Ohlauerstrasse Nr. 67.

C. Gabriel's

vorm. Meisel's

Museum

und Panopticon

für Anatomie,

Kunst u. Wissenschaft.

Geöffnet von Morgens

9 bis Abends 10 Uhr.

Entree nur 30 Pf.

Militair ohne Charge

20 Pf., Kinder 10 Pf.

Jeden Dienstag und

Freitag [2727]

Damentag.

Humboldt-Verein

für Volksbildung.

Sonntag, den 21. Februar, 5 Uhr,

Nachm., im Musiksaal der Univer-

sität. Vortrag d. Herrn Privatdocent

Dr. Kossmann: „Gold und Silber

nach dem Ursprung ihrer Gewinnung“.

Montag, den 22. Febr., Ab. 8 Uhr,

bei Friedrich, Mauritiusplatz, Volks-

thümlicher Vortrag des Herrn Dr.

med. Theodor Körner: Ueber den

Einfluss der Reinlichkeit auf die Er-

haltung der Gesundheit. [1155]

Mittwoch, den 24. Febr., 8 Uhr.

Letzter cyclischer Vortrag des Herrn

Oberlehrer Dr. C. Schmidt: „Der

neue deutsche Roman“.

Speisen.

Morgen Sonntag von

12-6 Uhr Abends:

Noisette,

a 20 Pf.,

Ananas,

a 25 Pf.,

empfehlen [3303]

F. Wolff's Conditorei,

17, Schmiedebrücke 17.

Gegründet 1846!

22 Preis-Medailen!

Empfehlenswerth für jede

Familie!

Ausgezeichnet sowohl zu

Hause wie auf der Reise, beson-

ders zu See, auf der Jagd, in den

Fabriken, Bergwerken, Ge-

wölben etc. etc. [1607]

BOONEKAMP

of

MAAG-BITTER

Schmeiznigke.

bekannt unter der Devise:

Occidit, qui non servat,

von dem Schinder und alleinigen Destillateur

H. UNDERBERG-ALBRECHT

am Rathhause

in Rheinhof a. Niederrh.

K. K. Hoflieferant.

Inhaber vieler Preis-Medailen.

Seine Hauptfacultäten sind:

blutreinigend, magen-

stärkend und nerven-

beruhigend.

Ganz besonders wird darauf

aufmerksam gemacht, dass es

noch immer Geschäfte giebt,

die sich nicht zu entwürdigen

glauben, durch den Verkauf

von Fälschungen das Publikum

zu täuschen. Daher:

Warnung vor Flaschen

ohne mein Siegel und ohne

die Firma

H. Underberg-Albrecht.

Ungefunter, waldiger Gebirgsgegend

J. (Grafschaft Glah) finden einige

junge Mädchen in einer feinen

Familie auf dem Lande liebevolle

Pflege und gute Pension. Anlei-

tung zu häuslicher Arbeit. Geprüfte

Erziehlerin im Haus. Pensionpreis

600 Mark. Offert. unter W. M. 32

an die Exped. der Bresl. Ztg. erb.

Versicherung gegen

Reisunfälle, sowie ge-

gen Unfälle aller Art

gewährt die Versicherungsge-

ellschaft Thuringia in Erfurt.

Formulare, auf welchen sich Jeder-

mann eine gültige Reiseunfall-Ver-

sicherungs-Police sofort selbst aus-

stellen kann, sind bei der Direction

in Erfurt, sowie bei den Vertretern

der Gesellschaft: [422]

in Breslau bei der General-Agentur

Ohlauer-Stadtgraben 20,

Leutnant D. S. bei Herrn Expedi-

teur Max Lier,

in Glogau bei Herrn Kauf-

mann C. W. Handke,

in Reichenbach i. Schle. bei Herrn

Kaufmann H. Dyhr,

kostenfrei zu haben. Prospective wer-

den unentgeltlich verabfolgt.

Pfandbrief-Ründigung.

Unsere 4 1/2 procentigen pari rückzahlbaren Pfandbriefe Serie IX.

mit April- und October-Zins, kündigen wir hiermit

zur Rückzahlung zum 30. September 1886,

von welchem Tage ab diese hiermit aufgerufenen Pfandbriefe außer Verzinsung treten.

Die Einlösung dieser Pfandbriefe gegen Baar erfolgt von heute ab an unserer Kasse und bei allen be-

kannten Pfandbriefverkauf- und Couponeinlösungs-Stellen.

Berlin, den 17. Februar 1886.

Preussische Hypotheken-Actien-Bank.

Sanden.

Schmidt.

[2636]

Obige Pfandbriefe sind an unserer Cassa zahlbar.

Gebr. Guttentag, Breslau,

Ohlauerstrasse Nr. 87.

[2638]

Pfandbrief-Einlösung.

Unsere sämtlichen bisher zur Rückzahlung aufgerufenen und später fällig werdenden Pfandbriefe lösen wir schon jetzt, sofern

[2637]

einschließlich 15. März 1886

eingereicht werden, unter nachstehenden Bedingungen gegen Baar ein.

Serie I, fällig am 30. Juni 1886:

4 1/2 % laufende Zinsen bis zum Einlösungstage und 2 1/4 % p. a. von da bis zum Fälligkeitstermine;

Serie V, fällig am 30. Juni 1886:

5 % laufende Zinsen bis zum Einlösungstage und 2 1/2 % p. a. von da bis zum Fälligkeitstermine;

Serie VI, fällig am 31. März 1886:

5 % laufende Zinsen bis zum Einlösungstage und 2 1/2 % p. a. von da bis zum Fälligkeitstermine;

Serie VI, fällig am 30. Juni 1886:

5 % laufende Zinsen bis zum Einlösungstage und 2 1/2 % p. a. von da bis zum Fälligkeitstermine;

Serie VII, fällig am 31. Juli 1886:

4 1/2 % laufende Zinsen bis zum Einlösungstage und 2 1/4 % p. a. von da bis zum Fälligkeitstermine.

Serie IX, fällig am 30. September 1886:

4 1/2 % laufende Zinsen bis zum Einlösungstage und 2 1/4 % p. a. von da bis zum Fälligkeitstermine.

Die Einlösung erfolgt an unserer Kasse und bei allen bekannten Pfandbriefverkauf- und Couponeinlösungs-Stellen.

Berlin, den 17. Februar 1886.

Preussische Hypotheken-Actien-Bank.

Sanden.

Schmidt.

[2638]

Obige Pfandbriefe sind an unserer Cassa zahlbar.

Gebr. Guttentag, Breslau,

Ohlauerstrasse Nr. 87.

Zahnärztliche Poliklinik [1146]

Gartenstr. 15a, I. (n. d. Concerthaus.)

Behandl. unentgeltl. täglich 6-9 1/2 Uhr. J. Scheps, Zahnarzt.

Otto Scholtz,

Markthallen-Restaurant,

Christophoriplatz 7.

Heute Abend: [1153]

Backschinken m. warmer Salat.

Wir machen hierdurch die ergebene Mitteilung, daß unsere

Werthe in den Besitz der

Oberdampfschiffahrts-Gesellschaft

vereinigter Schiffer

zu Breslau übergegangen sind und bitten wir, das uns bisher

geschenkte Vertrauen auf genannte Gesellschaft übertragen zu

wollen.

Glogau, den 14. Februar 1886.

Glogauer Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

I. J. Hoffmann & Comp.

Im Anschluß an obige Mitteilung bemerken wir ergebenst,

daß wir mit erstem offenen Wasser den Betrieb auf den Linien

nach Siedlin, Berlin, Magdeburg, Hamburg mit 12 Dampfern

eröffnen und bitten wir um Frachtwweisungen.

Mit der Annahme von Dalgütern haben wir bereits be-

gonnen. [2659]

Breslau, den 19. Februar 1886.

Oberdampfschiffahrts-Gesellschaft

vereinigter Schiffer.

Goethe-Gesellschaft in Weimar.

Die geehrten Mitglieder der Goethe-Gesellschaft erlauben wir uns

darauf aufmerksam zu machen, dass die Einzahlung des Jahresbeitrags

für 1886 mit 10 Mark spätestens bis 1. März erfolgen muss. Die Unter-

zeichneten sind bereit, diese Beiträge, sowie neue Anmeldungen ent-

gegenzunehmen und an den Vorstand in Weimar zu befördern.

Breslau, im Februar 1886. [2154]

Prof. Dr. Weinhold, Buchhändler Franck,

Lehndamm 42. 16/18 Schwellnitzerstrasse.

Feuerversicherungsbank für Deutschland zu Gotha.

Auf Gegenseitigkeit errichtet im Jahre 1821.

Bekanntmachung.

Nach dem Rechnungsabluß der Bank für das Geschäftsjahr 1885

beträgt die in demselben erzielte Ersparnis:

77 Procent

der eingezahlten Prämien.

Die Bantheilnehmer empfangen, nebst einem Exemplar des Ab-

schlusses, ihren Dividenden-Anteil in Gemäßheit des zweiten Nach-

trags zur Bankverfassung der Regel nach beim nächsten Ablauf der

Versicherung, beziehungsweise des Versicherungsjahres, durch Anrech-

nung auf die neue Prämie, in den in obigem Nachtrag bezeichneten

Ausnahmefällen aber baar durch die mitunterzeichnete Generalagentur,

bei welcher auch die ausführliche Nachweisung zum Rechnungsabluß

zur Einsicht für jeden Bantheilnehmer offen liegt.

Breslau, im Februar 1886. [800]

A. Reinhardt, General-Agentur, Neue Taschenstraße 31.

Carl Geister, i. Fa. G. Michalowitz Nachf., Schmiedebrücke 17/18.

Alex. Wagner, i. Fa. Nicolaus Hartzig, Nicolaistraße 9.

Günstige Gelegenheit!

Wegen Uebernahme der General-Agentur der Frankfurter

Versicherungs-Gesellschaft gegen Wasserleitungsschaden will ich

mein Lager reduciren und habe deshalb

Bekanntmachung.

Die im Kreise Steinau a. D. gelegene Königl. Domäne **Bronzendorf**, bestehend aus den Vorwerken **Bronzendorf** und **Borichen**, im Gesamtflächeninhalt von 329,140 ha, wovon auf Bronzendorf 226,314 ha, auf Borichen 102,826 ha entfallen, soll auf die Zeit vom 1. April 1886 bis Johannis 1904 im Wege des öffentlichen Meistgebots anderweit verpachtet werden. [2338]

Zu diesem Behufe ist ein neuer Termin auf **Dinstag, den 2. März 1886, Vormittags 10 Uhr**,

in dem Sitzungssaale des Regierungs-Nebengebäudes, Albrechtsstraße Nr. 31 hierseits, vor dem Regierungs-Rath **Bayer** anberaumt, zu welchem Pachtlustige hierdurch eingeladen werden.

Die Domäne liegt 6 Kilometer von der Kreisstadt und Eisenbahnstation Steinau an der Oder entfernt. Das Minimum des jährlichen Pachtzinses ist auf 10000 Mark festgesetzt. Zur Uebernahme der Pachtung ist die Qualifikation als Landwirth und ein disponibles Vermögen von 65000 Mark erforderlich, über dessen eigenthümlichen Besitz die Pachtbewerber sich möglichst am Tage vor dem Termine vor dem oben genannten Regierungs-Commissar in glaubhafter Weise auszuweisen haben.

Die Pachtbedingungen, von denen wir auf Verlangen gegen Erstattung der Copialien Abschrift erteilen, desgleichen die Regeln der Licitation, die Vorwerkstarren und die Vermessungsregister können während der Amtsstunden in unserer Domänen-Registratur hierseits, sowie auf der Domäne Bronzendorf eingesehen werden.

Die Besichtigung der Pachtgegenstände ist nach vorhergehender Meldung bei dem Sequester **Sommer** zu Bronzendorf gestattet.

Breslau, den 9. Februar 1886.

Königliche Regierung, Abtheilung für direct Steuern, Domänen und Forsten, Oelrichs.

Bekanntmachung.

In unserem Firmen-Register ist heute die unter Nr. 585 desselben eingetragene Firma:

J. Heisig, vormals F. W. Wehner, zu Waldenburg gelöscht worden. **Waldenburg, d. 11. Febr. 1886. Königliches Amts-Gericht.**

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Alt-Löffig Band I Blatt 18 auf den Namen des Holzhändlers **August Blümel** daselbst eingetragene, in Alt-Löffig belegene Grundstück: Wohnhaus mit Hofraum und Hausgarten, am 14. April 1886,

Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 60 Mk. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt und hat eine Grundfläche von 23 ar. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abhängigkeiten und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Capital, Zinsen, wiederkehrenden Gebühnen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird

am 16. April 1886, **Vormittags 10 Uhr**, an Gerichtsstelle verkündet werden.

Gottesberg, den 12. Febr. 1886. Königliches Amtsgericht. Wilschky.

Bekanntmachung.

In der **Jeremias Geier'schen** Concursmasse wird mit Genehmigung des Königl. Amtsgerichts die **Schuldvertheilung** stattfinden. Die nach verfügbare Actiomasse beträgt M. 825, welche auf M. 3340,84 zu berücksichtigende Forderungen zu vertheilen sein werden. [2632]

Oberglogau, den 18. Februar 1886.

Der Concurs-Verwalter. Th. Bernard.

Unterilp's patentirte Kartoffelpflanzgruben-Maschinen

mit **neuesten Verbesserungen**, empfehle unter Garantie der Güte und bitte um baldige Bestellungen, um rechtzeitig liefern zu können. — Zahlreiche Atteste über die Vorzüglichkeit dieser Maschinen und Preislisten sende Reflectanten gern ein.

H. Humbert, Moritzstrasse 4, Breslau, General-Agent für Schlesien.

Zeugniß.

Herrn **F. W. Unterilp**, Düsseldorf.

Auf Ihren Wunsch bestätige ich Ihnen gern, dass ich mit der von Ihnen bezogenen Kartoffelpflanzlochmaschine mit beweglichem Vordersteuer recht zufrieden bin. Bei leichter Handhabung der Maschine erspart dieselbe nicht nur an Samen, sondern liefert einen bedeutend höheren Ertrag als in Furchen gelegte Kartoffeln. — Wenn die Maschine nicht ordentlich arbeitet, so kann dies lediglich nur an der Zubereitung des Ackers liegen, und es ist selbstverständlich, dass derselbe gehörig durchgearbeitet sein muss, um von dieser Culturart einen sicheren Erfolg zu haben. Eine wesentliche Verbesserung an der Maschine kann ich mir nicht denken, da sie tadellos arbeitet, und dürfte dieselbe auf keinem grösseren Gute fehlen. [2645]

Laasnig, Kr. Jauer, den 30. Januar 1886.

Bekanntmachung.

In unser Gesellschafts-Register ist heute unter Nr. 15 bei der daselbst unter der Firma

„S. Lustig et Co.“ eingetragenen Handels-Gesellschaft heute Folgendes vermerkt worden:

Der Kaufmann **Simon Lustig** zu Reisse ist durch Tod am 3. Februar 1886 aus der Gesellschaft ausgeschieden. In demselben Tage ist die verwitwete Kaufmann **Helene Lustig**, geb. **Hahn**, in die Gesellschaft eingetreten.

Eingetragen zufolge Verfügung vom 15. Februar 1886 am 15. Februar 1886.

Reisse, den 15. Februar 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unser Genossenschafts-Register ist heute bei Nr. 6:

„Vorschuss-Verein zu Gross-Neundorf, Eingetragene Genossenschaft“, Folgendes eingetragen worden:

Der Mendant **Alfons Zacher** in Groß-Neundorf ist als Kassirer, der Rentier **Johann Michalle** in Weizenberg ist als Controleur für die Zeit vom 7. Februar 1886 bis 7. Februar 1891 in der General-Versammlung am 7. Februar 1886 wiedergewählt worden. [2650]

Reisse, den 15. Februar 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Stöblau Band I Blatt 23 auf den Namen der Wittwe **Johanna Kuntz**, geb. **Zanusch**, zu Poln-Probisch eingetragene, zu Stöblau belegene Grundstück

am 31. März 1886, **Vormittags 9 Uhr**, vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Terminszimmer Nr. 4, versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 100,98 Mk. Reinertrag und einer Fläche von 10,3560 Hektar zur Grundsteuer, mit 285 Mk. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abhängigkeiten und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Capital, Zinsen, wiederkehrenden Gebühnen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird

am 31. März 1886, **Nachmittags 5 1/2 Uhr**, an Gerichtsstelle hierseits verkündet werden.

Krappitz, den 15. Febr. 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Die hiesige **Synagogen-**

diener-Stelle soll vom 1. Mai d. J. wieder besetzt werden. Bewerber muß geprüfter Schächter, im Schreiben gewandt u. befähigt sein, den Cantor im Vorlesen u. Thora-Vorlesen vertreten zu können. [1134]

Einkommen ca. 1200 Mk. Selbstgeschriebene Meldungen m. Abschriften von Zeugnissen nimmt bis zum 15ten März a. cr. entgegen

Der Vorstand der Synagogengemeinde Sohran Os.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der für die Zeit vom 1. April 1886 bis 31. März 1887 für die fiktischen Steinföhlenbergwerke Königin Luise und Guido erforderlichen **Druckformulare und Frachtbriefe** soll im Wege der Submission vergeben werden.

Der voraussichtliche Bedarf wird betragen:

68 000 Bogen Formulare der verschiedensten Arten, 42 000 Stück Frachtbriefe mit 17 unterschiedlichen vorzudruckenden Adressen.

Die Proben der anzuliefernden Druckformen, sowie die Lieferungsbedingungen sind in der Schichtmeisterei der Berginspektion einzusehen; letztere können auch gegen Erstattung der Copialien von 80 Pfg. in Abschrift bezogen werden. Die Lieferungslustige wollen ihre Offerten, mit der Aufschrift:

„Submission auf Druckformulare und Frachtbriefe“

versehen, bis zum 5. März cr., **Vormittags 11 Uhr**, an die Berginspektion einreichen, an welchem Termine die Eröffnung der eingegangenen Offerten in Gegenwart der erschienenen Submittenten erfolgen wird. [2640]

Babrze, den 17. Februar 1886.

Königliche Berginspektion.

Offene

Bürgermeisterstelle.

Die hiesige Bürgermeisterstelle ist vacant und soll alsbald wieder besetzt werden.

Das Einkommen derselben beträgt: a. 1350 Mark pensionsberechtigtes Gehalt; b. 270 Mark für die Verwaltung des combinirten Standesamtsbezirks Raudten, welche Einnahme nicht garantirt wird.

Qualifizierte Bewerber wollen sich unter Einbringung ihrer Zeugnisse nebst Lebenslauf bei dem Stadtverordneten-Vorsteher, Sanitätsrath **Dr. Leppmann** bis 20. März d. J. melden. [2582]

Raudten, Reg.-Bez. Breslau, am 16. Februar 1886.

Der Magistrat. J. B. Mayer.

Zwangsversteigerung.

Dinstag, den 23. d. M., **Vormittags von 9 Uhr ab**, werde ich

Gräbnerstraße Nr. 97:

1 eisernen Geldschrank, ein erlenes Sopha, 1 gr. Schreibpult, 1 Comptoir-Einrichtung, 2 amerik. Schraubenschlüssel, 30 Stück div.

Söhne und Schmiedegasse, drei Manometer, 1 liegende Dampfmaschine (sechs Pferdekraft) mit

Ober- und Unterkeßel, drei große Drehbänke (für

Maschinen-Fabriken), eine Schraubenschneidmaschine, eine Blechschere und Durchstoßmaschine, 1 große Bohrmaschine mit Tisch, 1 kleine Bohrmaschine mit Tisch, eine Feldschmiede, drei Schleifsteine mit Zubehör, 3 schützliche, eine siebenzöllige, eine sechs zöllige, eine zweieinhalb zöll. Centrifugalpumpe, eine Kork-

wahl-Maschine, eine sechs zöllige Drehschneidmaschine von Ruston, eine Locomobile (zehn Pferdekraft) von Garret, eine Simplex-Drehschneidmaschine von Flöther, eine Dampfmaschine (drei Pferdekraft) von Robey, zwei compl. Nähmaschinen, eine Locomobile (4 Pferdekraft) von Marshall Sons, eine

Richtplatte, eine Siebmaschine, 8 Schraubstöcke, eine vollständige Transmission, 2 Nebenschneider, eine Dampfmaschine (12 Pferdekraft), eine Strohschneidmaschine, eine Drilmaschine (5 Fuß), eine Brückenwaage (10 Ctr.), eine Saug- und Druckpumpe und so weiter [2628]

meistbietend gegen Baarzahlung öffentlich versteigern.

Breslau, den 17. Februar 1886.

Matzker, Gerichts-Vollzieher, Reichenstraße 1.



Auskunft erteilt **Jul. Sachs**, Breslau, Graupenstr. 9, Salomon Eisner, Rempen i. P., und **Wihl. Mahler**, Berlin, Invalidenstr. 121 [678]

Casseler

St. Martins-Lotterie 2. Klasse Zieh.: 2. u. 3. März c.

Hauptgewinn: 100.000 Mark W. Loose 5 Mk. (auf 10 Loose 1 Freil.)

Sämmtliche gangbaren Loose stets vorrätig. [2425]

Oscar Bräuer & Co., Berlin W., Friedrichstr. 198/99, u. Breslau, 87 Dblauerstr. 87.

20. Kölner

Dombau-Lotterie Ziehung am 25. u. 26. Februar cr.

Hauptgewinn: M. 75000, 30000, 15000, 2 à 6000, 5 à 3000, 12 à 1500 etc.

Kleinstes Gewinn Mk. 60. Original-Loose à Mk. 3,50. **Berlin C., D. Lewin, Spandauerbr. 16.**

Heilung radical!

Epilepsie, Krampf- und Nervenleiden, 10jährige Erfolge, ohne Rückfälle bis heute. Broschüre mit vollst. Orientierung verlange man unter Beifügung von 50 P. Briefmarken von **Dr. ph. Boas, Frankfurt a. M.**

[811]

Unentgeltlich vers. Anweisung zur Rettung von **Trunksucht** u. beilegt nach der berühmten Methode **Dr. v. Brühl**, m. auch ohne Vorwissen **M. Falkenberg, Berlin N.O., Friedenstr. Nr. 105.** Tägl. eingehende, sowie 100te gerichtlich. gepr. Dankschreib. bezeugend. Wiederkehr des häuslichen Glückes.

Ein Schaden wird gesucht. [3308]

Abgeben unter A. 74 Expedition der Breslauer Zeitung.

Eine jung. Dame, Inhaberin eines gangbaren Geschäfts, wünscht ein Darlehn von 300 Thaler gegen Unterpfand. Gest. Offert. unter A. S. 82 Briefst. d. Bresl. Ztg. [3327]

Röber's weltberühmte Patent-Kleebeide-Reinigungs-Maschine mit autom. Bürste und Abstreichvorrichtung. **Röber's** Kleebeide- und Universal-Samen-Reinigungs-Maschine für mittlere [2292]

Samenhändler. Sämmtliche Auktantauslese- u. Sortir-Maschinen für Hülsenfrüchte, Getreide, Delaaten, empfehlen unter Garantie

C. F. Röber's Söhne, Eichrodt-Eisenach. Gen.-Cataloge mit Bezugsquellenliste f. Samenhändler gratis u. frco.

Ein gebrauchtes Harmonium wird gekauft. Offerten mit Preisangabe unter O. P. 76 Exped. d. Bresl. Ztg.

1 Gasmotor auf 1/2 Jahr zu 1 mieteln gesucht. Off. u. G. A. 80 Exp. d. Bresl. Ztg. [3340]

Hektograph-Masse in Platten. Abwaschen beseitigt! Octav-Seite 1,05; Mappe von 1,00 an. Dazw. schwarze Dinte Fl. 0,50. Proben gratis. **J. Stengel**, Scharrenstrasse 24, Berlin. [1150]

Gelesenste Zeitung Deutschlands.



Berliner Tageblatt

nebst seinen werthvollen 4 Beiblättern: **Illustr. Witzblatt „ULK“**, in erweitertem Umfang, Belletristisches Sonntagsblatt „**Deutsche Kuchenthe**“, Feuilletonistisches Beiblatt „**Der Zeitgeist**“, „**Mittheilungen über Landwirtschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft**.“

Man abonniert auf das „**Berliner Tageblatt**“ für den Monat **März** nebst obigen 4 Separat-Beiblättern bei sämmtlichen Postanstalten des Deutschen Reiches für den Betrag von nur: **Probe-Nummer gratis u. franco. 1 Mrk. 75 Pf.**

Alle neu hinzutretenden Abonnenten erhalten gratis u. franco den bis 1. März bereits erschienenen Theil des Romans von [1143]

Hermann Sudermann: „Frau Sorge.“

Die zur Kaufmann **Justin Smith'schen** Concursmasse gehörige, in dem **Borndorfschen** Fabrik-Gebäude, **Böpelwitz Nr. 109**, gelegene

Engl. Lack- und Firnis-Fabrik soll mit allen Beständen im Ganzen verkauft werden.

Die Fabrik ist erst im Jahre 1885 neu errichtet, und es sind die zur Herstellung der Fabrikate nothwendigen Maschinen, Kessel, Apparate etc. nach den neuesten Erfindungen gearbeitet.

Die Besichtigung kann den 19., 20., 22. und 23. d. M. in den Stunden von 10 bis 2 Uhr Mittags an Ort und Stelle erfolgen, die gerichtliche Taxe liegt aus. Die näheren Bedingungen sind bei dem unterzeichneten Verwalter zu erfahren, derselbe nimmt auch die schriftlichen Kauf-offerten bis zum 24. d. M., Abends, entgegen.

Der Verwalter Wilhelm Friederici, Claassenstraße Nr. 1.

Rittergutsverpachtung.

Ein in **Pommern** an **Chaussee** gelegenes **Rittergut** mit 2300 Morgen Feld und Wiesen, 700 Morgen Forst, 200 Morgen Hof, Garten und Wege, sowie großer Brennerei, ist für 12000 Mark per anno sofort zu verpachten. Das lebende und todt Inventar ist vom Pächter käuflich zu übernehmen. [1130]

Auch würde das Besitzthum bei 30—50000 Mark Anzahlung sehr billig verkauft werden. Auf gef. Anfragen erteilt nähere Auskunft **Friedrich Riebe, Bankgeschäft in Dresden.**

B. K. R.

Nr. 00 feinst echt arabischer

Hodeida Mocca, geröstet à Pfd. 1,90,

„ „ ungeröstet à Pfd. 1,48.

Wir machen auf diesen exquisit feinen Dessert-Kaffee für **Diners, Festlichkeiten etc.** speciell aufmerksam, da eine so hochedle Qualität seit Jahren nicht importirt worden ist. [1107]

Breslauer Kaffee-Rösterei,

Otto Stiebler,

Schweidnitzerstraße 44, Eingang Obli 4.

Telephon-Anschluß Nr. 268.

Auf mehrfache Anfragen theilt die unterzeichnete Handlung mit, daß sie [2648]

Hodeida Mocca

seit Jahren importirt und diesen Kaffee auch en détail zum Verkauf bringt.

Preis gebrannt 175,

„ ungeröstet 137

in vorzüglicher Qualität.

Holländische Kaffee-Lagererei

Wilhelm Wolff,

Carlsstraße 11 und Schloßstraße 18,

Erstes Kaffee-Special-Geschäft en gros & en détail.

26 Pfennige

das Pfund bester weißer Parin.

f. Santos-Kaffee gebr. 0,70 Pfund Beste Dranienburger 0,23

„ Campinas „ 0,80 „ Kernseife 0,23

„ Domingo „ 0,90 „ Beste Kaltwasserseife 0,38

„ Perl „ 1, — „ Beste Reissendstärke 0,22

„ Perl-Java „ 1,10 „ Weizenstärke 0,20

„ Java (beliebte Sorten) „ 1,20 „ Kryst. Soda 0,05

„ Menado mit Ceylon „ 1,40 „ Bruch-Cichorie 0,12

„ präp. Getr.-Kaffee „ 0,13 „ Beste Metallhölzer Pack 0,06

„ Besten harter Zucker 0,31 „ Best. Weizenmehl 00 0,13

„ Beste Stearinlichte 0,36 pr. Pack „ Best. Petroleum à Ltr. 0,20

„ Amerik. Aepfelpalten 0,35 „ 5 Stück neue Heringe 0,10

„ Pflanzen, groß u. süß 0,15 „ bis 4 Mark. [3300]

Bersandt nach Auswärts prompt.

Breslauer Waaren-Expedition

Franz Klein.

I. Lager: Oderstraße Nr. 17,

II. Lager: Blücherplatz Nr. 12

